blätter des iz3w



Liebe Abonnentin, lieber Abonnent,

enthält Eure/Ihre Adresse (Straßen oder Ortsname) einen Rechtschreibefehler? Bitte schickt/schicken Sie uns eine Postkarte mit der korrekten Anschrift, damit bei der Umstellung auf das neue Postleitzahlensystem nicht zu viel Chaos entsteht. Vielen Dank für die Mühe!

Inhaltsverzeichnis:

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
NEU : Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Uwe Göde, Stephan Günther, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Sebastian Kasack, Michael Knüfer, Dirk Kohn, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Christel Opeker, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Jörg Später, Ulrike Steckkönig, Frank Sträter, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 6301 Fernwald (Annerod)
Telefon: (0641) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 190:
24.5.1993

Anzeigenschluß für Nr. 190:
(Druckfertige Vorlagen) 30.5.1993

Bildnachweis: Titelfoto von Udo Rzadkowski

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland:
DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Schwerpunkt 190
Flucht - Migration - Asyl

Obwohl sich die Arbeitsgruppe für den nächsten Themenschwerpunkt bereits seit Monaten regelmäßig trifft, liegt weder der exakte Titel noch die präzise Ausgestaltung des Themas fest. Bisher ist ein Überblick über die Ursachen weltweiter Migrationsströme (und eine 'Detailstudie' zur BRD) vorgesehen. Außerdem werden Flüchtlinge ihre Sicht von Flucht/Exil und ihre Lebenssituation schildern. In einem dritten Teil wollen wir einerseits analysieren, weshalb 'Asylanten' als Sündenböcke für Politik(erInnen) und Gesellschaft herhalten müssen, andererseits werden wir unsere Forderungen nach Erhalt des Artikel 16 Grundgesetz und nach politischer und rechtlicher Gleichstellung von Flüchtlingen/MigrantInnen mit Deutschen begründen.
Wer Interessantes - Konstruktives - Kritisches - Provokatives - zum Thema zu sagen hat, der/die schicke bitte seinen/ihren Text an:
'blätter des iz3w'
Postfach 5328
7800 Freiburg

Narmada - Warum die Weltbank kalte Füße bekam

Nur widerwillig reagierte die Weltbank auf die internationalen Proteste gegen den umstrittenen Sardar-Sarovar-(Narmada-) Staudamm in Indien. 1991 setzte sie - zum ersten Mal in ihrer Geschichte - eine unabhängige Kommission zur Untersuchung des Projektes ein. Deren Urteil war so negativ, daß die Exekutiv-Direktoren der Weltbank einige Monate später sich mit knapper Mehrheit zwar gegen eine sofortige Suspendierung der Gelder aussprachen, aber dafür in einer Frist von sechs Monaten wenigstens einige der seit Beginn des Projektes 1987 ausstehenden Bedingungen erfüllt sehen wollten. Ansonsten würde die Weltbank aus der Finanzierung des Projektes aussteigen. Einen Tag vor Ablauf dieser Frist trat die indische Regierung vom Kreditvertrag zurück - mit der fadenscheinigen Begründung, die kommunalen Unruhen hätten die Erfüllung der Bedingungen verhindert.

Wie ein Anlaß zum Jubeln sah es auf den ersten Blick nicht aus, und doch ist die Entscheidung der indischen Regierung, vom Weltbank-Kredit für den Sardar-Sarovar-Damm zurückzutreten, ein entscheidender Schritt zur Verhinderung der katastrophalen Narmada-Projekte. Die Hoffnung, daß die Weltbank nun endlich gezwungen wäre, öffentlich Farbe zu bekennen und ihre Fehler zuzugeben, erfüllte sich nicht. Stattdessen warf die indische Regierung das Handtuch, ersparte sich und der Weltbank damit den Gesichtsverlust, der gleichzeitig ein Signal hätte sein können gegen diese zerstörerische Entwicklungspolitik. Denn Narmada ist kein Einzelfall. Subharnareka, Pak Mun, Drei-Schluchten und viele andere (nicht nur Staudamm-) Projekte würden bei genauer Betrachtung ähnlich vernichtende Urteile erhalten, wie die unabhängige Untersuchungs-Kommission unter Bradford Morse sie für Sardar-Sarovar konstatierte. Aber schon der beschönigende Umgang des Weltbankmanagements mit dem Morse-Bericht, das Hinhalten der Exekutiv-Direktoren, die in keiner Weise angemessenen Stellungnahmen zu den Vorwürfen des Berichts und letztlich eben dieses "Sich Herausschleichen" aus dem Projekt (das zweifellos Ergebnis von Verhandlungen zwischen Weltbank und indischer Regierung war), all dies zeigt, daß der Wille zu einer anderen Politik in der Weltbank nicht vorhanden ist.

Trotzdem darf die Bedeutung dieses Rücktritts nicht unterschätzt werden. Jahrelanges Ziel der internationalen Proteste gegen die Narmada-Projekte war, daß die Weltbank aus der Finanzierung aussteigt. Genau das ist jetzt passiert. Natürlich bedeutet das nicht das Ende der internationalen Unterstützung für die "Bewegung zur Rettung der Narmada". Die Weltbank ist auch weiterhin für die Folgen dieses Projektes verantwortlich, vor allem, wenn mit dem nächsten Monsun die ersten Dörfer überschwemmt werden, obschon die BewohnerInnen noch nicht umgesiedelt sind. Wissentlich ist in den Ausführungen der Weltbank im letzten Oktober gelogen worden, als man behauptete, man werde weiterhin darauf achten, daß der Bau des Staudamms gekoppelt wird mit Umsiedlungsmaßnahmen. Schon damals wußten die Verantwortlichen der Weltbank, daß es bei Erreichen der bis Juni geplanten Bauhöhe zu Überschwemmungen kommen wird (wenn der Monsun nicht ausfällt). Aber sie haben nicht einmal versucht, den weiteren Bau des Dammes zu stoppen.

Die Tatsache, daß der Staudamm jetzt nicht mehr von der Weltbank finanziert wird (außer vielleicht durch die Hintertür eines Sektor-Kredits), ist Ergebnis des internationalen Drucks. Für die guten Beziehungen zu Indien, dem Musterland, das seine Zinsen und Kredite immer pünktlich zurückzahlt und außerdem einen wachsenden Markt für Konsumwaren darstellt, war man - nicht nur in der Weltbank - bereit, das Schicksal von 240.000 Menschen auf's Spiel zu setzen. Und das wider besseren Wissens, denn daß der Staudamm selber ein Flopp ist, ein "weißer Elefant", das war auch intern in der Weltbank schon lange kein Geheimnis mehr. Letztlich ging es schließlich nur noch um die Frage, wer der Stärkere ist. Läßt die Weltbank sich von einigen Nicht-Regierungs-Organisationen mehr beeinflussen als von der indischen Regierung? Wohl kaum. Anders die Länder, wie z.B. die Bundesrepublik, bei denen der Protest gegen den Staudamm gleichzeitig die Glaubwürdigkeit der eigenen Entwicklungspolitik in Frage stellte.

Dieses Konzept der internationalen Bewegung gegen den Staudamm, jede/r macht Druck auf seine eigene Regierung und alle zusammen auf die Weltbank, hat sich als erfolgreich erwiesen. Konkret waren es die auf Anweisung ihrer Regierungen handelnden Exekutiv-Direktoren, die den Druck auf das Weltbank-Management ausgeübt haben - gegen dessen Willen. Denn daß die Exekutiv-Direktoren sich nach einer Kreditbewilligung noch für ein Projekt interessieren, das hat es "vor Narmada" noch nicht gegeben und erschien dem Management lange als eine Einmischung, die man verhindern wollte.

Beim Rückzug aus dem Kreditvertrag hat die indische Regierung verkündet, sie werde das Projekt allein weiterfinanzieren und den Damm auf jeden Fall zu Ende bauen. Es gibt eine Reihe von Anzeichen dafür, daß diese Behauptung zu vollmundig war. Vor allem die Finanzsituation des Bundesstaates Gujarat gibt Anlaß zu ernsthaftem Zweifel an den Realisierungsmöglichkeiten. Mindestens ebensowichtig wie das Fehlen der notwendigen Finanzmittel ist jedoch, daß die "Bewegung zur Rettung der Narmada" durch den Rückzug aus dem Kreditvertrag einen Aufschwung erleben wird. Bereits vor dem Rücktritt haben die AktivistInnen der Bewegung 28.000 Familien im Narmada-Tal befragt, ob sie bereit sind umzusiedeln. 23.000 Familien wollen bleiben.

Bruni Weißen, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt

"Das Embargo muß sofort aufgehoben werden"

Der politische Kampf der Arbeitslosenunion

Die Arbeitslosigkeit ist eines der drängendsten Probleme, mit denen die Bevölkerung Südkurdistans derzeit konfrontiert ist. Mehr als dreiviertel der arbeitsfähigen Bevölkerung sind ohne Beschäftigung. Die Situation ist zu einem wesentlichen Teil Folge der beiden Embargos - des UN-Embargos gegen den Irak und des irakischen Embargos gegenüber Kurdistan, die zur Stillegung der wichtigsten Fabriken in Südkurdistan geführt haben. In Reaktion auf diese Situation entstand die Arbeitslosenunion, die den Arbeitslosen neben direkter Rückendeckung auch Anstöße zu verstärkter politischer Aktivität geben will.

Yekiti Bekaran - Union der Arbeitslosen - steht auf dem Transparent mitten im Marktviertel der kurdischen Großstadt Sülaymania. Das Büro selber ist nicht leicht zu finden, es gleicht eher einem Gartenhäuschen. Ein einziger Raum, dessen Wände vollbehängt sind: Zeitungsausschnitte, Parolen und die Tagesordnung für die nächste Vollversammlung. Der Raum reicht nicht aus, um die Menge der Wartenden aufzunehmen. Ein größeres Büro ist aber vorerst nicht in Sicht.

Die Union der Arbeitslosen Südkurdistan wurde im November 1992 in den kurdischen Großstädten Sülaymania und Hewler gegründet. "Ungefähr achtzig Prozent der arbeitenden kurdischen Bevölkerung ist arbeitslos. Dabei handelt es sich zum großen Teil um Stadtbewohner, denn wer auf seine Dörfer zurückgegangen ist, der hat immerhin die Möglichkeit, Landwirtschaft zu betreiben. Außerdem gibt es für die abgelegenen Dörfer Hilfsprogramme. Die Leute in der Stadt, die ganz einfach arbeitslos geworden sind, sind in keinem Programm bedacht. Deshalb versuchen wir uns hier zu organisieren."

Die Arbeitslosenunion versteht sich als selbstorganisiert. Hejar, mein Gesprächspartner, ist einer der zahlreichen Arbeitslosen. Er ist auf der letzten Vollversammlung in das sechsköpfige Sprecherteam gewählt worden: "Wir wollen keinen Vorstand. In jeder Vollversammlung werden neue Sprecher bestimmt. Wir wollen, daß die Leute, die hierher kommen, gleichzeitig lernen, daß wir kein Servicebetrieb sind. Das ist gar nicht so einfach. Vor dem Aufstand hat der Staat für die Leute gesorgt, die er nicht massakriert hat. Dann, nach dem Aufstand, kamen die UNO und andere Hilfsorganisationen. Die Leute haben denen die Türen eingelaufen und die Hände aufgehalten. Viele kommen jetzt hierher und glauben, daß das hier ein Büro ist, das Hilfsgüter an die Arbeitslosen austeilt."

Um diesen Eindruck zu korrigieren, werden mehrmals wöchentlich Versammlungen mit den Neuankömmlingen abgehalten. "Was wir brauchen sind nicht humanitäre Hilfsaktionen, sondern eine politische Ordnung, in der unsere Rechte verankert sind", heißt es da. Von der kurdischen Regierung wird erwartet, daß sie "solchen Programmen z.B. in der Landwirtschaft Priorität gibt, die Arbeitsplätze schaffen und daß sie alles veranlaßt, was notwendig ist, um die Fabriken wieder funktionsfähig zu machen."

Die kurdische Regierung ist nicht alleiniger Adressat einer solchen Forderung. Voraussetzung für so gut wie jede arbeitsplatzschaffende Maßnahme ist die Aufhebung des UN Embargos gegen den Irak. "Dieses Embargo ist eine Maßnahme gegen die Bevölkerung, die kurdische und die arabische" heißt es in einem Brief der Union der Arbeitslosen an die UNO-Vertretungen in Kurdistan. Gefordert wird, das Embargo für den gesamten Irak zu beenden: "Die arabische Bevölkerung des Irak leidet ebenso unter dem Embargo wie wir", sagt Hejar. "Wir sehen keinen Sinn darin, daß sie für die Politik ihrer Regierung bestraft wird. Das sind nicht unsere Feinde. Im Gegenteil, wir wollen in Zukunft gemeinsam mit Arbeitslosen und Werktätigen im ganzen Irak unsere Rechte einfordern."

Solange diese Forderung von der internationalen Gemeinschaft nicht aufgegriffen wird, betrachten die Vertreter der Arbeitslosenunion jede humanitäre Hilfe als Heuchelei. "Sie nützt uns nichts. Humanitäre Hilfe, wie sie die Bevölkerung seit zwei Jahre am Leben erhält, schafft keine Arbeitsplätze. Die Bevölkerung ist im Vergleich zum vergangenen Jahr eher noch abhängiger geworden."

Für eklatante Notfälle hat die Union der Arbeitslosen zwar eine eigene Kasse eingerichtet, doch "die soll die Leute nicht daran gewöhnen, daß es bei uns Geld gibt. Nur wenn jemand mit acht oder neun Kindern buchstäblich auf der Straße sitzt, greifen wir da hinein", erklärt Hejar. "Außerdem ist es uns gelungen, einen Arzt zu finden, der hier einen Tag in der Woche zur Verfügung steht und die Leute umsonst behandelt. Wenn wir so dringende Bedürfnisse der Arbeitslosen ignorieren, dann werden wir nicht ernst genommen. Aber gleichzeitig fordern wir von der Regierung die Einführung von Arbeitslosengeld."

Auch Flüchtlinge haben Rechte...

Einen ähnlichen Ansatz wie die Arbeitslosenunion vertritt auch der Sprecher der 'Flüchtlingsunion Kurdistan', einer ebenfalls relativ jungen Organisation, in der sich Binnenflüchtlinge aus den immer noch irakisch kontrollierten Gebieten zusammengeschlossen haben. Wie die Union der Arbeitslosen, hat auch die Flüchtlingsunion keinen festen Vorstand, sondern Sprecher, die in regelmäßigen Abständen von den verschiedenen Vollversammlungen in den jeweiligen Regionen bestimmt werden. Einer der Gründe für das Zustandekommen der Flüchtlingsunion war eine sehr konkrete Kritik an der aktuellen Flüchtlingspolitik der kurdischen Regierung: "Für die Flüchtlinge, die nicht in ihre Regionen zurückkehren können, hat die Regierung bestimmte Unterkünfte vorgesehen. Dabei handelt es sich meistens um ehemalige Militärunterkünfte, die außerhalb der Städte liegen. Das ist für die meisten von uns unzumutbar. In den Städten können wir wenigstens als Tagelöhner Arbeit finden und

ein bißchen Geld verdienen. Aber diese Unterkünfte sind auch nicht besser als die Sammellager zu Saddams Zeiten. Sie sind von allem abgeschnitten."

Die Flüchtlingsunion fordert, daß Flüchtlinge frei wählen können, wo sie leben wollen. Die Regierung sieht aber vor, den Zugang zur Lebensmittelverteilung vom Aufenthalt im Lager abhängig zu machen. "Das ist für uns untragbar, jeder Flüchtling muß seine Ration Lebensmittel bekommen, egal wo er sich aufhält. Wir müssen lernen, daß wir auch als Flüchtlinge Rechte haben, die wir einfordern und nicht um Almosen im übertragenen und direkten Sinn betteln."

Die ca. 300.000 Binnenflüchtlinge, die heute noch in der selbstverwalteten Region in Zelten, Hotels und ehemaligen staatseigenen Gebäuden leben, sind sogar bei ihren kurdischen Landsleuten nicht immer gerne gesehen. In dem Maße, in dem sich die ökonomische Situation verschlechtert, werden sie immer mehr als potentielle Konkurrenten um die mageren Fleischtöpfe - oder besser Mehlsäcke, von Fleisch ist schon lange nicht mehr die Rede - angesehen. Zwar würde ihnen niemand das Recht absprechen, sich in der 'relativ sicheren' Region niederzulassen, aber "doch bitte woanders, nicht gerade bei uns in der Nachbarschaft."

Während des Volksaufstandes wurden viele Fehler gemacht...

Viele Mitglieder der Union der Arbeitslosen oder Flüchtlingsunion haben eine lange politische Geschichte. Sie hatten auch während des Volksaufstandes gerade in Sülaymania eine nicht unwesentliche Rolle gespielt; die Räte in Fabriken und Stadtteilen, die während und nach dem Aufstand entstanden waren, überlebten jedoch nicht allzulange. Ein anderes Mitglied der Arbeitslosenunion faßt die Erfahrung des Aufstandes zusammen: "Wir waren gut auf den Aufstand vorbereitet, aber nicht auf das 'danach'. Und wir haben eines übersehen oder besser nicht sehen wollen: Das, was die Bevölkerung vereinigt hat und dahin gebracht hat, sich so geschlossen am Aufstand zu beteiligen, war die Auflehnung gegen die Kurdenpolitik des Baath-Regimes, gegen die nationale Unterdrückung und nicht die Vision von einer veränderten Gesellschaft. Wir haben die Räte gegründet und wollten unsere Inhalte, das heißt, die einer nicht-kapitalistischen Gesellschaftsordnung den Menschen in dem Moment vermitteln, in dem wir gemeinsam gekämpft haben. Das ist sehr schnell nach hinten losgegangen..."

Obwohl auch die etablierten kurdischen Parteien gegen die Räte vorgegangen waren, machen heute viele Mitglieder der Bewegung unter anderem eigene Fehler für deren Scheitern verantwortlich. "Die Bevölkerung wollte damals in der Kriegssituation den bewaffneten Schutz der Kurdistan Front, da hatten wir nicht genug zu bieten."

Die Mitglieder der Rätebewegung, die heute in der Union der Arbeitslosen mitmachen, haben aus Fehlern gelernt. Heute versuchen sie das aufzugreifen, was den Leuten wirklich unter den Nägeln brennt. Durch ihr basisdemokratisches Organisationsmodell unterscheiden sich die Arbeitslosen- und die Flüchtlingsunion deutlich von der Mehrzahl der vorhandenen politischen Strukturen in Kurdistan.

Außerdem versuchen sie, die kurdische Regierung auf verschiedenen Ebenen in die Pflicht zu nehmen. Einmal hat die Union der Arbeitslosen eine Genehmigung beantragt, als offizielle Vereinigung tätig zu sein. Sobald ein dementsprechendes Gesetz im Parlament verabschiedet ist, soll über den Antrag entschieden werden. Das hieße dann, daß die Union ihr Programm auch über kurdisches Radio und Fernsehen bekannt machen könnte. Die Flüchtlingsunion hat eine solche vorläufige Erlaubnis schon bekommen; sie ist um einiges früher gegründet worden als die Arbeitslosenunion.

Perspektiven für die kurdische Bevölkerung

Bis zu den Wahlen im Sommer 1992 waren politische Auseinandersetzungen über ökonomische Strukturen in der kurdischen Gesellschaft kaum geführt worden. Die Diskussion um die Frage Autonomie oder Föderation beherrschte kurdische Medien und Öffentlichkeit und war letztendlich auch Kriterium bei der Wahlentscheidung vieler Kurden. Mitglieder der Rätebewegung oder auch der in dieser Bewegung beteiligten 'Kommunistischen Strömung' waren mit Forderungen wie z.B. 35 Stundenwoche für die Arbeiter eher auf taube Ohren und Unverständnis gestoßen.

Heute sieht die Situation anders aus. Sechs Monate nach den Wahlen beginnen nicht nur die Arbeitslosen mit eigener Organisation. "Selbstorganisation, wie wir sie hier praktizieren wollen, hat es unter dem Baath-Regime nicht gegeben. Jetzt haben wir die Möglichkeit, uns offen zu organisieren. Damit fangen wir dort an, wo es am nötigsten ist. Auch wenn es sich dann gegen die Regierung richtet", erklärt ein Sprecher der Arbeitslosenunion. "Die meisten Leute kommen aus Verzweiflung hierher, nicht weil sie klare Ideen zur Durchsetzung ihrer Rechte haben."

Die Menschen, die mehr als ein Jahr zuvor auf Demonstrationen noch "YES YES Bush" gerufen und der UNO zugejubelt, die mit Begeisterung bei der ersten kurdischen Wahl ihre Stimme abgegeben hatten, sind in diesem Winter enttäuscht. Die Absichten - vor allem des westlichen - Auslandes und die Möglichkeiten der eigenen Regierung werden nun nüchterner eingeschätzt. Die Einsicht, daß niemand bereitsteht, den Kurden über die 'Mühen der Ebene' hinwegzuhelfen, macht sich breit. Liegen da die Chancen der Selbstorganisierung? Entsteht hier, ein halbes Jahr nach der Wahl zum kurdischen Parlament, eine außerparlamentarische Opposition?

"Vielleicht", antwortet der Sprecher der Arbeitslosenunion. "Auch wir können nicht aus dem Nichts eine Lösung zaubern und wir können die bestehenden politischen Kräfte nicht ignorieren. Genau an sie, die kurdische Regierung und die Weltöffentlichkeit, werden wir auch unsere Forderungen richten. Die Frage ist, ob wir genug innenpolitischen und internationalen Druck erzeugen können."

me

Offener Brief der Arbeitslosenunion Sülaymania an die Arbeitslosen der Industrienationen:

Wir wenden uns an Euch, denn trotz aller Unterschiede seid Ihr genau wie wir diejenigen, die für die Interessen des internationalen Kapitals bezahlen. Aufgrund derzeitiger Kapitalstrategien hat die Arbeitslosigkeit weltweit zugenommen.

Allerdings gibt es für uns hier in Kurdistan noch einmal besondere Bedingungen. Die Arbeitslosigkeit ist zum Allgemeinzustand unserer Gesellschaft geworden. Die beiden Golfkriege haben die ökonomische Struktur des Irak zerstört - in Kurdistan gibt es praktisch keine Arbeitsmöglichkeiten mehr. Die beiden Embargos, das UN-Embargo gegen den Irak und das irakische Embargo gegen Kurdistan, erschweren unsere Situation noch weiter.(...)

Unter diesen spezifischen Bedingungen haben wir uns als Arbeitslosenunion zusammengeschlossen, um vereint unseren Forderungen Gewicht zu verleihen.

Vor allen Dingen fordern wir von unserer Regierung, die uns Arbeitslosen keine Rechte einräumt, Arbeitslosenunterstützung und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Weiterhin fordern wir die Aufhebung beider Embargos. Beide treffen nicht in erster Linie die kurdische und arabische Bourgeoisie, sondern die Arbeiter, Werktätigen und Arbeitslosen im Irak und Kurdistan.(...)

Bis heute haben wir zwei Niederlassungen in Hewler und Sülaymania. In beiden Orten ist ein Sprecherrat von den jeweiligen Vollversammlungen gewählt worden. Wir wenden uns an die Arbeiter und Arbeitslosen in ganz Europa mit der Bitte, unsere Forderung nach Aufhebung der Embargos aktiv zu unterstützen. Schafft ein Forum für unsere Forderungen in Euren Organisationen.

Sülaymania 29.12.92

"In Jaffna haben wir keine Chance"

Auch srilankische Moslems fordern eine größere Autonomie

Eine Friedenslösung für Sri Lanka ist heute komplizierter denn je. Es sind nicht mehr nur sinhalesische und tamilische Interessen, die sich unversöhnlich gegenüberstehen. Seit den großangelegten Vertreibungsaktionen srilankischer Moslems aus den nordöstlichen Landesteilen der Insel durch die tamilische LTTE strebt auch die Bevölkerungsgruppe der Moslems, die zahlenmäßig halb so stark ist wie die tamilische Minderheit eine größere Autonomie an.

An der Straße entlang der Westküste Sri Lankas von der Hauptstadt Colombo nach Anuradhapura liegt der kleine Fischerort Puttalam. Die meisten Touristenbusse halten hier nicht. Sie fahren weiter nach Anuradhapura, in die alte sinhalesische Königsstadt mit ihren Sehenswürdigkeiten. Um die Überbleibsel der glorreichen Vergangenheit des Landes zu bestaunen sind die 'Weißen' gekommen. In Anuradhapura stimmt das Bild vom herrlichen 'Tropenparadies' mit seiner bewundernswerten Kultur auch noch. In Puttalam überkommen einen diesbezüglich Zweifel.

Der Ort - gut hundert Kilometer nördlich der Hauptstadt gelegen - und der gleichnamige Distrikt sind seit über zwei Jahren 'Heimat' für Zehntausende von Moslems: Flüchtlinge aus den weiter nördlich liegenden, überwiegend von Tamilen besiedelten Distrikten Mannar und Jaffna. Biegt man im Ort nicht in Richtung Anuradhapura ab und fährt auf der kleinen, holprigen Straße weiter in Richtung Norden, dann stößt man bald auf dicht gedrängtes Elend: ein Flüchtlingslager steht neben dem anderen; es sind notdürftige kleine Hütten, aus Palmblättern erbaut und auf salzigen Untergrund gesetzt. Fünfzig oder hundert solcher Notunterkünfte machen ein 'Flüchtlingsdorf' aus. "Jaffna Muslim Refugees Camp" oder "Mannar Muslim Refugees Camp" steht auf Schildern, die entlang der Straße auf die Lager hinweisen. Vor den Camps spielen Kinder, Frauen sind damit beschäftigt, Wasser aus einem aufgestellten Metalltank zu zapfen. Die meisten Männer sitzen gelangweilt an einem schattigen Platz herum, andere stehen vor einer provisorisch erbauten Moschee.

Arbeit haben nur die wenigsten der Flüchtlinge gefunden. Der Distrikt bietet außer Fischfang und ein wenig Viehzucht nur wenig Möglichkeiten des Brot- oder besser: Reiserwerbs. Es ist ein karges und trockenes, oft versalzenes Land, wo die vielen Flüchtlinge noch schlechtere Chancen haben als die Einheimischen. "Allenfalls Gelegenheitsjobs können wir hier bekommen", sagt Mohideen, ein etwa vierzigjähriger Mann. "Die Regierung gibt uns Reis und Hülsenfrüchte. Die Leute vom Amt kommen zweimal im Monat, um die Lebensmittel zu verteilen. Und dann gibt es noch einige Freiwilligenorganisationen, die uns helfen", fügt er hinzu.

Mohideen lebt mit seiner fünfköpfigen Familie seit Oktober 1990 hier. "Die tamilischen 'Befreiungstiger' (LTTE) haben uns und die anderen Moslems damals aus Jaffna vertrieben", erzählt er. Eine Rückkehr in ihre Heimat sei wohl vorerst nicht möglich. "Die LTTE beherrscht Jaffna und da haben wir keine Chance". So wie Mohideens Familie geht es etwa 50.000 Moslems, die ehemals im Norden oder Nordwesten Sri Lankas lebten und jetzt ein tristes und perspektivloses Leben in Flüchtlingslagern fristen. Die Probleme, die er und mit ihm viele Moslems im Land haben, sind nur eine Facette im komplizierten und undurchsichtigen politischen Gewirr Sri Lankas.

Eigenständige Bevölkerungsgruppe

Moslems - auch Moors genannt - betrachten sich als eigenständige ethnische Bevölkerungsgruppe. Sie machen sieben Prozent der Gesamtbevölkerung aus, insgesamt etwa 1,2 Millionen Menschen. Im Gegensatz zu Sinhalesen (etwa 73 Prozent) und Tamilen (13 Prozent), den Hauptbevölkerungsgruppen der Insel, verfügen sie über kein zusammenhängendes Siedlungsgebiet. Etwa ein Drittel der moslemischen Bevölkerung lebt im von Tamilen dominierten Norden und Osten, zwei Drittel in den überwiegend von Sinhalesen bewohnten südlichen und südwestlichen Landesteilen. Als Muttersprache gilt Tamilisch, obwohl viele auch der sinhalesischen Sprache mächtig sind. Die meist seit Jahrhunderten auf der Insel siedelnden Moslems haben sich weitgehend ihrer jeweiligen Umgebung angepaßt, so daß sich nur wenige gemeinsame moslemische Traditionen entwickeln konnten.

Erst während der britischen Kolonialherrschaft entwickelten sie das Bestreben nach einer eigenen Identität als Volksgruppe. Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurden sie meist als islamisierte Tamilen betrachtet. Eine kleine, städtisch orientierte und wohlhabende Moslemoberschicht, die sehr bald die politische Führung dieser Volksgruppe übernahm, stellte später nicht nur das verbindende Merkmal einer gemeinsamen Religion in den Vordergrund, sondern postulierte zugleich eine eigenständige Abstammung von arabischen Seefahrern oder entfernten Anverwandten des Propheten.

Zunehmende Spannungen

Schon vor einiger Zeit gerieten die Moslems immer stärker in den seit Anfang der achtziger Jahre andauernden Volksgruppenkonflikt zwischen Sinhalesen und Tamilen, worunter das traditionell recht gute Verhältnis zwischen ihnen und der tamilischen Bevölkerung schwer gelitten hat. Anfang der achtziger Jahre versuchten militante tamilische Gruppierungen - allen voran die 'Befreiungstiger' -, Moslems als "tamilischsprachige Bevölkerungsgruppe" mit in ihren Kampf für einen eigenständigen Tamilenstaat auf der Insel - Thamil Eelam genannt - einzubeziehen. Die meisten Moslems lehnten dies ab. Die wachsenden Spannungen wurden dann später von der srilankischen Regierung geschickt ausgenutzt: Es war nun keine Seltenheit mehr, daß sich das Militär

der Hilfe von Moslems beim Aufspüren tamilischer Guerillas bediente. Die Konsequenz war, daß für die LTTE nun alle Moslems zu "Feinden und Verrätern" wurden, die es galt zu bestrafen.

Rechtsanwalt M. Munsoor von der 'Jaffna District Moslem Refugee Association', der die Interessen der moslemischen Flüchtlinge vertritt, erinnert sich an einen Tag, den Moslems wohl nie wieder vergessen werden. "Am 30. Oktober 1990, ungefähr gegen sieben Uhr morgens, kamen schwer bewaffnete LTTE-Kämpfer in den moslemischen Stadtteil Jaffnas und verkündeten über Lautsprecher, alle Moslems sollten sich um acht Uhr auf dem Jinnah- Platz versammeln. Dort sagte ein LTTE-Führer der versammelten Menge, daß man keine Moslems mehr in Jaffna dulde. Er begründete dies mit Auseinandersetzungen zwischen Moslems und Tamilen im Osten der Insel. Alle Moslems müßten innerhalb der nächsten zwei Stunden Jaffna verlassen." Man habe denjenigen, die sich geweigert hätten, mit dem Tod gedroht. Alles, was man den Flüchtenden gelassen habe, seien zweihundert Rupien gewesen. "Ansonsten wurde alles von der LTTE konfisziert", erzählt Herr Munsoor weiter.

Mit der Vertreibung zehntausender Menschen war dann der Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen Tamilen und Moslems erreicht. Die LTTE beließ es jedoch nicht bei dieser drastischen Maßnahme: immer wieder kommt es seit dieser Zeit auch zu brutalen Übergriffen auf moslemische Einzelpersonen oder Gruppen, vorwiegend in den Ostgebieten der Insel. Moslemische Dörfer und selbst Moscheen sind von der LTTE überfallen worden, Hunderte wurden dabei innerhalb der letzten zwei Jahre massakriert.

Um die moslemische und sinhalesische Bevölkerung zu schützen, rekrutiert und bewaffnet die Regierung Zivilisten aus diesen beiden Bevölkerungsgruppen und ernennt sie zu Bürgerwehren (homeguards), die den Schutz nicht-tamilischer Dörfer im Osten gewährleisten sollen. Aber die schlecht ausgebildeten 'homeguards' haben vielfach nur eines im Sinn: Sie vergelten die Übergriffe der LTTE oft mit Racheakten an tamilischen Zivilisten. So haben gerade während der vergangenen zwei Jahre Terror und Gegenterror das Bild im Osten der Insel bestimmt.

Die zunehmenden Attacken tamilischer Guerillas und die Suche der srilankischen Moslems nach einer neuen Identität haben mittlerweile auch zur Gründung einer rein moslemischen politischen Partei, dem 'Sri Lanka Moslem Congress' (SLMC), geführt. Seit der Unabhängigkeit Sri Lankas 1948 hatten sich Moslems immer auf die Seite der jeweils regierenden - und von Sinhalesen dominierten - großen Volksparteien geschlagen, der 'United National Party' (UNP) und der 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP). Der Führer des SLMC hat kürzlich sogar zum 'Jihad', dem heiligen Krieg, aufgerufen. Die moslemische Jugend sei bereit, im Kampf gegen die LTTE ihr Leben zu lassen.

Friedenslösung wird immer komplizierter

Das angespannte Verhältnis zwischen Tamilen und Moslems macht heute eine Friedenslösung noch komplizierter, weil nicht mehr nur sinhalesische und tamilische Interessen berücksichtigt werden müssen. Stärker als zuvor muß jetzt auf das geachtet werden, was Moslems wollen. Denn nunmehr streben auch sie nach größerer Autonomie - eine Forderung, die vor allem Moslems im Osten Sri Lankas aufstellen. Eine gemeinsame politische Zukunft zusammen mit den Tamilen können sich derzeit nur noch die wenigsten Moslems dieser ethnisch gemischten Region vorstellen.

Die allumfassende Lösung der Probleme ist indes weiterhin nicht in Sicht. Mittlerweile glauben nur noch wenige an den großen Durchbruch eines parlamentarischen Ausschusses ('Parliamentary Select Committee'), der seit Monaten diskutiert und Vorschläge von allen politischen Parteien zur Lösung des Konfliktes entgegennimmt. Vorschläge liegen mittlerweile von fast allen kleineren Parteien vor. Diese beschäftigen sich vor allem mit dem politischen und administrativen Schicksal der 1987 zu einer Provinz zusammengelegten Nord- und Ostgebiete, wobei der Norden mittlerweile fast ausschließlich von Tamilen besiedelt wird, während im Osten jeweils etwa ein Drittel Sinhalesen, Moslems und Tamilen leben. Nur die beiden großen, sogenannten Volksparteien, die regierende UNP und die oppositionelle SLFP, haben ihre Vorschläge dem Ausschuß bisher nicht präsentiert.

Verfolgt man die Berichte über den Kauf argentinischer Kampfflugzeuge und jetzt auch russischer Kampfhubschrauber durch die Regierung, entsteht unweigerlich der Eindruck, Präsident Ranasinghe Premadasa und seine Partei hätten überhaupt kein Interesse an der Lösung eines Problems, an dessen Entstehen und Eskalation sie maßgeblich die Schuld tragen. Der Präsident versucht offensichtlich lieber, die sinhalesische Bevölkerung durch populistische Maßnahmen bei Laune zu halten und so von den brennenden Problemen des Landes abzulenken. Mit dem Slogan "Exports bring prosperity to the nation" überwacht er derzeit den Bau von zweihundert Textilfabriken in den mehrheitlich von Sinhalesen besiedelten Landesteilen. Diese sollen Arbeitsplätze vorwiegend für die ländliche Bevölkerung schaffen. Sicher ist bei dem auf Export angelegten Milliardenprogramm jedoch bisher keineswegs, ob das Land seine Produktion auch los wird.

Premadasa und seine Regierung haben auch weite Teile der Presse in fester Hand. Dies gilt vor allem für die elektronischen Medien wie Rundfunk und Fernsehen sowie für den größten Zeitungskonzern 'Lake House': Alle verstehen sich als Sprachrohr der Regierung. Sie räumen Premadasa alle nur erdenklichen Möglichkeiten ein, sich und seine Politik zu präsentieren. Die wenigen kritischen Blätter, die es seit kurzer Zeit vor allem im sinhalesisch-sprachigen Zeitschriftensektor gibt, befinden sich allwöchentlich mit ihrer Berichterstattung auf einer Gratwanderung, weil sich die Versuche der Regierung mehren, solche Stimmen verstummen zu lassen. So scheut man sich nicht mehr, mit Presseleuten so umzugehen, wie man es schon seit längerem mit Rechtsanwälten und Menschenrechtlern zu tun gewohnt ist. Die von einer Bürger- und Menschenrechtsgruppe in Colombo angefertigte Aufstellung über Belästigungen und Einschüchterungen von Journalisten und Medienleuten im Jahr 1992 erstreckt sich auf mehr als vierzig Vorfälle. Die Angriffe auf die ehemals relativ freie Presse des Landes hat kürzlich zur Gründung des 'Free Media Movements' (FMM) geführt, in dem schon zahlreiche Journalisten vereinigt sind. Sie haben sich bereits mehrfach unter Drohungen der anderen Seite auf die Straße gewagt, um für Presse und Meinungsfreiheit zu demonstrieren. Die Sonntagszeitung 'Sunday Times' hat es kürzlich sogar gewagt, eine Anzeige des FMM zu veröffentlichen: "Journalism under threat" heißt es in fetten Lettern. In der Anzeige werden alle Journalisten und demokratischen Kräfte, religiöse Organisationen und Gewerkschaften aufgefordert, sich für das Recht auf freie Meinungsäußerung einzusetzen und sich den - oft tätlichen - Angriffen gegen Journalisten zu widersetzen.

Die SLFP als größte Oppositionspartei hat sich eigentlich schon vor Monaten von der politischen Bühne verabschiedet, weil man sich lieber intern um die Nachfolge des alternden Parteivorsitzenden, Sirimavo Bandaranaike, fetzt als auf die Lösung des sogenannten 'Nationalen Problems' hinzuarbeiten. Sinhalesisch-buddhistische Extremisten innerhalb der Partei stellen sich zudem gegen jedes Zugeständnis an die tamilische Bevölkerung.

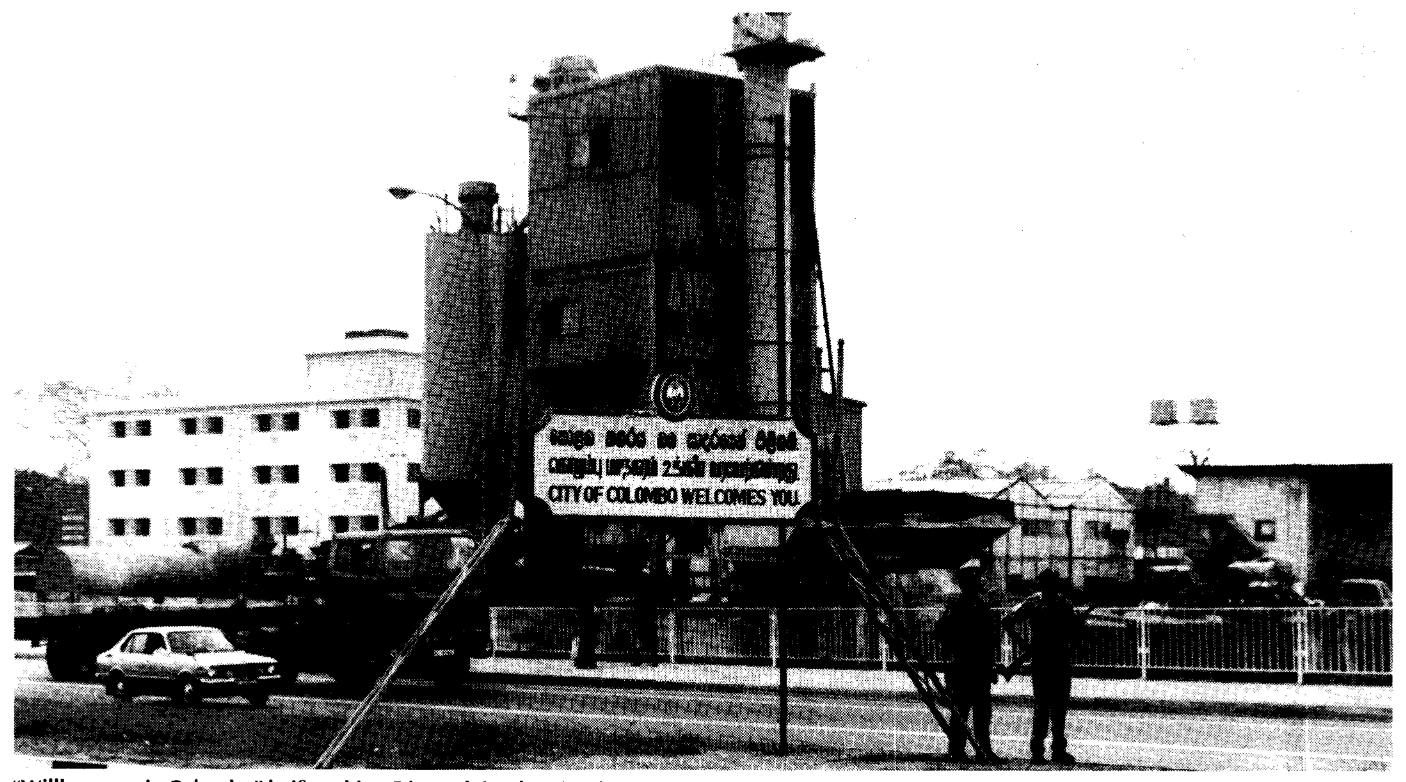
Was macht die LTTE?

Wenn im sinhalesischen Parteien und Personenspektrum derzeit niemand auszumachen ist, von dem eine Lösung erwartet werden könnte, sieht es auf tamilischer Seite kaum besser aus. Parteipolitik ist in den von Tamilen besiedelten Gebieten seit geraumer Zeit nicht oder kaum noch möglich. Die LTTE beansprucht für sich weiterhin ein Alleinvertretungsrecht, die tamilische Konkurrenz ist in den letzten Jahren brutal ausgeschaltet oder vertrieben worden. De facto ist das tamilische Volk seit langem ohne politische Vertretung, obwohl es seit den letzten Parlamentswahlen mehrere tamili-

sche anti-LTTE Abgeordnete gibt, die sich jedoch wegen der Gefahr für Leib und Leben überwiegend in Colombo aufhalten und ihre Wahlkreise im Norden nicht und im Osten nur eingeschränkt besuchen können.

Andere tamilische Gruppierungen und Parteien sehen mittlerweile ihr Hauptziel nicht mehr im Kampf gegen die Regierung, sondern in der Eliminierung der mit ihnen verfeindeten LTTE. Sie lassen sich für Kampfaktionen und Einsätze der Streitkräfte anwerben, was diese Gruppen bei der Mehrheit der tamilischen Bevölkerung diskreditiert hat. So bleibt für Tamilen im Norden und Osten eigentlich nur die LTTE, zu der viele eine Art 'Haßliebe' verspüren. Einerseits glauben sie diese einflußreichste Guerillaorganisation zu brauchen, damit sich die Regierung in Colombo überhaupt noch der in Colombo lebt. Aber trotz aller Terrormethoden scheint die LTTE weiterhin Zulauf gerade aus der jugendlichen Bevölkerung zu erhalten, die nur noch im Kampf gegen das verhaßte Regime und seine Soldaten, die immer wieder für Massaker an der tamilischen Bevölkerung verantwortlich sind, eine Perspektive sieht. Fraglich bleibt bei dem Szenario, ob es der auf ihre militärische Schlagkraft bauenden LTTE Ernst ist mit den kürzlich erneut ausgesprochenen Gesprächsangeboten an Colombo. Nicht wenige Beobachter der srilankischen Szene glauben, die LTTE spiele immer wieder auf Zeit und habe letztendlich Angst vor einer Friedenslösung, die für die Guerilla eventuell das Aus bedeuten könne.

Ginge es nach der Mehrheit der Bevölkerung Sri Lankas, dürfte eine Lösung nach fast achtziger Jahre ihr Leben verloren. Die Wirtschaft des Landes leidet unter dem aufgeblähten Verteidigungsapparat. Ohne den Krieg und die riesigen Summen, die er verschlingt, hätte Sri Lanka die allerbesten Voraussetzungen, innerhalb kürzester Zeit zu einem sogenannten Schwellenland zu werden. Darin sind sich Wirtschaftsexperten einig. Die Realität sieht jedoch so aus, daß mehr als 100.000 Menschen allein im Norden und Osten durch den Krieg ihre Beschäftigung verloren haben. Die Region trage kaum noch was zum Volkseinkommen des Landes bei, betonte kürzlich Dr. W. Nithianandan, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität von Jaffna. Anläßlich einer Tagung in Colombo betonte er, von den gut 300.000 Hektar Land, auf denen im Norden und Osten vor 1983 Reis angepflanzt wurde,



"Willkommen in Colombo" heißt es hier. Die Stadt ist abgeriegelt, um das Eindringen tamilischer Guerillas zu verhindern... **Foto: Walter Keller**

mit ihren Forderungen nach mehr Autonomie beschäftigt. "Ohne die LTTE hätte man uns schon längst überrannt", hört man von tamilischer Seite immer wieder als Argument dafür, daß die LTTE auch weiterhin unterstützt werden müsse. Andererseits werden die Terrormethoden von den meisten wohl kaum für gut geheißen, mit denen die 'Tigers' zunehmend vorgehen. Abgesehen von den Angriffen gegen Moslems schalten sie auch tamilische Opponenten und Deserteure aus und exekutieren sie in aller Öffentlichkeit. Die Menschenrechtsorganisation 'amnesty international' kritisiert in ihrem in der letzten Woche veröffentlichten Lagebericht nicht nur die Regierung, sondern prangert auch die schweren Menschenrechtsverletzungen durch die LTTE an. "Die Menschen im Norden und Osten können keine Kritik an der LTTE und ihrer Vorgehensweise üben. Sie haben Angst", meint ein Tamile, fünfzehnjährigem Bürgerkrieg nicht mehr länger auf sich warten lassen. Trotz des schlimmen Schicksals der 50.000 moslemischen Flüchtlinge in Puttalam und anderswo stellen diese Menschen nur die 'Spitze eines Eisbergs' dar. Insgesamt sind es Angaben des Ministeriums für Rehabilitation und Sozialfürsorge zufolge über 600.000 Binnenflüchtlinge - unter ihnen 250.000 Kinder, wie UNICEF schätzt -, die wegen anhaltender Auseinandersetzungen in Sri Lankas Nord- und Ostgebieten derzeit in Flüchtlingslagern leben oder fern ihrer Heimat bei Freunden oder Bekannten Zuflucht gefunden haben. Und die allermeisten davon sind immer noch Tamilen, deren Siedlungsgebiete im Norden und Osten weiterhin nicht nur hart umkämpft sind, sondern bereits seit Monaten einer teilweisen Wirtschaftsblockade der Regierung unterliegen.

Zehntausende haben seit Beginn der seien derzeit nur noch 49 Prozent kultiviert. Vor allem die Fischereiindustrie sei äußerst stark von den Unruhen betroffen. Darüberhinaus seien 53 Fabriken in den Nord-Ost-Gebieten durch Luftangriffe zerstört oder beschädigt worden. Dr. Nithianandan betonte weiterhin, von den ehemals im Norden und Osten lebenden 1,7 Millionen Menschen lebten derzeit nur noch etwa die Hälfte dort.

Während so im Norden und Osten tagtäglich in einem 'vergessenen' Krieg gestorben und gelitten wird und Hunderttausende auf der Flucht sind, haben im vergangenen Jahr 400.000 ausländische Touristen die südlichen Landesteile Sri Lankas besucht und damit die Devisenkasse gefüllt. Ein neuer Rekord. Die meisten waren positiv beeindruckt! Ihr Sri Lanka-Bild ist weiterhin ungetrübt.

Walter Keller

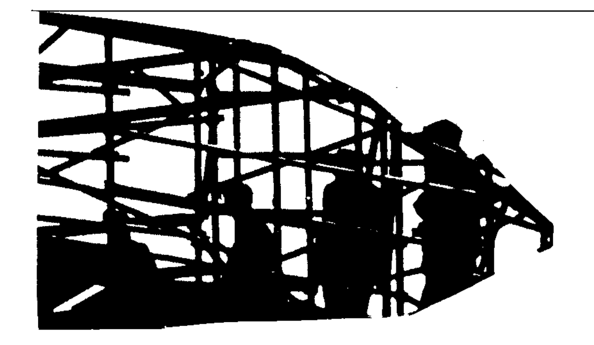
"Sie haben noch nie von Kinderarbeit gehört?"



Swami Agnivesh, studierter Jurist und Ökonom, ist eine der führenden Persönlichkeiten Indiens im Kampf gegen die Schuldknechtschaft. Darüber hinaus engagiert er sich auch mit Wort und Tat gegen andere gesellschaftliche Mißstände. Im Oktober nahm er an der Internationalen Nord-Süd-Konferenz 'Lokale Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung' in Berlin teil.

Sie haben 1981 die Organisation Bandhua Mukhti Morcha zur Abschaffung der Schuldknechtschaft gegründet. Womit beschäftigt sich diese Organisation konkret?
In unserem Land arbeiten mehr als fünf Millionen Menschen in Schuldknechtschaft. Die meisten sind in Not geratene arme Bauern ohne Schulbildung, die sich bei ihrem 'Landlord' Geld geliehen haben. Der aber nutzt die Not und Unwissenheit seiner Opfer skrupellos aus. Er manipuliert die Schuldsumme mit willkürlichen Wucherzinsen, die sie nie bezahlen können. So macht der Gläubiger den Schuldner und dessen ganze Familie über Generationen hinweg zu Leibeigenen.
Ferner arbeiten circa 55 Millionen Kinder in Indien acht, zehn, zwölf oder mehr Stunden am Tag. Sie sind lebensgefährdenden Arbeitsbedingungen ausgesetzt, werden oftmals auch gefoltert und miserabel entlohnt. Unsere Organisation spürt diese Fälle auf und macht sie publik. Wir befreien die Opfer und rehabilitieren sie mit Hilfe des Gesetzes.
Also gibt es in Indien eine gesetzliche Grundlage gegen diese Ausbeutungsformen?
Ja. Wir haben die Gesetze. Aber der politischen Wille, sie durchzusetzen, fehlt. Die Bürokratie und die Arbeitgeber sind völlig miteinander verfilzt. Moralisch rechtfertigen sich die Verantwortlichen mit dem Hinweis auf soziale Probleme. Sie sagen, die Kinder verhungern, also geben wir ihnen Arbeit, damit sie wenigstens überleben.
Was tun Sie, wenn Sie solche Fälle aufspüren?
Wir wenden uns zunächst an die zuständigen lokalen Behörden, die unser Anliegen in der Regel sehr abweisend behandeln. Sie verschleppen die Untersuchung des Falls über Monate. Es ist sehr frustrierend. Meistens müssen wir den Obersten Gerichtshof in Dehli einschalten, der ein Untersuchungsverfahren einleitet und dann die lokale Behörde veranlaßt, das Opfer zu befreien.
In welchen Bereichen kommen Schuldknechtschaft und Kinderarbeit vor allem vor?
Überall in Indien. Selbst in staatlichen Projekten stößt man auf solche Zustände. Hier werden Verträge mit Subunternehmern geschlossen, die Kinder versklaven. Die Regierung redet sich damit heraus, daß sie nicht wissen könne, welche Zustände in diesen Unternehmen herrschen.
Wenn Sie jemanden aus der Schuldknechtschaft befreien, steht er vor den gleichen Problemen wie vorher. Was passiert dann?
Wir kümmern uns darum, daß die Opfer von der Regierung die ihnen gesetzlich zustehende Entschädigung in der Höhe von etwa 6.200 indische Rupien erhalten. Wir achten darauf, daß davon Geräte gekauft werden, mit denen die Betroffenen ihren Lebensunterhalt verdienen können, z.B. eine Rikscha oder eine Nähmaschine. Eltern müssen in die Lage versetzt werden, ihre Kinder zur Schule schicken zu können.
Mit welchen indischen Organisationen arbeiten Sie zusammen?
Wir haben ohne Erfolg die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen gesucht. Aber keine Gewerkschaft, keine politische Partei, keine religiöse Organisation, absolut niemand hat uns irgendwelche Unterstützung zugesagt.
Warum verhalten sich die Gewerkschaften so passiv?
Wie in anderen Ländern auch, konzentrieren sich unsere Gewerkschaften rein auf die Vertretung der Interessen der organisierten Arbeiter. Sie sind mit Lohnverhandlungen und Arbeitszeitdiskussionen beschäftigt und kümmern sich nicht um die Bereiche, die außerhalb dessen liegen. Die Schuldknechtschaft tritt im informellen Sektor auf. Im organisierten Sektor sind aber nur zehn Prozent der Arbeiter beschäftigt.
Wo würden Sie ansetzen, um die Ursachen dieser Probleme zu bekämpfen?
Das zentrale Problem ist der Mangel an Bildung. Wir fordern Bildung für alle Kinder bis 14 Jahre. Wir haben mehr als 55 Millionen Arbeitslose in unserem Land, denen die Kinder die Arbeitsplätze wegnehmen. Deshalb sollte man Kinderarbeit sofort total verbieten, Arbeitsplätze für die arbeitslosen Erwachsenen schaffen und die Kinder zur Schule schicken. Doch dafür fehlt der politische Wille. Die Regierung zieht sich mit dem Hinweis auf die Schulen zurück, die offen für alle sind. Sie tut aber nichts dafür, daß die Kinder der Armen sich den Schulbesuch auch leisten können...
Sehen Sie in den Abnehmerländern der billigen indischen Produkte Möglichkeiten, auf die Produktionsbedingungen in Ihrem Land einzuwirken?
Wir haben an die deutschen Konsumenten appelliert, solche Produkte nicht zu kaufen. Wenn jemand einen Teppich kauft, soll er darauf achten, daß er nicht von Kindern produziert wurde.
Existiert eine Kennzeichnung der 'anständigen' Teppiche?
Bis jetzt noch nicht. Wir üben Druck auf die indische Industrie und die Regierung aus, ein entsprechendes Label zu schaffen. Wenn das passiert, wird unsere Organisation als 'watchdog' die Einhaltung der Bedingungen überwachen.
Glauben Sie an die Wirksamkeit des Konsumentendrucks aus den Abnehmerländern?
Ja. Vor ein bis zwei Monaten wurde im US-Senat über ein Gesetz zum totalen Importverbot von Produkten, die von Kindern produziert werden, diskutiert. Das hat unter den indischen Produzenten Unruhe ausgelöst. Ich hoffe, auch in Deutschland solche Kampagnen in Gang zu setzen.

Das Interview führten Jürgen Neitzel und Gudrun Sonnenberg





Die Krise als Chance

Vor zwei Ausgaben (blätter des iz3w Nr. 187) begannen wir mit Klaus Eßers Beitrag 'Lateinamerika - Industrialisierung ohne Vision' und einer Erwiderung von Ilse Schütz-Buenaventura eine Diskussion zum Scheitern des industriellen Entwicklungswegs Lateinamerikas. Nachdem Elmar Altvater in unserer letzten Ausgabe die These vertrat, daß das gesamte 'Projekt Industrialisierung' ohne jede Zukunft sei, interpretiert Helmut Thielen die Industrialisierungskrise Lateinamerikas neu und gelangt zur Einschätzung, daß Eßer "die sogenannte importsubstituierende Industrialisierung und den nachfolgenden gegenwärtigen Neoliberalismus nicht angemessen begreift".

Die bisherige Diskussion in den 'blättern des iz3w' um Entwicklungsverläufe, wie sie in Lateinamerika ebenso wie in anderen Teilen der 'Dritten Welt' gescheitert sind, stellt mit der Industrialisierungsfrage ab auf die ökonomischen Probleme von Entwicklung. Am Ende eines gescheiterten Weges wäre daher eine klare politisch-ökonomische Analyse der Rückbesinnung in der Absicht angemessen, die zentralen Ursachen des Scheiterns zu identifizieren, um daraus Alternativen abzuleiten.

Altvater ('blätter des iz3w' Nr.188, Seite 6ff) ist die Notwendigkeit einer ökonomiekritischen Diagnose bewußt. Er geht von der bestimmenden Realität des Weltmarktes aus. Aber Altvater erklärt die Industrialisierungsphasen nicht konsequent politisch-ökonomisch, gewichtet einseitig die ökologische Frage, läßt die soziale, das heißt das alle Vorstellungskraft sprengende Elend von einer Milliarde Menschen, weg und bietet zum Ende bloß abstrakt ein alternatives technologisches Stichwort - solare Revolution - statt einer gesellschaftspolitischen Perspektive, die durch Vermittlung von sozialen Interessen, politischen Kräften und programmatischen Inhalten zu bestimmen wäre.

Der theoretische Hintergrund

Der Schlüssel zum Verständnis der Probleme läge in der geschichtlich konkreten Darstellung von Phasen globaler Kapitalverwertungs- und Krisenprozesse wie -folgen als interne Momente der kapitalistischen Weltmarktdynamik (statt externer oder bloß nationaler Faktoren). Damit verbunden müßten die interessengeleiteten ökonomischen und politischen Strategien gesellschaftlicher Gruppen analysiert werden. Darin hätte dann auch die Betrachtung sogenannter interner Ursachen - Machteliten, falsche Politik usw. - ihren Platz, aber als vermittelt mit der globalen Kapitalbewegung.

Im Zentrum der Ursachenanalyse hätte ein Sachverhalt zu stehen, auf den Robert Kurz in seinen Büchern verweist: Mit dem 'Sieg der Marktwirtschaft' in der Systemkonkurrenz ist es dem Kapitalismus erstmals in seiner etwa vierhundertjährigen Geschichte verwehrt, sein internes Krisenpotential gleichsam nach außen (z.B. imperialistisch) abzureagieren.

Der Weltmarkt ist keiner mehr, seitdem er total ist. Denn er implodiert Schritt für Schritt. Unternehmen und Wirtschaftszweige werden umfassenden Kapitalentwertungsvorgängen (z.B. auch in der ehemaligen DDR und UdSSR) ausgesetzt und folglich werden Regionen und Bevölkerungen aus dem Weltmarkt zwangsweise ausgeschlossen.

Die erste zentrale Ursache der gegenwärtigen ökonomischen Krisenprozesse (die im Inneren der Kapitalverwertung auf ihrem heutigen Stande gelegen ist und daher nicht einfach marktwirtschaftlich-politisch wegmanipuliert werden kann) ist: Diese abgehängten Sektoren können nicht das in der Konkurrenz ständig nach oben getriebene Rentabilitätsniveau, also die Sachkapitalausstattung der Arbeitskraft als Bedingung für Mehrwertproduktion und für Preis- und Qualitäts-/Konkurrenzfähigkeit, erreichen oder halten - aus Mangel an Finanzkraft und/oder Technologiepotential.

Diese erste Ursache erzeugt nun gleichsam aus sich heraus die zweite: Das ist das zweifache relative Schrumpfen der Märkte im Verhältnis zu den noch wachsenden Produktionspotentialen. Denn es fällt die zahlungsfähige Nachfrage sowohl der abgehängten 'Unternehmen' nach Investitions- wie der ausgegrenzten 'Arbeitnehmer' nach Konsumgütern weg.

Diese Probleme des Produktivkapitals verursachen die Aufblähung des Kreditkapitals, die sie überlagert und letztlich verschärft. Ist Verwertung über Investitionen erschwert, so weicht das Kapital in die Finanzmärkte aus. Dort haben die deutschen Kapitalgesellschaften im vergangenen Jahrzehnt 700 Milliarden DM deponiert. Ihre Reingewinne aus diesem Bereich übersteigen schon die aus produktiver Anlage.

In der Schuldenkrise, nicht nur im Süden, auch in den USA oder der BRD, verengt sich dieses Ventil und droht auf die produktive Kapitalverwertung zurückzuschlagen. Das Schuldenmachen als Nachfragehebel und als externe Investitionsquelle wird schwieriger. Die Rückzahlungserfordernisse engen beide ein.

Eßers falsche Interpretation von Importsubstitution

Zeigen läßt sich nun auf diesem theoretischen Hintergrund, daß Eßer (blätter des iz3w Nr.187, Seite 9ff) die sogenannte importsubstituierende Industrialisierung und den nachfolgenden gegenwärtigen Neoliberalismus nicht angemessen begreift und daher keine gangbare politische Alternative aufweisen kann. Auch hier müssen ein paar Andeutungen genügen. Zunächst hat der konzeptionellen strikten Entgegensetzung

von Importsubstitution und Export-(Weltmarkt-)Orientierung nie eine solche in der Realität entsprochen. Vielmehr gibt es Kontinuitäten. So z.B. der problematische Naturressourcenexport: zuerst als Finanzierungsquelle einer verstümmelten Binnenorientierung genutzt, dann zur Schuldenbedienung - in beiden Fällen für die globale Kapitalverwertung.

Aus dem unzulänglichen Theoriehorizont ergibt sich der Grundfehler der Eßerschen Ausführungen: Erstens unterstellt er, importsubstituierende Industrialisierung sei ein autonomes Konzept und dementsprechende Praxis gewesen. Zweitens unterscheidet er nicht zwischen einer denkbaren sinnvollen Konzeption, der mangelhaften Konzipierung schon durch die CEPAL und schließlich deren defizitärer Umsetzung. Drittens identifiziert er die richtig aufgelisteten Defizite als Folgen der Idee oder als Ursachen der Probleme, statt sie aus der Kapitalverwertungsdynamik und der Interessenpolitik nationaler und vor allem internationaler privilegierter sozialer Gruppen und herrschender Klassen und Eliten zu erklären.

Daher ist beispielsweise der wirtschaftspolitische Protektionismus für die lateinamerikanischen Töchter der Multis nicht, wie Eßer meint und beklagt, als unvollkommene, korrigierbare Marktwirtschaft, sondern als völlig konsequenter politischer Aspekt der marktförmigen internationalen Kapitalverwertung in dieser historischen Phase zu begreifen. Denn innerhalb der integrierten Profitmaximierungsstrategie der Multis hat er ihren Ablegern in der 'Dritten Welt' Sondergewinnchancen vermittelt, die politisch zu schaffen und dann zu nutzen marktwirtschaftlich völlig in Ordnung war.

Genauso ist die beklagte Staatstätigkeit nicht dysfunktional gewesen, sondern Flankierung dieser integralen Profitmaximierungsstrategie der Multis: Unterdrückung gewerkschaftlicher und politischer Opposition zur Stabilisierung und Verbesserung der Mehrwertrate, Inwertsetzung und Verschleuderung der Naturressourcen als Betriebskostensenkung, staatliche Grundstoff- und Energieunternehmen (Staudämme und Atommeiler z.B.) als privilegierende Zuliefermärkte für privates Kapital, staatliche technische Infrastruktur als Bedingung der Kapitalverwertung.

Die beklagte Nicht-Entwicklung der nationalen Unternehmen, der Kapitalgüterindustrie, der Forschung und Entwicklung erfüllte die ökonomische Funktion, Konkurrenz für die Multis zu verhindern und die Freiheit der globalen Kapitalakkumulationsplanung zu sichern.

Eine wirklich importsubstituierende und gleichzeitige Agrar- wie Industrieentwicklung hat das sandinistische Nicaragua versucht. Es wurde darum mit Gewalt wieder der internationalen Kapitaldynamik unterworfen. So wie die geschichtliche Phase der deformierten Importsubstituierung sind auch die wesentlichen Merkmale der nachfolgenden neoliberalen Phase im Kontext der weitergehenden Dynamik der Kapitalverwertung zu begreifen. Sie zielen auf eine Integration der Folgen der sogenannten Importsubstitution oder sind eine Reaktion auf deren Folgen. Exportorientierung z.B ergibt sich aus der die Binnennachfrage schmälernden Verarmung auch der Mittelschichten. Oder: die rapide abnehmenden internationalen Kapitalinvestitionen in den südlichen Entwicklungsländern erklären sich daraus, daß den mit der vorausgegangenen Phase der Kapitalakkumulation gewachsenen Produktionspotentialen keine ausreichenden Märkte entsprechen - aus den oben skizzierten beiden Gründen für die Zerfallsdynamik der Weltökonomie.

Um all diese Zusammenhänge nicht zu sehen, muß man die theoretische Analyse des realexistierenden Kapitalismus durch ein abstraktes Modell von Marktwirtschaft und ihrer möglichen politischen Steuerung ersetzen. Daher sind auch Eßers politisch-strategische Vorstellungen höchst defizitär. Weltweit, vor allem aber auch in Westeuropa (z.B. Ende des Reformismus in Schweden und der BRD), gehen in den letzten zehn bis zwanzig Jahren die eingespielten politischen Strategien einer reformerischen Zähmung des Kapitalismus historisch unwiderruflich zu Ende - auch wenn das einige unverdrossene keynesianisch-strukturalistische Marktwirtschaftsmarxisten (Marmora/Messner, Hurtienne, Bischoff, die Memorandum-Gruppe sozialdemokratisch orientierter Ökonomen, teilweise Altvater) noch nicht bemerkt haben oder analytisch nicht angemessen berücksichtigen. Daher darf die Realisierungchance von Eßers mit großem sprachlichem Erfindungsgeist vorgetragenen Vorschlägen für eine institutionelle Einbindung der Marktwirtschaft, damit sie die Zauberworte sozial und ökologisch erfüllt, füglich bezweifelt werden. Es sind wohl des Kaisers neue Kleider, die da 'wissenschaftlich' ausgestellt werden. Eßer ahnt, daß auf marktwirtschaftlich-kapitalistischem Boden keine Lösung ("Vision") in Sicht ist, aber er bleibt an ihm kleben. Daher hat Altvater recht: Industrialisierung ist für sich kein Ziel - kapitalistische Marktwirtschaft, mit welcher Zier auch immer, genauso wenig, wäre hinzuzufügen. Wenn das nun alles stimmt, was dann?

Rural-ökologisch zentrierte Entwicklung. Worum es geht.

Ich möchte die Grundgedanken einer Alternative skizzieren. Dieser Ansatz steht und fällt mit zwei politischen Voraussetzungen : Es müßte von politischen Akteuren in den südlichen Ländern die zwangsweise Abkoppelung vom schrumpfenden Weltmarkt als Chance zu autonomer (was nicht heißt: autarker) Entwicklung der 'abgehängten' Regionen begriffen werden; als Chance zum Aufbau differenzierter und integrierter Produktions-, Austausch- und Verbrauchszusammenhänge in autochthonen statt importierten demokratischen Formen unter Grundbedürfnisbefriedigungs- und Lebensqualitätsmaximen. Das hieße Binnenentwicklung und regionale Außenwirtschaftskooperation nicht mehr kapitalistisch verstümmelt zu initiieren. Zweitens müßte der neue Ansatz politisch durch einen neuen Typus von internationaler und antiimperialistischer Solidarität bei uns durchgesetzt und geschützt werden.

Die bisherige Konzentration von Entwicklung auf städtisch- industrielles Wachstum und Weltmarktintegration hat zu einem mehrfachen Widerspruch im Verhältnis der ländlich-agrarwirtschaftlichen zu den städtisch-industriellen Regionen geführt, der in dieser Verflechtung und Gewichtung, in seinen Konsequenzen und in seiner entwicklungsstrategischen Bedeutung von der Debatte bisher weitgehend vernachlässigt worden ist. Erstens wurden die Lebens- und Wirtschaftsformen, die Kultur und die Naturhaushalte der ländlichen Räume ausgeplündert und schwer geschädigt, indem sie rein instrumentalisierend als Ressourcenquelle für Rohstoffe, Nahrungsmittel und Arbeitskräfte definiert worden sind. Zweitens sind diese eher ländlichen Räume damit zugleich als Potentiale einer alternativen Entwicklung gefährdet. Und drittens ist auch nicht, gleichsam als 'Lohn' dieser opferreichen Strategie, eine sozial und ökologisch befriedigende Entwicklung der städtisch-industriellen Regionen eingetreten.

Was also läge in dieser Situation näher, als den Ausweg in einer rural-ökologisch zentrierten Entwicklung zu suchen? Worum es geht, das hat ebenso schlicht wie eindringlich Luis 'Lula' Ignacio da Silva, Vorsitzender der größten sozialistischen Partei der Welt, der brasilianischen Arbeiterpartei (PT), 1991 in Berlin ausgesprochen: "Allein in Sao Paulo kommen jährlich 300.000 Zuwanderer vom Lande an. 100.000 leben unter der Elendsgrenze unter den Brücken. Für so viele Zuwanderer kann man keine Stadtplanung machen. Die Menschen müssen dort leben können, wo sie geboren sind. Dort muß man investieren. Dafür muß man eine Agrarreform machen." Der politische Schlüssel für eine Lösung könnte daher Agrarreform, verbunden mit Umweltpolitik, als Kern einer alternativen Entwicklungsperspektive sein.

Agrarreform würde die Eigentums- und Arbeitsverhältnisse ändern und dadurch grundlegende soziale Ziele verwirklichen: Ernährungssicherung, Endverarbeitung eigener Grundprodukte für die eigene Bevölkerung und ergänzend für äußere Märkte. Denn es ist ja nicht so, daß überall Land fehlte, um die Menschen zu ernähren oder notgedrungen ungeeignete Böden beackert werden müßten. Hinzu käme spezielle Umweltpolitik, vor allem Aufforstung und ein nach Empfindlichkeiten abgestufter Naturschutz - zum Beispiel für die nationale

und regionale genetische Reserve. Eine vernünftige Umweltpolitik wäre in der 'Dritten Welt' kein Luxus, sondern wirtschaftlich notwendig und ohne Agrarreform nicht möglich. Denn: blockieren Großgrundbesitz und internationale Konzerne die besten Böden, so weichen Kleinbauern und Landarbeiter notgedrungen auf die ungeeigneten Bergstandorte und in die Tropenwälder aus und zerstören dort die empfindlichen Naturhaushalte. Agrarreform und Umweltpolitik wären auch Grundlage für verringerten Problemdruck auf die städtischen Regionen und Voraussetzung ihrer sozio-ökonomischen Stabilisierung. Denn, wie Lula gesagt hat, die städtischen Slums sind eben das Ergebnis der Zerstörung der ländlichen Gemeinschaften. Diese Reformkonzeption würde abgerundet durch: eine angepaßte handwerklich-industrielle Entwicklung, autonome Technologientwicklung und regionale Außenwirtschaftskooperation.

Das wohlfeile Urteil, vergangene Experimente in dieser Richtung seien 'gescheitert', ist sachlich falsch und politisch infam: Denn es wurde dem 'Scheitern' kräftig nachgeholfen durch Gewalt von außen - vom Wirtschaftsboykott über Terroranschläge bis zum Abnutzungskrieg. So haben nicht in erster Linie die internen Funktionsprobleme, die es natürlich auch gab, sondern die verdeckten Operationen, Bürgerkriege, Ausrottungskampagnen und Massaker, mit den ökonomischen und politischen Kriegen im Vorfeld, in Guatemala und El Salvador, in Cuba, Nicaragua und Haiti, in Angola und Mozambique, in Palästina und Kurdistan, in Indonesien und auf den Philippinen und anderswo die kreativen Experimente des befreiten gesellschaftlichen Lebens bisher durch strukturelle oder offene Gewalt beschädigt oder zerstört, keineswegs jedoch ihre mögliche inhaltliche Rationalität widerlegt.

Was können wir tun? Fünf Vorschläge zur effektiven internationalen Solidarität

Als Antwort auf den neuen Totalitarismus des Marktes, der, verschärft nach seinem Pyrrhussieg, im Namen der Freiheit die Unfreiheit durchzusetzen versucht, eine andere Gesellschaftsordnung zu wählen, ist ein Neuer Internationalismus gefordert. Die gesellschaftspolitischen Interessenkonflikte in den südlichen Entwicklungsländern sind Auseinandersetzungen sowohl um interne Politikkonstellationen wie um deren weltwirtschaftliche und -politische Vermittlung. Daher kann sich ein notwendiger interner Strategiewechsel ergeben auch als Resultat jeweiliger innenpolitischer Entwicklungen. Im Süden käme es also wesentlich darauf an, durch einen internen Wechsel der Entwicklungsstrategie, eben diese Außenabhängigkeit zu verringern, weniger erpreßbar zu sein und damit einen alternativen Weg zu erleichtern. Umgekehrt und zugleich wären durch Gesellschaftspolitik in den Zentren des Nordens Spielräume für die 'Dritte Welt' zu fördern.

Für unsere Rolle in diesem 'Spiel' bieten sich die folgenden fünf Politiklinien an. Phantasie erkennt in jeder ein großes und reichhaltiges Betätigungsfeld, und diese Felder könnten sich gegenseitig fördern. Niemand muß sich in Resignation oder Langeweile üben.

Erstens geht es, ganz im Gegensatz zu den derzeit postmodischen Sandkastenspielen mit Militärinterventionen, um eine strikte Anti-Interventionspolitik. Ausnahmen könnte die nur zulassen, wenn die UN nicht mehr ein Instrument der zentralen kapitalistischen Mächte und ihrer Klientel wären, was derzeit illusionär erscheint.

Zweitens wäre diejenige 'wirtschaftliche Zusammenarbeit' politisch zu bekämpfen, die einerseits bloß politischen und wirtschaftlichen Eliten im Süden sowie 'unserer' Privatwirtschaft nutzt und andererseits die Menschenrechtsverletzugen dieser Regimes legitimiert, wie die guten Beziehungen der USA und der Bundesrepublik zu solchen Musterdemokratien wie China, Iran, Thailand, Malaysia oder Brasilien zeigen.

Drittens ist die Fragwürdigkeit einer Entwicklungshilfe aufzudecken, für die der rechtzeitig vor Rio 1992 geschaßte brasilianische Umweltminister José Lutzenberger ein vielsagendes Beispiel angeführt hat. 250 Millionen DM für brasilianische Regenwälder hatte im Juli 1990 Entwicklungsminister Warnke (CSU) zugesagt, weil - wie zuvor abgesprochen - wenig später Technologieminister Riesenhuber (CDU) den Weiterbau der brasilianischen Atomkraftwerke durch die deutsche Industrie vertraglich vereinbart hatte.

Viertens kommt es darauf an, die Vielfalt von sozialen und ökologischen Bewegungen - zuweilen auch: Reformregierungen wie die sandinistische in Nicaragua oder die von Thomas Sankara in Burkina Faso - zu unterstützen.

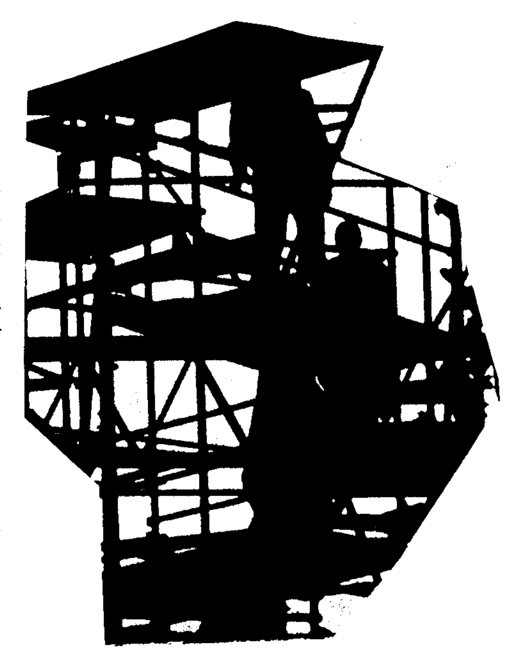
Fünftens. Es zeichnet sich ab, daß Armut und Elend nicht mehr auf die 'Dritte Welt' begrenzt sein werden. Die 'miseria' globalisiert sich mit der 'brave new world' der 'market-based democracy' und bezieht Moskau und Warschau, Leipzig und Berlin, Paris und London ein: die 'Dritte Welt' ist schon heute überall. Darin könnte die Grundlage für eine ganz neue Art von Solidarität gelegen sein: gegenüber allen Zuständen und Ursachen von Verelendung, Unrecht, Unfreiheit - aus der gemeinsamen Betroffenheit in ähnlicher Lage.

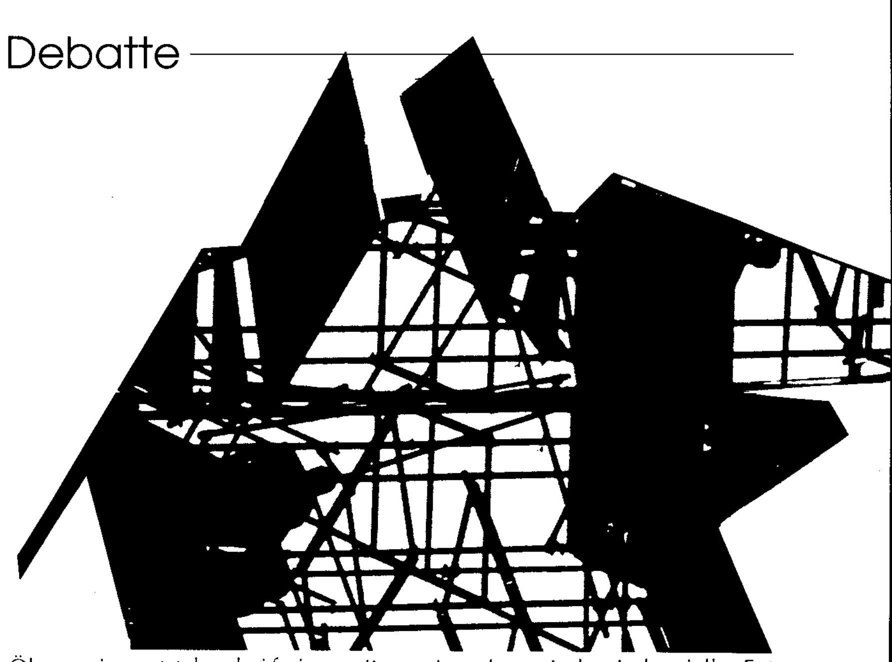
Was heißt hier: neu?

Sowohl diese fünf Vorschläge, wie auch die vorangegangene Skizze der rural-ökologisch zentrierten Entwicklungsperspektive und ihres hypothetischen Politikkontextes sind im Einzelnen nicht völlig neu. Das entwertet sie aber nicht. Ihre Bedeutung liegt in der rural-ökologischen Kombination und Gewichtung, bei Berücksichtigung des urban-industriellen und außenwirtschaftlichen Sektors, in der Verknüpfung interner ökonomischer, ökologischer und politischer Faktoren, im Aufsprengen der verhängnisvollen Stadt/Industrie/Kapital/Weltmarkt-Fixierung, in der Vermittlung mit Solidarität: als inhaltliche Perspektive, für die zu streiten sich lohnt in einem differenzierten und kohärenten internationalen politischen Wirkungszusammenhang. Bestimmte Einsichten, sagt Bertolt Brecht, muß man so lange wiederholen, bis sie praktisch verwirklicht sind. Sie als nicht neu zu bezeichnen, ist politisch kontraproduktiv und im schlechten Falle Moment der gegnerischen Strategie. Marx' Kapitalkritik ist auch nicht neu und so lebensnotwendig wie Brot, solange es Kapital gibt.

Vom babylonischen Turmbau des Weltmarkt-Kapitalismus wird bleiben: der Wind, der durch ihn hindurchging (frei nach Brecht). Mit dem Aufsaugen aller Externalisierungsmechanismen seines internen Krisenpotentials hat der Pyrrhussieg des Kapitals seine lang anhaltende Verfallsperiode eingeleitet. Denn: "Die objektive Schranke für das Kapital ist das Kapital selbst." (Marx). Aber das ist kein Grund zur Genugtuung. Denn alles hängt davon ab, ob er auch an einer konkreten gesellschaftspolitischen Alternative zugrunde geht. Nie war Rosa Luxemburgs Einschätzung: Sozialismus oder Barbarei, so aktuell wie heute: in der Zuspitzung auf die wahrscheinliche Barbarei und auf die geringe Chance einer endlich gelingenden Befreiung von ihren Ursachen. Darum kommt alles darauf an, durch neue Politik "die Zündschnur zu durchschneiden, bevor der Funke an das Dynamit kommt." (Walter Benjamin).

Helmut Thielen
Autor von
'Die Einsamkeit der Dritten Welt'
Horlemann Verlag 1992.





Altvaters Welt

Der folgende Beitrag von Klaus Eßer flatterte uns etwa zeitgleich mit Thielens Artikel (vorangestellter Beitrag) ins Haus. Die Autoren konnten sich daher noch nicht aufeinander beziehen. Eßer kann Altvaters Generalabrechnung mit dem Modell nachholender Industrialisierung nicht unwidersprochen stehen lassen. Gegen Altvater beharrt Eßer auf dem schon in seinem ersten Beitrag 'Industrialisierung ohne Vision' vorgeschlagenen Weg, nämlich dem der Industrialisierung und aktiven Weltmarktintegration auch gegen den Widerstand der Platzhirsche auf dem Weltmarkt.

Erstens, so Altvater: Das "Projekt Industrialisierung ist ohne Zukunft". Wird es also ersatzlos gestrichen? Zweitens, etwas niedriger gehängt: "Industrialisierungsanstrengungen werden ... scheitern müssen". Hintertür: "von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen". China könnte es schaffen; einige andere Länder wohl auch. Darf es ein Drittel der Menschheit sein? Oder nur ein Viertel? Hat die Industrialisierung doch eine glänzende Zukunft? Drittens: Lateinamerika schafft es nicht - außer vielleicht Brasilien, nämlich wenn "die Brasilianer zumindest eine Insel herstellen und zwischen São Paulo und Rio de Janeiro (warum denn gerade dort?) eine Art Berliner Mauer errichten". In diesem Fall könnte das Land "die koreanische Erfolgsstory ... wiederholen". Wiederholen? Also doch Binnenorientierung - auf Inseln, hinter Mauern?

Außenschutz auf Dauer hat sozialistischen und kapitalistischen Ländern den Weg zu effizientem Wirtschaften verstellt, ihren Energieverbrauch in die Höhe getrieben und ihre Lernprozesse verzögert. Wissensintensive Ökonomien entstehen bei freiem Informationsfluß, nicht hinter Mauern.

Wenn aber überhaupt, dann soll die Industrialisierung "nachholend" sein - trotz der neuen Technologien und Organisationsmuster, die im Norden und Süden die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, damit auch die Pfade industrieller Entwicklung, wesentlich verändern. Geschichte kann nicht nachgeholt werden. Industrielle Entwicklung fällt nur innerhalb eines Korridors, der durch das jeweilige technisch-organisatorisch-soziale Grobmuster vorgegeben ist, dynamisch aus; sie wird allerdings nur dann möglich, wenn die Wirtschaftspolitik (mit der Zeit) die Autonomie der nationalen Akteure so zu stärken vermag, daß ein nationales Entwicklungsprofil entsteht. Wegen der immer neuen Anforderungen der Weltwirtschaft und der Spezifika einer jeden Gesellschaft, die einen Prozeß der Nationwerdung (List) durchlaufen kann, fällt ein jeder Pfad industrieller Entwicklung anders aus.

Die Dependenz-Liebhaber ("Blockierung kapitalistischer Entwicklung", Hintertür vieler: "durch sozialistische Revolution zu beseitigen") klammerten aus, daß industrielle Entwicklung hauptsächlich endogen bedingt ist. Für Altvater ist die "nationale Ökonomie" überhaupt eine Illusion. Wie aber konnte die Republik Korea, die vom Norden zunächst als "off-shore production platform" genutzt wurde, einen nationalen Lernprozeß in Gang setzen, der den Aufbau eines nationalen Produktionssystems zu ermöglichen scheint, welches wiederum eine unverzichtbare Basis für nationale Innovationssysteme darstellt? Altvaters Ökonomie ist weltwirtschaftlich eingeebnet - ähnlich wie die der von ihm kritisierten neoklassischen Markttheoretiker, die "ihre Theorien für eine raum- und zeitlose Welt" modellieren.

In dieser stabilen (statischen?) Welt "abgesteckter Claims" wird "der Abstand ... nicht kleiner, sondern größer, wenn das Niveau insgesamt gehoben wird". Zu beobachten ist aber seit vielen Jahrzehnten ein Auf und Ab: Einigen nationalen Ökonomien gelingt eine dynamische industrielle Entwicklung. Japans internationale Wettbewerbsfähigkeit nimmt zu, weil viele Anforderungen, welche sich auf der dritten Stufe technisch-industrieller Entwicklung stellen, bewältigt werden. Die technisch-industrielle Dynamik in Großbritannien und anderswo verlangsamt sich vor allem deswegen, weil die Wirtschaftspolitik überkommene Denk- und Produktionsweisen stützt und es vernachlässigt, zur Entwicklung der Bedingungen für den Aufbau einer Informationsgesellschaft beizutragen.

Um die Determinanten internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu erfassen, ist es wichtig, die spezifischen nationalen Profile (Stile, Muster) besser zu verstehen. Dies führt nicht zu Aussagen darüber, welche nationalen Ökonomien im Bereich der technologieintensiven Güter künftig wettbewerbsfähig sein werden. Das Pro-Kopf-Einkommen der Republik Korea lag vor wenigen Jahrzehnten bei etwa 200 US$ pro Jahr; Argentinien verspielte nach dem Zweiten Weltkrieg die dritthöchsten Devisenreserven aller Länder der Welt. Es gibt aber auch nicht wenige Anzeichen dafür, daß die Nationwerdung - damit der Aufbau nationaler Ökonomien, daher die industrielle Entwicklung aus eigener Kraft - auf absehbare Zeit in vielen postkolonialen Staaten auf bedeutende endogene Hemmnisse stoßen wird.

Nach einem langen und tiefen Einbruch aufgrund einseitig betriebener industrieller Binnenorientierung gibt es in letzter Zeit etwas wirtschaftliches Wachstum in einigen Ländern Lateinamerikas, außerdem vorsichtige Bemühungen, die Regional-, Sozial- und Umweltpolitiken zu reformieren. Unter dem Druck einer schnell wachsenden Bevölkerung, die zu durchschnittlich 72% in Städten lebt, zurückgestauter sozialer Anforderungen, zudem unbewältigter Binnen- und Außenverschuldungsprobleme versuchen neue Akteure, das Wirtschaften effizienter zu gestalten und den Staat so umzubauen, daß er zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beitragen kann. Natürlich werden zunächst "Nischen"-Politiken

erprobt! Was sonst? Es ist schwierig, aber keineswegs unmöglich, anschließend Produktion und Ausfuhr in solchen Spezialisierungsfeldern zu konzentrieren, in denen eine hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit erreicht und gesichert werden kann. Alternativen hierzu zeichnen sich nicht ab - und auch keine technisch-industriellen Anschlußstrategien wie die Ostasiens.

Die Geschichte ist nach vorn offen; nur Seher(innen) können, obwohl Dürrenmatt "den Unfug ihrer Orakelsprüche" in die "delphische Kitschlandschaft" verbannte (Das Sterben der Pythia), ganz weit nach vorn schauen: Es gibt, so Altvater, keinen Platz für alle in der "Glitzerwelt". Autos "für sechs Milliarden Menschen" - das geht nicht! Wer weiß? Für wieviele Menschen und Autos ist denn Platz? Und wie werden die Verkehrssysteme der Zukunft aussehen? Die Gegenwart - "unser Auto" - in ferne Zukunft projiziert, kann Angst auslösen. Ohne industrielle Entwicklung aber, dies ist gewiß, gibt es wenig Verteilungsspielraum (es bleibt nur das Potential nach der Revolution, das sich bisher eher als gering erwies) und keinerlei Aussicht auf Dauerhaftigkeit, ganz sicher aber noch mehr Hunger und Chaos.

Industrielle Entwicklung ist ohne steigenden Umweltverbrauch nicht zu haben. In Industrie- und armen Ländern wird versucht, diesen Verbrauch möglichst zu verringern. Auch Länder Lateinamerikas bemühen sich um eine rationellere Verwendung von Rohstoffen und Energie. Sie stehen - wie alle früher binnenorientierten Länder, ganz besonders die sozialistischen, die mangels Lerndynamik ebenfalls auf der zweiten technisch-industriellen Stufe steckenblieben - darüber hinaus vor der Aufgabe, gewaltige "Altlasten" abzutragen. Auch deswegen sind "Versöhnler von Ökonomie und Ökologie", über die Altvater spöttelt, gefragt - Wissenschaftler und Techniker, welche zu einem möglichst viel etwa der Tropenwälder erhalten, zum anderen die Umweltbelastung möglichst weiter verringern.

Altvaters launische Orakelei kommt nicht ohne etwas "Prinzip Hoffnung" aus. Auf die Weltrevolution und dann die Weltuntergangsstimmung ("Ende der Geschichte") folgt plötzlich die "Straße der solaren Revolution" - ein Deus ex machina, angeboten als "Schleichweg aus der Sackgasse". Eine "Revolution" soll es denn doch sein; Suboptimales liebt er nicht. Und dann folgt in altmarxistischem Urvertrauen: "So wie sich die Gesellschaften in den ... Jahrhunderten der Industrialisierung revolutionierten, werden sich die Gesellschaften erneut revolutionieren, wenn die Grenzen des Energieflusses ... zu einer Restriktion der Entwicklung werden". Vielleicht! Das Chorlied aus Sophokles' Antigone ("Allbewandert er, auf kein Künftiges geht er unbewandert zu") verdrängt das Bild der "chrestomathischen Spirale" (so wird es geschrieben) des Aristoteles. Oder hat nun Kafkas Affe ("Ach, man lernt, wenn man muß ... man lernt rücksichtslos." / Ein Bericht für eine Akademie) die Regie übernommen? Dürfen dann auch die Lateinamerikaner mitmachen? "Freiwillig" werden die Industrieländer allerdings "derzeit" nicht "den Weg in das solare Zeitalter suchen". Die Begründung ("heftige soziale und politische Konflikte") trägt nicht.

Altvater übersetzt fremde Texte in seine Welt, um sie widerlegen zu können. Warum muß jemand von der "Sinnhaftigkeit des Industrialisierungsprojektes", das "nachholend" auf Vorreiterniveau führt, überzeugt sein, wenn er versucht, zur Verbesserung der Bedingungen für industrielle Entwicklung im Süden beizutragen? Wieso wird bei Eßer "die Notwendigkeit der Industrialisierung ganz selbstverständlich unterstellt"? Weil "Industrialisierung in der heutigen Welt ein nicht hinterfragtes Ziel" ist? Wieso ein Ziel? Und hinterfragt nur er?

Altvater argumentiert in der Zwielichtzone von Nord-Süd (bei Domination des Nordens auf Dauer) und endgeschichtlichen Perspektiven, die einmal negativ ausfallen ("fortschreitendes Industriewachstum" entzieht "die physischen Lebensgrundlagen"), dann wieder positiv: Auf Lenins "Elektrifizierung" folgt die "solare Revolution". In dieser Zwielichtzone erfindet das Orakel die Wahrheit: Auch in Lateinamerika mag jedoch, von einigen Politikern mit naivem Vertrauen in neoliberale und/oder technokratische Lösungen abgesehen, kaum jemand auf "freundlichere Zukünfte" setzen. Die Tendenz zur "marginalisation of developing countries within the globalisation process" (OECD, Technology and Economy, 1992) ist zu deutlich. Anzumerken ist, daß in Lateinamerika sozial und ökologisch verantwortungsbewußtere Akteure antreten als während der einseitigen Binnenorientierung. Ihre strategiebezogenen Visionen zur industriellen und gesellschaftlichen Entwicklung haben nichts mit jenen großen Visionen zu tun, die durch ideologisches Vorwissen und Gefühlslagen möglich werden.

Altvater mag nun einmal "Unterkomplexes" nicht: die Analyse konkreter Interessenfelder und Handlungsspielräume, die theoriegesteuerte Tatsachenbeobachtung, möglichst empirisch abgesicherte Aussagen zur industriellen Entwicklung, die "Mythenjagd" (Elias, Was ist Soziologie?) überhaupt. Hochkomplexe Ansätze jedoch zwingen dann doch immer wieder zu radikal vereinfachten, "unspezialisierten" Aussagen - damit zu Unschärfe, die, indem sie langfristige globale Aussagen ermöglicht, Unwägbarkeiten erzeugt.

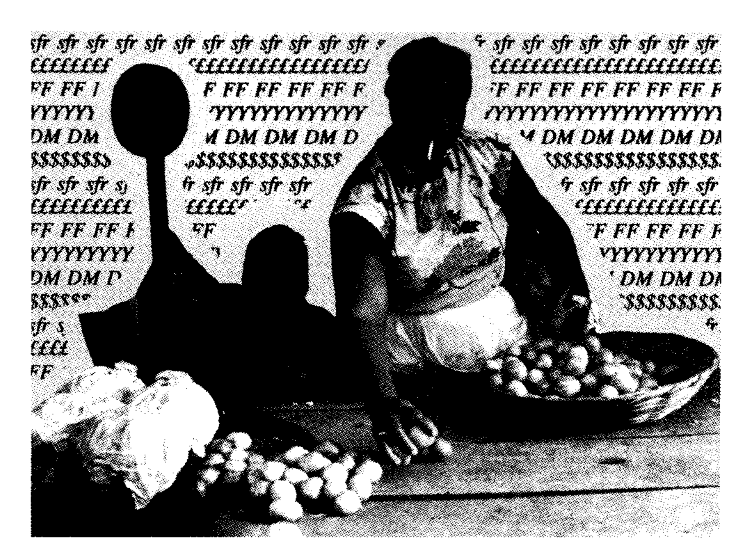
Bei diesem Vorgehen, das marxistische Versatzstücke ("Ökonomie des konstanten Kapitals") und bunte Ökologie verwirbelt, kommt es auch nicht auf regionalspezifisches Know-how an: Flotte Beispiele lösen die gewählte Komplexität auf niedrigem Niveau auf: Brasilien, zum Beispiel: eine "chaotische Ökonomie" - was sonst? Wie heißt die Schublade für Deutschlands Gegenwart? Die Schuldenkrise oder auch die Armut in Lateinamerika sind durchaus nicht, wie Altvater immer wieder schreibt, Resultate "eines Modernisierungsprojektes" oder der Strukturanpassung der letzten Jahre. Größtenteils sind beide vielmehr Folgeerscheinungen einer an partikularen Interessen orientierten abenteuerlichen Wirtschaftspolitik über Jahrzehnte.

Wie die Lebensbedingungen der Armen verbessert werden können? Es geht halt, so Altvater, nicht auf ökonomischem Wege, und wenn doch, nur auf Kosten anderer. Was tragen die letzten Großtheoretiker bei? Celans poetisches Oxymoron "schwarze Milch" trifft. Zum wissenschaftlichen Erwerb von Wissen trägt gegenläufige Prophetie - Kassandra-Rufe zur endgeschichtlichen Perspektive und Solar-Revolutionäres für Industrialisierungsfreunde - nicht bei. Helfen können den Hungerkünstlern im Süden (vielleicht): ein Bemühen um Machbares, um möglichst empirisch abgesicherte Visionen (strategische Utopien), um die Entwicklung einer "Ethik für die technologische Zivilisation", die zunächst freilich "ein Versuch" bleibt, und um eine "global-konstruktive Politik im nationalen Selbstinteresse" (Jonas).

Es geht um die Selbstbescheidung des Intellektuellen - nicht um seine Position überhaupt, eher um seine spezifische Rolle. Revolutionär-Hochkomplexes kann schnell - die Erfahrungen seit 1789 haben dies häufig belegt - in inhumane Aktion und Organisationsmuster umschlagen. Natürlich aber gilt es, dem galoppierenden Vorwärts des Kapitalismus noch straffere Zügel anzulegen. Freilich bleibt auch dann das "Geschäft der Zukunftssicherung ... unsicher" (Jonas).

Warum diese Antwort auf Altvaters Antwort? Sein verbales Talent stützt die Angst der wirtschaftsfernen Gruppierungen des entwicklungspolitischen Umfeldes in Deutschland, die Katastrophen- und Untergangsszenarien erörtern. Während die wirtschaftliche Basis in vielen Ländern des Südens schrumpft, konzentrieren sich diese Gruppierungen auf kleine frauen-, indianer- und umweltfreundliche Projekte - möglichst im Hinterland. Zugleich wird von offizieller Seite die Vergabe von Entwicklungshilfemitteln an vielerlei politische, soziale und ökologische Konditionen gebunden. Außerdem wird "Marktwirtschaft" verlangt; deren Ausgestaltung wird vor allem IWF und Weltbank überlassen. In beiden Fällen wird kaum je nach den Bedingungen für den Projekterfolg und die Umsetzung solcher Forderungen gefragt. Die wichtigste Bedingung aber - keineswegs die einzige - ist eine dynamische industrielle Entwicklung. Ohne sie sind Relevanz und Dauerhaftigkeit der meisten Entwicklungsprojekte stark gefährdet.

Klaus Eßer



Vorwort

An der 19. Straße in Washington, wenige Minuten vom Weißen Haus entfernt, ragen die kubischen Stahlbetonpaläste der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds empor. Sie sind das Nervenzentrum der Geld-Weltgesellschaft. Knapp zehntausend Bürokraten der Güteklasse A managen die seit zehn Jahren schwelende Verschuldungskrise.

Die "Schamanen des internationalen Kapitals" (Enzensberger) haben aus ihrer Sicht gute Arbeit geleistet. Keine Weltrezession mit Bankenzusammenbrüchen durchbrach wie in den dreißiger Jahren die globalen Geldbeziehungen. Begründung genug, um eisern an dem Modell des Neoliberalismus festzuhalten, dessen verheerende praktische Auswirkungen auf die Masse der Menschen im Süden hinreichend beschrieben wurden.
Strukturanpassungsprogramme sind das zentrale Werkzeug, um die Gesellschaften weltweit auf die one world des Geldes zu trimmen. Die zunehmende Verelendung und die immer wieder ausbrechenden Aufstände (Hunger-Riots) zwingen aber IWF und Weltbank zu Abfederungsprogrammen. Vorschläge zu Verteilungsaspekten, zur Armutsbekämpfung, zu Investitionen in "Human Ressources" und in jüngster Zeit zur Frage der Nachhaltigkeit von Entwicklung tauchen in einschlägigen Berichten immer wieder auf.

Taktische Nebelwerferei oder eine neue strategische Ausrichtung? In jedem Falle hat sich die Restlinke und die entwicklungspolitische Community einwickeln lassen. Obwohl die Tragödie der Abkopplung ganzer Gesellschaften von produktiven Weltzusammenhängen ihren scheinbar unaufhaltsamen Lauf nimmt, wird das Thema nur noch in Expertenseminaren abgehandelt. Fehlende glaubwürdige Alternativen zur rein marktwirtschaftlichen Vergesellschaftung sind sicher ein Grund für das schon beängstigende Schweigen. Für uns ist das der Anlaß, die aktuellen Debatten und Einschätzungen ans Licht unserer kleinen Öffentlichkeit zu ziehen.

Strukturanpassung als Rezept gegen Devisen-/Außenabhängigkeit, das sei wie den Teufel mit dem Beelzebub austreiben, meinten Kritiker der Programme. Denn das Ziel der Anpassungsprozesse besteht darin, die Exportproduktion zu erhöhen, um Importe finanzieren und Schulden zurückzahlen zu können. Tatjana Chahoud ist Expertin für Verschuldungsprobleme und Weltbankkritikerin. Sie hält dreizehn Jahre nach den ersten Anpassungsprogrammen Rückschau und konstatiert, daß Strukturanpassungsprogramme heute zwar differenzierter ausgearbeitet sind (und beispielsweise die sozialen und ökologischen Folgen der Anpassungsprozesse mit berücksichtigen), daß sie ihr eigentliches Ziel, den Wachstumsprozeß in den Ländern des Südens nachhaltig zu gestalten, aber verfehlen.

Inwieweit die Anpassungspolitik im besonderen, vielmehr aber noch die ihr zugrunde liegende Entwicklungsphilosophie zu ökologischen Verwüstungen geführt hat, zeigt David Reed in seiner Publikation 'Structural Adjustment and the Environment'. Wir dokumentieren die Kernaussagen dieser Auswertung von drei Länderstudien.

Daß Strukturanpassungsprogramme in den Ländern des Südens Verlierer und Gewinner hervorbringen würde, war klar. Günther Taube zeigt in seiner Fallstudie zu den Folgen der Strukturanpassungsprogramme im ländlichen Tansania (Usambara-Gebiet), daß vor allem die Preisfixiertheit der Weltbankexperten dazu führte, daß nur ein knappes Drittel der bäuerlichen Haushalte sich zu den Gewinnern zählen darf. Wie sich Strukturanpassungsmaßnahmen auf das Kleingewerbe und die Lebensbedingungen in der Stadt auswirken, untersuchte eine Arbeitsgruppe um Gabriele Zdunnek in Ghana. Die Studie förderte für die unter die Lupe genommenen Bereiche eine tendenzielle Verschlechterung der Situation zutage.

Im Zielkonflikt zwischen sozio-ökonomischen Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung und den Forderungen des Auslands wird letzteren zumeist Priorität eingeräumt. Zur Eindämmung interner Widerstände und zur Durchsetzung von Strukturmaßnahmen wird die politische 'Anpassungsdiktatur' vielfach als 'geeignete' Herrschaftsform angesehen. Björn Beckman vertritt die These, daß sich 'Demokratisierung' und 'Anpassung' widersprechen. Nur Opposition gegenüber den Programmen löst einen Demokratisierungsprozeß aus.

Jutta Franz erläutert am Beispiel Liberia, daß die Durchführbarkeit von Strukturanpassungsprogrammen stark von gruppenspezifischen Interessen im jeweiligen 'Anpassungsland' und dem Potential zu deren Durchsetzung abhängt. Das alles überragende Interesse der Militärjunta am Machterhalt führte dazu, daß die offizielle Stabilisierungs- und Anpassungspolitik in Liberia Mitte der 80er Jahre gekippt wurde.

Auch wenn die eigenständige Lösung der Krise immer schwerer denkbar ist, Alternativen existieren, oftmals allerdings nur als politische Dokumente.
Zu letzteren zählen Dirk Hansohm und Robert Kappel den 'Alternativrahmen' der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA). Sie sehen ihn als wichtige Diskussionsgrundlage, räumen einer regionalen Integration jedoch größere Realisierungschancen ein.

Die CEPAL, das lateinamerikanische Gegenstück zur ECA, sieht einen gangbaren Weg eher in einer 'aktiven' Weltmarktintegration bei gleichzeitiger Reform des Staates. Alrich Nicolas bezweifelt allerdings, ob eine solche lehrbuchartige Transformation für die Länder Lateinamerikas - von Ausnahmen abgesehen - ein gangbarer Weg ist.

Auch das Konzept der 'Self-Reliance' - visionärer Gegenbegriff zur Strukturanpassung aus den 70er Jahren - hat wenig Erfolg gezeitigt. Die Versuche scheiterten zumeist an einem Mangel an Ressourcen; die Länder wurden letztendlich zu Kostgängern von IWF und Weltbank. Eritrea, das bald von Äthiopien unabhängige Land am Horn von Afrika, könnte - nach Einschätzung von Toni Locher - zur Ausnahme von der Regel avancieren.

Die Redaktion

Die Trial-and-error-Methode

Schuldenmanagement und Strukturanpassung

Spätestens seit der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) im Juni 1992 ist die entwicklungspolitische Debatte geprägt durch neue Schlagworte wie 'nachhaltiges Wachstum', dauerhafte Entwicklung, Internalisierung sozialer und ökologischer Kosten in die Preise. Ein Blick auf die jüngsten Daten der Weltbank zur Verschuldung (World Bank Debt Tables 1992-1993) sowie das anhaltende Krisenmanagement zeigt jedoch, daß sowohl Verschuldung als auch Strukturanpassungsprogramme die wirtschaftspolitische Agenda der meisten Länder des Südens weiterhin bestimmen. Die Erfahrungen mit dem langjährigen Krisenmanagement lassen ein kurzatmiges und vielfach als "trial-and-error" zu bezeichnendes Vorgehen der Bretton Woods-Institutionen erkennen. Gleichzeitig verhalten sich die maßgeblichen Anteilseigner der Internationalen Finanzinstitutionen bezüglich der Unterstützung bei der Bewältigung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme des Südens sehr zögerlich.

Lag das absolute Schuldenvolumen bei Ausbruch der Verschuldungskrise vor inzwischen mehr als zehn Jahren noch bei 839 Milliarden US-Dollar, so ist der Schuldenberg trotz diverser Schuldenreduzierungen und Erlasse bis heute auf 1,7 Billionen US-Dollar angestiegen. Die kurz nach dem Mexiko-Schock eilig zusammengeschnürten Rettungspakete für 21 Länder (1982-83) konnten schon zwei Jahre später von zwei Dritteln der betroffenen Länder nicht eingehalten werden. Auch die alsdann eingeführten sogenannten mehrjährigen Umschuldungsvereinbarungen (MYRAS) mußten kurz nach Unterzeichnung der Verträge wiederum neu verhandelt werden. Die 1985 von US-Finanzminister Baker verkündete Korrektur des Krisenmanagements, mit Hilfe neuer öffentlicher und privater Kredite einen Ausweg zu finden, klang zunächst zwar verheißungsvoll, doch auch dieser Plan ging nicht auf. Tatsächlich stellten die privaten Geschäftsbanken nur einen Bruchteil des von Baker geforderten "fresh money" zur Verfügung.

Erst im Jahre 1989 gaben die OECD-Regierungen grünes Licht an den IWF und die Weltbank, Finanzressourcen für Maßnahmen zur Schuldenreduzierung bereitzustellen. Insgesamt sollten mit Hilfe dieses sogenannten Brady-Planes, der sich ausschließlich auf Schuldenreduzierungen gegenüber Geschäftsbankenkrediten bezieht, 39 Länder einbezogen werden. Bis heute konnten entsprechende Pakete, d.h. Schuldenreduzierungen um ein Drittel, erst für fünf Länder (Costa Rica, Mexiko, Philippinen, Uruguay, Venezuela) ausgehandelt werden; für Nigeria, Argentinien und Brasilien wurden die Verhandlungen aufgenommen, jedoch bislang noch nicht abgeschlossen.

Ende der achtziger Jahre erklärten sich die Geberländer bereit, auch Schritte zur Reduzierung der öffentlichen Schulden einzuleiten. Entsprechend den sogenannten Toronto-Bedingungen können demnach die sogenannten hochverschuldeten Länder mit niedrigem Einkommen zwischen einer Schuldenreduzierung um circa ein Drittel oder langfristigen Umschuldungen wählen. Bis Ende 1991 hatten zwanzig Schuldnerländer 28 Schuldenreduzierungen zur Konsolidierung von Verbindlichkeiten in Höhe von sechs Milliarden US-Dollar erhalten. Für die meisten dieser Länder erwiesen sich diese Bedingungen als völlig unzureichend, mit der Folge, daß das Volumen der Zahlungsrückstände deutlich anstieg.

Schließlich muß an dieser Stelle besonders hervorgehoben werden, daß sämtliche Maßnahmen zur Umschuldung/Schuldenreduzierung stets an den Abschluß eines Stabilisierungs- und Strukturanpassungsprogramms mit Fonds bzw. Weltbank gekoppelt waren.

Ergebnisse der Strukturanpassungsprogramme

Die bis heute vorliegenden Ergebnisse der Anpassungmaßnahmen sind selbst nach den weltbankeigenen Evaluierungen äußerst ernüchternd. Zwar hat die Weltbank bereits 1986 ihre Strukturanpassungsmaßnahmen zu evaluieren begonnen, die erste umfassendere Studie wurde allerdings erst 1988 vorgelegt. Auf der Basis eines Vergleiches zwischen dreißig sogenannten Anpassungsländern (AL) mit 63 Ländern ohne Anpassungsmaßnahmen (NAL) ergibt sich für den Zeitraum 1981-1986 folgendes Bild:

Für alle Anpassungsländer zusammengenommen zeigte sich ein etwas höheres Niveau bei Exporten, Importen und beim Wachstum des Bruttosozialproduktes. Deutlich über dem Durschnittt lagen die zwölf Länder mit mehr als drei Anpassungskrediten. Die Ländergruppe mittleren Einkommens, hier vor allem die sogenannten Fertigwarenexporteure, schnitt allgemein besser ab als die übrigen Länder. Schaut man sich allerdings die sogenannten Problemregionen an, so zeigt sich ein sehr viel weniger optimistisches Bild. "Wir können nicht behaupten, daß die Länder mit Anpassungsprogrammen ihr Verschuldungsproblem aus eigener Kraft bewältigen können. Auch wenn diese Länder in der Lage sind, ihre wichtigsten Geschäfte zu finanzieren, begrenzt die Schuldenlast sowohl ihre Importkapazität als auch ihre internen Sparraten zur Finanzierung von Investitionen. Ebenso besorgniserregend ist die Ernährungssituation, die seit 1980 nahezu stagniert, und zwar besonders in Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen und in den Staaten südlich der Sahara, also in Ländern

mit bereits unterdurchschnittlicher Versorgung." (World Bank 1988, S. 47f)

Weder in der Subsahara-Region noch in der Gruppe der sogenannten hochverschuldeten Länder konnten wesentliche Fortschritte erreicht werden. In der Subsahara-Region fiel das Wachstum des Bruttosozialprodukts von 3% auf 2,3% ab, für die Gruppe der sogenannten hochverschuldeten Länder konstatiert die Weltbank-Studie ferner einen deutlichen Rückgang der Investitionen. In den sogenannten Anpassungsländern fiel die Investitionsrate bezogen auf das Bruttosozialprodukt von 23% auf 18% zurück und wies damit kein besseres Ergebnis auf als Länder ohne Anpassungsprogramme (Rückgang von 22% auf 17%).

Auch bezüglich der Inflationsrate und hinsichtlich des Haushaltdefizites konnten die Anpassungsprogramme wenig positive Ergebnisse hervorbringen. Die Inflation verdoppelte sich bei den Anpassungsländern wie auch bei den Ländern ohne Anpassungsprogramme, und obwohl die Länder ohne Anpassungsmaßnahmen ihr Haushaltdefizit halbieren konnten, stiegen die Defizite in den Anpassungsländern sogar um das Doppelte.

In einer weiteren Studie von 1990 werden fünfzig Anpassungsländer, davon die Hälfte mit mehr als drei Anpassungsprogrammen, mit 28 sogenannten Nichtanpassungsländern verglichen. Auch hier zeigt sich eine höhere Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts in den Anpassungsländern, ferner weisen diese Länder im Durchschnitt höhere Sparraten und Exportquoten auf. Allerdings, und dies kann kaum genug betont werden, liegt hier die Investitionsquote niedriger als in den Nichtanpassungsländern. Dabei sind der Weltbank-Studie zufolge keineswegs nur die staatlichen Investitionen, sondern auch die privaten Investitionen im Zeitraum der Strukturanpassung relativ und absolut zurückgegangen (World Bank 1990, S. 21).

Diese anhaltende Stagnation der Investitionen auf niedrigem Niveau läßt deutliche Zweifel an der Nachhaltigkeit des Wachstums in den Anpassungsländern aufkommen und macht die zahlreichen Verweise auf die bessere Wirtschaftslage dieser Ländergruppe höchst fraglich.

Dem jüngst publizierten Weltbank-Report aus dem Jahre 1992 lassen sich weitere Präzisierungen entnehmen. Die Ergebnisse der Anpassungspolitik in den Ländern mit mittlerem Einkommen fallen deutlich günstiger aus als in der Ländergruppe mit niedrigem Einkommen. Während die Länder mit mittlerem Einkommen sichtliche Fortschritte bezüglich des Wachstums des Bruttosozialprodukts, der Steigerung des Exports sowie der Erhöhung der Sparraten verzeichneten, so konnten in den Ländern mit niedrigem Einkommen trotz umfassender Anpassungspakete de facto kaum nennenswerte Verbesserungen erzielt werden.

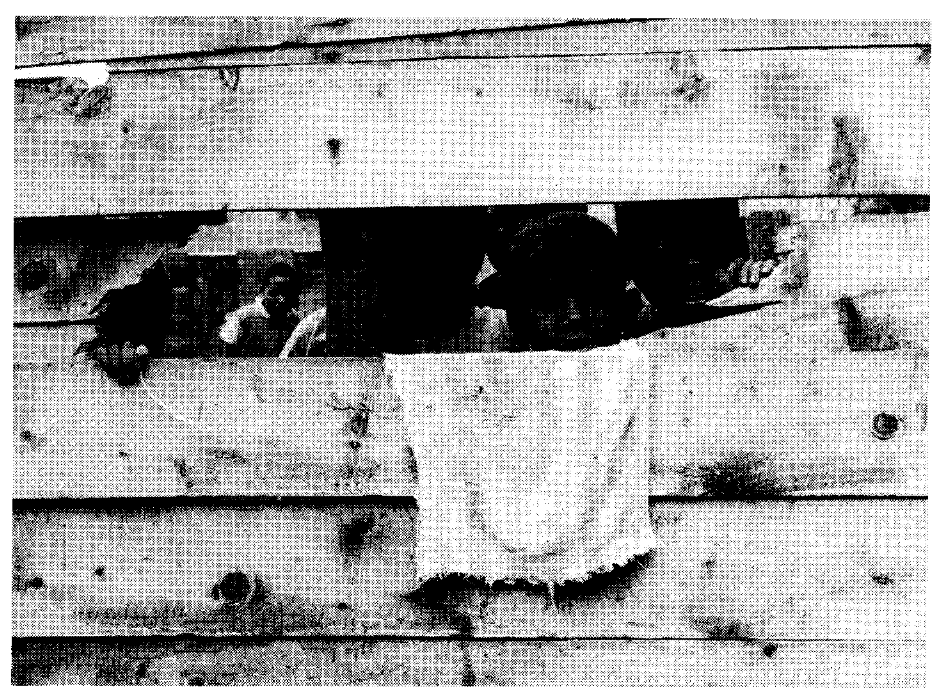
Der bereits in den Vorjahren zu konstatierende Trend stagnierender bzw. rückläufiger Investitionen trifft nach wie vor auf beide Ländergruppen zu. Lag die Investitionsrate in Relation zum Bruttosozialprodukt für die ärmeren Entwicklungsländer in den siebziger Jahren noch bei 24,5%, so fiel diese bis Mitte der achtziger Jahre auf 18,1 % zurück und erreichte in der zweiten Hälfte der Dekade nur noch 15,4 %. Für die Länder mittleren Einkommens zeigen die Daten für die gleichen Zeiträume folgenden Verlauf: 23,4% (1971-8o), 2o,5% (1981-85) bzw. 2o,2% (1986-1990) (Worldbank 1992, S. 14ff).

Trotz der hier skizzierten Probleme vor allem mit Blick auf die Ergebnisse in den armen Anpassungsländern bzw. die allgemeine Stagnation oder sogar des Rückgangs der Investitionsquote gibt sich der Report optimistisch. Die aufgetretene "Investitionspause" sei aufgrund der erhöhten Instabilitäten und ökonomischen Unsicherheiten über den künftigen Kurs in der Wirtschaftspolitik wenig überraschend. Für die ärmeren Entwicklungsländer müßten dem Report zufolge die andersartigen Ausgangsbedingungen, vor allem das geringere Entwicklungsniveau, zukünftig stärker in Rechnung gestellt werden. Erforderlich seien hier vor allem eine langfristige Konzipierung der Maßnahmen im Bereich Infrastruktur, der Förderung menschlicher Ressourcen, die Stärkung des "institution building" sowie technische Hilfe zur Stabilisierung von "good governance".

Strukturanpassungsprogramme und soziale Lebensbedingungen

Hinsichtlich der sozialen Auswirkungen der Anpassungsprogramme gibt es sehr unterschiedliche Einschätzungen. Während in den UN-Publikationen (UNICEF 1987, ECA 1989), aber auch in Einzelstudien, ein mit den Strukturanpassungsmaßnahmen einhergehendes Anwachsen der Armut und eine weitere Verelendung konstatiert wird (Nuscheler 1991, Chahoud 1992), kommt die Weltbank scheinbar zu anderen Ergebnissen.

Allgemein - so die These der Weltbank - könne davon ausgegangen werden, daß die Strukturanpassungsprogramme nicht zu einem Anstieg der Armut führen. Diese Einschätzung widerspricht nicht nur z.T. den eigenen Verlautbarungen und Erkenntnissen, wonach für ein Land im Falle externer Schocks oder aufgrund internen Mißmanagements soziale Kosten unvermeidlich sind, sondern ließe auch ungeklärt, warum inzwischen immer wieder betont wird, daß vor allem für sogenannte ungeschützte Gruppen (vulnerable groups) im Zuge von Anpassungsprogrammen spezielle Interventionen erforderlich sind.



Das fortdauernde ad-hoc-Management hat bisher nicht zur Linderung der Armut beigetragen

Unter Heranziehung unterschiedlicher Indikatoren zur Analyse der sozialen Lage in sogenannten Intensiv-Anpassungsländern (EIAL) im Vergleich zu sogenannten einfachen Anpassungsländern (OAL) und den Nichtanpssungsländern (NAL) kommt die Weltbank-Studie von 1990 zu dem Ergebnis, daß in den Intensiv-Anpassungsländern die Sozialausgaben (vor allem Bildung und Gesundheit) in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zurückgingen, während sie in den beiden anderen Ländergruppen im Durchschnitt sogar anstiegen. Als besonders gravierend ist in diesem Zusammenhang der Rückgang der Einschulungsraten in den sogenannten Intensiv-Anpassungsländern zu betrachten, die beiden übrigen Ländergruppen wiesen hier keine weiteren Veränderungen auf. Daß es sich beim Rückgang

der Einschulungsraten vor allem um Kinder armer Familien handelt, kann kaum bezweifelt werden, denn bei drastischen Einkommenseinbußen bleibt den armen Familien keine andere Wahl als ihre Kinder bei Haus- oder Erwerbsarbeit einzubeziehen.

Unter Heranziehung von Ernährungsindikatoren ergibt sich vor allem für die meisten afrikanischen Länder ein Bild ohne irgendeinen Hoffnungsschimmer: Gleichgültig, ob die afrikanischen Länder zu den Intensiv-Anpassungsländern, den einfachen Anpassungsländern oder den Nichtanpassungsländern zählten, die Kalorienzufuhr fiel hier auch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre noch unter das Niveau der vorangehenden Dekade (World Bank 1990, S. 29ff).

Obgleich der Weltbank zufolge keine systematischen Korrelationen zwischen Verarmung und Anpassungsmaßnahmen zu konstatieren sind, orientiert sich die Weltbank dennoch seit Ende der achtziger Jahre auf eine neue Politik der Armutslinderung. In diesem Kontext wird eine doppelgleisige Vorgehensweise angestrebt. Kurzfristig sollen Abfederungsmaßnahmen für neu entstandene Arbeitslosigkeit und zum Schutz der Armen vor Ausgabenkürzungen eingerichtet werden. Die staatlichen Sozialausgaben sollen fortan prioritär zugunsten der Armen eingesetzt werden (Ausbau des Primarschulwesens, Ernährungsprogramme, zielgruppenorientierte Gesundheitsversorgung etc.). Langfristig soll die Armut mit arbeitsintensiven Maßnahmen, entsprechenden Projektdarlehen bzw. durch die Stärkung des Sozialsektors im Rahmen von Sektoranpassungsdarlehen gemildert werden. Für die dauerhaft Armen soll darüberhinaus ein soziales Netz errichtet werden (World Bank 1991, S. 11f).

Für eine fundierte Bewertung dieser neuen Armutspolitik ist es gegenwärtig noch zu früh. Es bleibt vor allem abzuwarten, ob diese Maßnahmen tatsächlich integraler Bestandteil der Anpassungmaßnahmen werden und nicht wie häufig praktiziert, an andere internationale und bilaterale öffentliche Geber oder diverse Nichtregierungsorganisationen delegiert werden.

Strukturanpassung und Umwelt

Mit der Gründung einer eigenen Umweltabteilung im Jahre 1987 hat die Weltbank ihre Aktivitäten in diesem Sektor inzwischen beträchtlich ausgebaut. Die Bewilligung sämtlicher Projekte erfordert die Einhaltung klarer Umweltrichtlinien bzw. erfolgt erst nach umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfungen, für zahlreiche Länder wurden inzwischen sogenannte Umweltaktionspläne erstellt, und bezogen auf das gesamte Darlehensvolumen erreichen sogenannte Umweltschutzprojekte inzwischen einen Anteil von zehn Prozent. Alle diese begrüßenswerten Aktivitäten können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Problemkomplex Strukturanpassung und Umwelt bei der Weltbank bislang kaum beachtet wurde. Noch in der jüngsten Evaluierungsstudie vom April 1992 widmen die Verfasser diesem Thema nur eine knappe Seite. In diesem Kontext wird hervorgehoben, daß zahlreiche Anpassungsdarlehen mit Auflagen zur Reduzierung von Subventionen im Energiebereich sowie anderer resssourcenintensiver Güter verknüpft und bei circa einem Drittel aller Anpassungsdarlehen Energiepreissteigerungen vereinbart wurden. Ein besonderes Verdienst zum Schutz der natürlichen Ressourcen im Rahmen von Anpassungsprogrammen sieht die Weltbank ferner in der Reduzierung von Subventionen für chemische Düngemittel und Pestizide, entsprechende Auflagen wurden bei circa zwei Drittel der Anpassungsprogramme (1980-87) vorgenommen. Schließlich werden die diversen Maßnahmen zugunsten institutioneller Reformen herausgestellt, als besonders wichtig gelten hier die Festlegungen von Eigentumstiteln an Grund und Boden



bzw. die Privatisierung von Gemeindeland. Entsprechende Maßnahmen wurden inzwischen in der Türkei, Kenia, Thailand und Nepal im Zuge von Strukturanpassungsmaßnahmen eingeleitet.

Die hier von der Weltbank vorgelegten Ausführungen sind nicht nur äußerst knapp gehalten, sie zeigen mindestens ebenso deutlich, daß die konventionellen Instrumente der Anpassungspolitik quasi ex post zu gewichtigen makroökonomischen Interventionsmechanismen zum Schutz natürlicher Ressourcen deklariert wurden. Die hier ferner herausgestellten Hinweise auf die zahlreichen projektorientierten Vorkehrungen zum natürlichen Ressourcenschutz sowie die einhergehenden Maßnahmen zugunsten institutioneller Reformen sind ohne Zweifel von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wie jedoch der sogenannte Wapenhans-Report der Weltbank (1992) mit Blick auf die aktuellen Trends der Projektdurchführung aufzeigt, gibt es allerdings gerade hier wachsende Schwierigkeiten. Diese weltbankeigene Evaluierungsstudie über die Effizienz von Weltbankprojekten belegt den anhaltenden Erosionsprozeß eigener Projektdurchführung: Lag der Anteil der Weltbank-Projekte, der bei Fertigstellung als "unzufriedenstellend" eingestuft werden mußte, im Jahre 1980 bei 15 %, so ist dieser Anteil bis 1991 auf knapp 40 % gestiegen! Eine weitere weltbankeigene Evaluierungsstudie kommt darüberhinaus zu dem Ergebnis, daß gerade im Bereich des "institution building" die Erfolgsquote mit circa 25 % extrem niedrig liegt. Bezieht man schließlich noch die Nachhaltigkeit der Weltbank-Projekte ein, so verdunkelt sich das Bild zusätzlich, denn nur rund 50 % der im Jahre 1990 evaluierten Projekte konnte die Klassifizierung "wahrscheinlich nachhaltig" erreichen, die andere Hälfte wird als "marginal" bis "unwahrscheinlich" kategorisiert (World Bank, OED 1992, S. 45ff).

Als Ursache für die Erosion der Projektdurchführung nennt der Wapenhans-Report zahlreiche Faktoren. Sie reichen vom Druck zum Mittelabfluß, der allgemeinen Zerrüttung des institutionellen, politischen und makroökonomischen Umfeldes bis hin zu den Verschlechterungen der globalen Trends, der Verschuldungskrise, dem Verfall der Terms of Trade (Wapenhans-Report 1992, S. 5ff).

Die großen Anstrengungen der Weltbank zur Sicherung der natürlichen Ressourcen sind zweifellos Schritte in die richtige Richtung, die Nachhaltigkeit der entsprechenden Projekte und Maßnahmen zum Schutz der natürlichen Ressourcen scheint aus den skizzierten Gründen allerdings mehr als fraglich. Das anhaltende ad-hoc-Management der Weltbank erweist sich hier nicht nur nach konventionellen Parametern als ineffizient, sondern ist vor allem konzeptionell für die zur Debatte stehenden sozialen und ökologischen Risiken völlig unzureichend.

Tatjana Chahoud

Ausgewählte Literatur:
Chahoud, T. (1993): Strukturanpassung und Umweltschutz, in: epd-Entwicklungspolitik Nr.1/93
Chahoud, T, (1992): Verschärfen Strukturanpassungsmaßnahmen das Massenelend und die ökologische Degradierung in der Dritten Welt?, in: Hauff,M.v./Werner, H. (Hrsg.): Strukturanpassungspolitik der Weltbank, Berlin 1992
Nuscheler, F.(1991): Von der nachholenden zur nachhaltigen Entwicklung. Entwicklungspolitische Szenarien für die neunziger Jahre, in: Nord-Süd, No.1
UNICEF (1987): Adjustment with a Human Face, Oxford, Vol. 1
World Bank (1993): World Bank Debt Tables 1992-93, Washington, D.C.
World Bank (1992): The Third Report on Adjustment Lending: Private and Public Resources for Growth, Washington, D.C.
World Bank (1992): Effective Implementation: Key to Development Impact, (Wapenhans-Report), Washington, D.C.
World Bank (1992): Evaluation Results for 1990, Operations Evaluation Department, Washington, D.C.
World Bank (1990): Report on Adjustment Lending II: Policies for the Recovery of Growth, Washington, D.C:
World Bank (1988): Report on Adjustment Lending, Washington, D.C.

Strukturanpassung und Umwelt

Die Ergebnisse der WWF-Studie

In Zusammenarbeit mit dem London Environmental Economic Centre (LEEC) stellte der World Wide Fund for Nature (WWF) im Jahr 1989 ein Forschungsprojekt auf die Beine, welches die Auswirkungen von Strukturanpassung auf die natürlichen Ressourcen des jeweiligen Landes untersuchen sollte. In enger Kooperation mit einheimischen Experten wurden drei Studien über die Elfenbeinküste, Mexiko und Thailand erarbeitet. Die Ergebnisse der Untersuchungen, die Ende 1991 abgeschlossen wurden, sind in einem Buch unter dem Titel "Structural Adjustment and the Environment" erschienen. David Reed, der Herausgeber und gleichzeitig technische Koordinator des Projektes, faßt dort nicht nur die Ergebnisse zusammen, sondern gibt eine Reihe von Empfehlungen für eine Reform der Strukturanpassungsprogramme aus sozial-ökologischer Sicht. Wir geben hier die zentralen Aussagen wieder.

Keines der Anpassungsprogramme, das im Rahmen der Studie untersucht wurde, berücksichtigt ausdrücklich die Umweltfolgen des ökonomischen Restrukturierungsprozesses. In welchem Ausmaß jedoch die spezifischen Anpassungsmaßnahmen für die Umweltschäden in den untersuchten Ländern verantwortlich sind, war deshalb nicht einfach zu beantworten.

In allen drei Staaten wurde bereits vor Einsetzen der Strukturanpassung ein Entwicklungsweg verfolgt, der nach neuerem Sprachgebrauch als 'non-sustainable'(nicht tragfähig) bezeichnet werden kann: Durch ineffiziente und exzessive Ausplünderung der Natur wurde die Erweiterung des Verwaltungsapparates sowie eine beschleunigte Industrialisierung finanziert. Letztere war meist sehr kapitalintensiv. Hierdurch stieg die Umweltverschmutzung an, während gleichzeitig nur wenig Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Während der gesamten achtziger Jahre wurden die Dienste, die eine intakte Umwelt leistet (z.B. Erosions- und Klimaschutz durch dichten Waldbestand) als kostenlos angesehen und nicht in die Wirtschaftsplanung (sowohl auf Produzentenals auf Konsumentenseite) einbezogen. Die Umwelt geriet erst in den Blick, als es beispielsweise in Thailand außergewöhnliche Überflutungen gegeben hatte oder als die Erträge der Kaffee- und Kakaowirtschaft in der Elfenbeinküste aufgrund verringerter Niederschlagsmengen zurückgingen.

Die Forschergruppe sieht die Wurzel des Problems in der hinter der Wirtschaftspolitik in allen drei Ländern stehenden Philosophie, die die Entwicklung vor ebenso wie nach Beginn der Strukturanpassung bestimmte. Alle drei Länder liefern Anschauungsmaterial dafür, wie die herkömmlichen Marktkräfte versagen, wenn es um den Schutz der Umwelt geht.

Oftmals erlaubten oder ermunterten zudem die Eliten die Ausbeutung natürlicher Ressourcen, um die Unzufriedenheit der Armen zu mildern, ohne das eigene Vermögen oder die eigenen Privilegien zur Disposition zu stellen. Im Falle der Elfenbeinküste sprechen die Autoren in Bezug auf die Ausbeutung von Naturressourcen von einem "principle tool of patronage".[1]

Die Auswirkungen der Strukturanpassung

Einige Programmpunkte der Strukturanpassungsmaßnahmen haben durchaus positive Effekte auf die Umwelt. Dazu zählt zum Beispiel die Abschaffung von Subventionen im Energiesektor. Diese werden allerdings durch andere Negativeffekte meist überkompensiert. So führt z.B. die - in Strukturanpassungsprogrammen zentrale - Exportförderung meist zu einem unkontrollierten Zugriff auf bislang nicht kultivierte Waldflächen. Außerdem sind von der Einschränkung von Staatsausgaben meist auch staatliche Dienste betroffen, die eine große Relevanz für die Umwelt haben, z.B. Wasserversorgung, Müllabfuhr, Öffentliche Transportmittel sowie Parks und Erholungsgebiete. In Mexiko z.B. wurden die Ausgaben für das 'Büro für ländliche Entwicklung und Umwelt' stärker reduziert als die Staatsausgaben insgesamt.

In allen drei Studien wird der Zusammenhang zwischen Armut, die auch durch Strukturanpassungsprogramme induziert wird, und Umweltzerstörung als eine Art Teufelskreis dargestellt: "Aktuelle Wanderungsbewegungen in unerschlossene Gebiete im Westen der Elfenbeinküste stützen die These, daß ein nicht nachhaltiger Ressourcenverbrauch - hier die Verschlechterung der Bodenqualität und die landwirtschaftliche Übernutzung als Folge von Abholzungen - wiederum zu größerer Armut und gleichzeitig zu weiterer ökologischer Zerstörung führt."

Ansätze für ein effizienteres Umweltmanagement

Wenn Umweltthemen einen zentralen Platz in den Entwicklungstrategien erhalten sollen, ist ein grundsätzlicher Wandel notwendig sowohl in den Anpassungsländern als auch bei den Internationalen Finanzinstitutionen. Anpassungsprogramme an sich können die historische Ungleichheit zwischen Nord und Süd nicht korrigieren, sie können keine grundsätzlichen Reformen der bestehenden Handelsregime herbeiführen und sie alleine können den negativen Kapitaltransfer nicht umkehren oder eine umfassende Schuldenstreichung herbeiführen. Auch können sie politische Strukturen und soziale Systeme in den Entwicklungsländern nicht verändern. Aber reformierte Strukturanpassungsprogramme könnten einen grundsätzlichen und dringend benötigten Beitrag leisten, um die Tragfähigkeit von Entwicklungsstrategien zu verbessern.

Anmerkung:
1) D.h. in der Elfenbeinküste wurde über Naturressourcen in der Form verfügt, daß sie als Instrument zur Stabilisierung klientelistischer Beziehungen herangezogen wurden

Es gibt Gewinner und Verlierer...

Die Kleinbauern der tansanischen Usambararegion unter den SAP

In vielen Ländern Afrikas südlich der Sahara sind in den achtziger Jahren auf Druck von IWF und Weltbank Strukturanpassungsprogramme initiiert worden. Strittig ist, welche Erfolge damit erzielt wurden. Wie schwer es ist, diese Frage zu beantworten, wird anhand des folgenden Beispiels deutlich. Es wird gezeigt, wie sich Rahmenbedingungen und Lebensverhältnisse für Kleinbauern in den West-Usambara-Bergen in Tansania durch makroökonomische Reformen seit 1986 verändert haben.



Präsident Mwinyi unter Reformzwang

Zu Anfang der achtziger Jahre litt die ländliche Bevölkerung in Tansania unter den Folgen der bis dato schwersten Wirtschaftskrise seit der Unabhängigkeit. Die Krise war einerseits eine Folge der fehlerhaften tansanischen Wirtschaftspolitik, andererseits hatte sie externe Ursachen (z.B. Dürre, verschlechterte internationale Terms of Trade). Gerade im ländlichen Bereich war es jedoch die staatliche Politik, die den Kleinbauern das Leben und Arbeiten in verschiedener Hinsicht zunehmend erschwerte. Niedrige staatliche Erzeugerpreise, öffentliche Vermarktungsmonopole und andere staatliche Eingriffe behinderten sowohl die kleinbäuerliche Landwirtschaft als auch den Handel und andere wirtschaftliche Aktivitäten.

In den West-Usambara-Bergen - einer dicht besiedelten und mit einem hohen landwirtschaftlichen Potential ausgestatteten Bergregion im Nordosten des Landes (Region Tanga), wo Kleinbauern seit langem neben dem Subsistenzanbau (Mais, Bohnen, Maniok) eine Reihe unterschiedlichster Marktprodukte (vor allem Kaffee, Tee, Gemüse, Kartoffeln, Kardamom, Reis, Ingwer, Obst) kultivieren - hatte diese Politik unter anderem folgende Auswirkungen: Rückzug der Bauern in die Subsistenzwirtschaft, Ausweichen in die Schattenwirtschaft, hohe Inflationsraten und zunehmende Versorgungsengpässe. Die bestehenden wirtschaftlichen Potentiale wurden immer weniger genutzt, und die durchschnittlichen Realeinkommen der insgesamt rund 51.000 kleinbäuerlichen Haushalte sanken allein in den Jahren 1980 bis 1984 um 35%.

Strukturanpassung ab 1986

Die tansanische Regierung unter Staatspräsident Julius Nyerere hatte sich einer Einigung mit den Bretton-Woods-Institutionen über ein Anpassungsprogramm lange widersetzt. Nyerere leitete den notwendigen Wandel mit einzelnen vorsichtigen wirtschaftspolitischen Reformen dann aber selbst noch ein, bevor er 1985 die Macht an Ali Hassan Mwinyi übergab. Der mußte dann knapp ein Jahr später aufgrund der nach wie vor prekären wirtschaftlichen Lage den Gang nach Washington antreten.

Das mit IWF und Weltbank abgestimmte Economic Recovery Programme (ERP) 1986 - 1989 beinhaltete die übliche Mixtur aus nachfragebegrenzenden und angebotsorientierten Reformen: Anhebung der staatlich festgesetzten Preise für Agrarerzeugnisse (vor allem bei Exportprodukten); Liberalisierung der Agrarvermarktung (insbesondere bei Nahrungsmitteln); Liberalisierung des Außen-, Groß- und Einzelhandels; Abwertung der tansanischen Währung und Lockerung des Devisenhandels; restriktive Fiskalpolitik und begrenztes Geldmengenwachstum sowie Deregulierung im öffentlichen Sektor. Die Reformpolitik fand ihre Fortsetzung im Economic and Social Action Programme (ESAP) im Zeitraum 1989 bis 1992.

Was haben ERP und ESAP den Bauern in den West-Usambara-Bergen gebracht? Welche Bilanz läßt sich nach rund fünf Jahren Strukturanpassungspolitik ziehen?

Kaffee und Tee: Höhere Erzeugerpreise - aber sonst?

Wie beabsichtigt, haben die preispolitischen Reformen das Gefüge der Erzeugerpreise in den Usambaras in erheblicher Weise zugunsten der Exportprodukte Tee und Kaffee verschoben. Vor 1986 waren die Kaffee- und Teebauern der Region vom Staat mit geradezu lächerlich geringen Erzeugerpreisen abgespeist worden, die weniger als 50% dessen entsprachen, was die staatlichen Vermarktungsorganisationen beim Export erlösten. Die Folge war, daß die Kaffee- und Teeproduktion in der Region massiv zurückging.

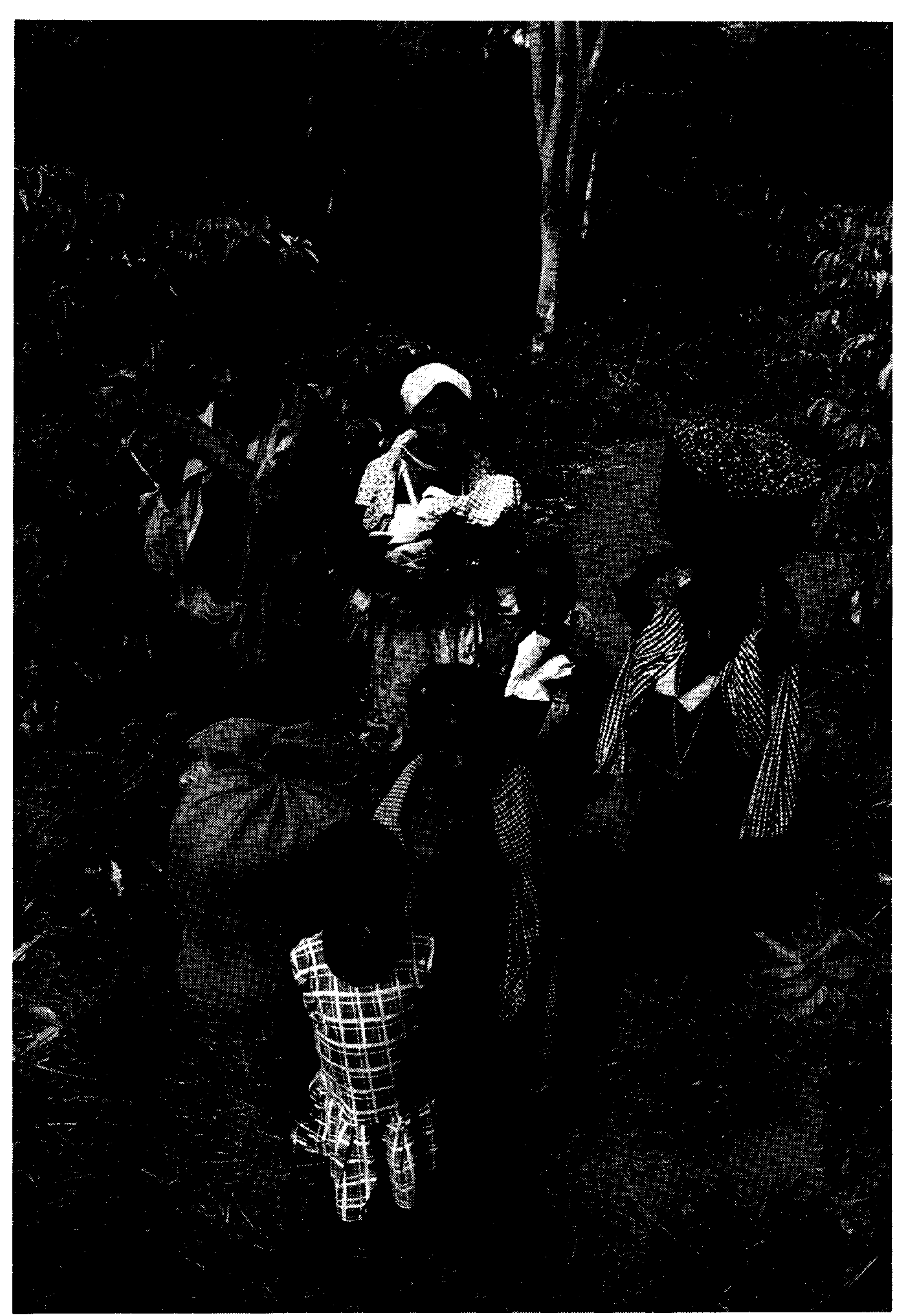
Die Anteile des Exporterlöses, die an die Bauern weitergeben wurden, stiegen bei Kaffee bis 1991/92 auf rund 65% an, bei Tee blieben sie jedoch weiterhin unter 50%. Wichtig für die Bauern war aber vor allem, daß sich Kaffee- und Teepreis in den letzten fünf Jahren sowohl real als auch relativ zu den Erzeugerpreisen anderer Anbauprodukte stark verbesserten. Aufgrund der massiven Abwertung der tansanischen Währung nach 1986 konnten die lokalen Erzeugerpreise relativ stark angehoben werden, obwohl die Weltmarktpreise für Kaffee und Tee in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre weiter sanken.

Die höheren lokalen Erzeugerpreise führten jedoch nicht zu den gewünschten Produktionssteigerungen. Die bereits vor 1986 existierenden Probleme in der staatlich organisierten Produktionsmittelversorgung, Beratung, Vermarktung und Weiterverarbeitung bei Kaffee und Tee existierten auch noch Anfang 1992. So existierte für die Bauern auch fünf Jahre nach Beginn des ERP noch keine Alternative zur staatlichen bzw. genossenschaftlichen Vermarktung. Die Input- und Kreditversorgung über die Kooperativen ist sogar noch unzuverlässiger geworden, und im landwirtschaftlichen Beratungsdienst waren keine Verbesserungen festzustellen.

Vor allem der genossenschaftliche Sektor wurde in der tansanischen Strukturanpassungspolitik vernachlässigt. Auf Seiten von IWF und Weltbank genoß die Agrarpreispolitik unter dem Motto "Getting the Prices Right" vor allem während des ERP die höchste Priorität, während institutionelle Reformen vernachlässigt wurden. Auf tansanischer Seite ist die Liberalisierung der Vermarktung bei wichtigen Cash Crops durch den großen Einfluß der Genossenschaften in der Regierung und der Einheitspartei CCM (Chama Cha Mapinkuzi=Partei der Revolution) in den vergangenen Jahren erheblich verzögert worden.

Die Teebauern der Region sahen sich auch 1992 noch mit den gleichen Problemen konfrontiert wie vor Beginn des ERP. Ihre einzige Absatzmöglichkeit war die einzige staatliche Teefabrik der Region, deren Kapazität aufgrund von Ersatzteil- und Devisenmangel, Stromausfällen und Managementproblemen begrenzt war. Ohnehin kaufte die Fabrik bislang stets nur einen Teil der kleinbäuerlichen Ernten auf, so daß keinerlei Anreiz zur Mehrproduktion bzw. Intensivierung bestand.

Die Kaffee- und Teebauern der Region sind somit aufgrund der agrarpreispolitischen Reformen zwar in den Genuß realer Einkommenssteigerungen - rund 40% von 1986 bis 1990 - gekommen, ein positiver Trend in der kleinbäuerlichen Kaffee- und Teeproduktion war jedoch auch nach mehr als fünf Jahren Reformpolitik nicht erkennbar.



Gewinnen KaffeebäuerInnen wirklich durch die Preisreformen? **Foto: Laffont/Sygma**

Wachstum durch Produktionssteigerungen bei frei vermarkteten Produkten

In einer großen Zahl von Dörfern in den West-Usambara-Bergen sind nicht Kaffee und Tee, sondern Gemüse (Tomaten, Kohl, Zwiebeln) und Kartoffeln die wichtigsten Cash Crops; diese Erzeugnisse werden in den städtischen Zentren Tansanias, vor allem in Daressalam, vermarktet. Bei diesen Produkten waren Inputversorgung- und vermarktung vor 1986 nicht staatlich reglementiert, und die Marktpreise hatten sich relativ günstig entwickelt. Allerdings stellten sich den Bauern damals folgende Probleme. Inputs (Saatgut, Dünger, Pestizide) waren knapp, und wenn es sie gab, dann waren sie kaum erschwinglich. Überdies waren nur wenige private Händler in der Region tätig, und die Direktvermarktung in die urbanen Zentren wurde dadurch erschwert, daß nur wenige (funktionierende) Transportfahrzeuge existierten und Benzin knapp war. Nicht selten blieben die Bauern am Straßenrand auf ihren Tomaten sitzen, weil sie ihnen niemand abkaufte.

Ab 1986 stagnierten die realen Marktpreise von Gemüse und Kartoffeln, doch verbesserten sich alle anderen Rahmenbedingungen ganz erheblich. Mehr und mehr Händler kamen nun zur Erntezeit in die Berge, was nicht nur die Absatzchancen verbesserte, sondern auch die Konkurrenz unter den Händlern vergrößerte. So sank für die Bauern die Gefahr, von einzelnen Händlern durch sehr niedrige Aufkaufpreise um den verdienten Lohn gebracht zu werden. Gleichzeitig vergrößerten sich infolge der Importliberalisierung die Transportkapazitäten (LKW, Pickups, Busse), so daß die (Direkt-)Vermarktung in die städtischen Zentren erleichtert wurde. Gerade der direkte Verkauf auf den Großmärkten der Städte ist unter den Bauern sehr beliebt, ermöglicht dies doch, den Gemüseverkauf damit zu verbinden, Konsumgüter in die Usambaras zu transportieren und dort damit zu handeln.

Schließlich fühlten sich die Bauern durch das zunehmend besser werdende Angebot an Konsumgütern und sogenannten "incentive goods" (z.B. Wellblechdächer, Zement, Fahrräder, Radios) dazu verleitet, ihre Produktion zu erhöhen. Und da dies am besten

bei Gemüse möglich war, stiegen die erzeugten Mengen hier sowie bei einigen anderen Produkten (z.B. Reis, Kardamom, Ingwer), die seit 1986 freier vermarktet werden konnten, deutlich an.

Subsistenz: Sinkende Erträge, aber eine bessere Versorgung

Die Usambaras sind in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr zu einem Gebiet mit einem Maisdefizit geworden. Im Durchschnitt fehlten in den vergangenen Jahren rund 25% des Bedarfs am Hauptnahrungsmittel Mais. Bevölkerungswachstum, Landknappheit sowie Bodenerosion und eine sinkende Bodenfruchtbarkeit infolge nicht angepaßter Landnutzungsmethoden (Abholzung, zu kurze Brache, Maismonokultur) ließen die Flächenerträge und die Maisversorgung aus eigenem Anbau pro Kopf der Bevölkerung sinken.

Infolge der Liberalisierung der Nahrungsmittelvermarktung und des Handels sowie begünstigt durch ausreichende Regenfälle stieg die Maisproduktion in den Nachbargebieten der Usambaras nach 1986 an. Daraufhin verbesserte sich das Maisangebot auf den Märkten, während die Konsumentenpreise für Mais nur unterdurchschnittlich anstiegen. Die Reaktion der Bauern war jedoch nicht etwa eine starke Ausweitung des Anbaus von Cash Crops zu Lasten von Mais, wie die Entwicklung der relativen Erzeugerpreise bzw. Opportunitätskosten nahelegen würde. Fast ausnahmslos behielten die Bauern die Maisproduktion für den Eigenbedarf in gleichem Maße wie zuvor aufrecht.

Dies zeigt, daß für die Bauern die kurzfristige Marktrationalität und Gewinnmaximierung nicht die alles dominierenden Faktoren sind, sondern daß sie ihre Produktionsentscheidungen unter Zugrundelegung mehrerer Kriterien fällen, wobei die Risikominimierung in der Subsistenzversorgung auf mittlere und lange Sicht eine große Rolle spielt. Die durch die Strukturanpassungspolitik beabsichtigte Veränderung in der Ressourcenallokation zugunsten der Exportproduktion bzw. des Anbaus von Verkaufsprodukten war in den Usambaras aufgrund dieser kleinbäuerlichen Verhaltensmaxime strukturell begrenzt.

Begrenzte Erfolge bei der Inflationsbekämpfung

Der relativ geringe Anstieg der Konsumentenpreise für Mais und andere Nahrungsmittel hat entscheidend dazu beigetragen, daß die Inflationsrate in den Usambaras in den letzten Jahren auf durchschnittlich 20% gesunken ist. Zuvor waren die Preise pro Jahr um 30% und mehr angestiegen. Gerade die ärmeren Haushalte profitierten von der günstigen Entwicklung der Nahrungsmittelpreise. So stieg z.B. der Gegenwert eines Tageslohns (in den Usambaras ist Lohnarbeit durch ärmere Bauern vor allem im Gemüseanbau keine Seltenheit), von 2,4 kg Mais (1980 - 85) auf durchschnittlich 3 kg an (1986 - 89). Bis Ende 1991 hatte er sich nochmals leicht verbessert.

Ein zweiter wichtiger Faktor für den Rückgang des Preisanstiegs war die Liberalisierung des Binnenhandels, die in den Usambaras einen preisdämpfenden Effekt bei vielen Grundbedarfsgütern hatte. Durch die größere Verfügbarkeit bei den meisten Produkten und die wachsende Konkurrenz wurde es für Händler und staatliche Stellen immer schwerer, Knappheitsrenten zu erzielen.

Allerdings wurden größere Erfolge in der Inflationsbekämpfung durch die massive Abwertung der tansanischen Währung verhindert. Die Preise von Importwaren bzw. Produkten mit einem hohen Importanteil an den Vorleistungen stiegen in den Usambaras überdurchschnittlich stark an. Dies führte nicht zuletzt auch dazu, daß mehr und mehr Produkte (z.B. Fahrräder) und Dienstleistungen (z.B. Transport) gerade für die ärmeren Bauern in den Usambaras unbezahlbar wurden. Vor allem diese abwertungsbedingten Preissteigerungen waren dafür verantwortlich, daß das Ziel einer Reduzierung der Inflationsrate auf unter 10% bis 1992 sowohl in den Usambaras als auch im Landesdurchschnitt verfehlt wurde.

Gewinner und Verlierer

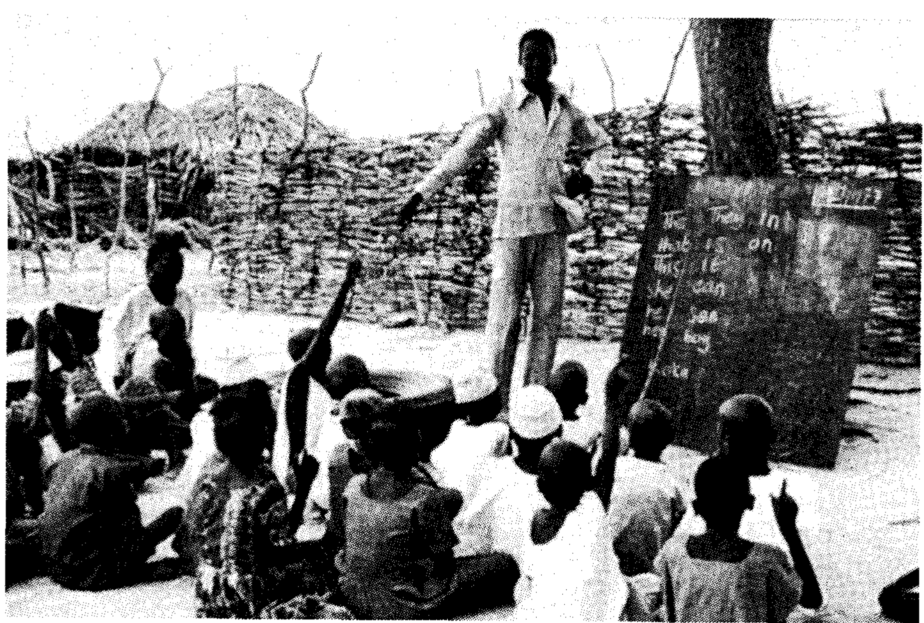
Gewinner der Reformpolitik waren in den West-Usambara-Bergen zunächst natürlich die rund 11.000 Kaffee- und Teebauern, denn ihre Realeinkommen sind - auch ohne Produktionssteigerungen - infolge der höheren Erzeugerpreise angestiegen. Gewonnen haben auch diejenigen Produzenten von frei vermarktbaren Produkten (Gemüse, Kartoffeln, etc.), die in der Lage waren, die verbesserten Rahmenbedingungen für Produktionssteigerungen zu nutzen. Dies gelang jedoch nur einer Minderheit von ca. 7.000 Haushalten.

Diese Bauern verfügten über ausreichend große bewässerbare Flächen für den Gemüse- und Kartoffelanbau in den Talsenken, sie konnten Kapital für Inputs und zur Bezahlung von Lohnarbeitern mobilisieren und bezogen beträchtliche Einkommen aus nichtlandwirtschaftlichen Aktitiväten (z.B. Handel). Analog war es bei anderen Produkten wie z.B. Reis oder Ingwer: Nur wer das notwendige Kapital für Pachtzahlungen, den Einkauf von Inputs und die Entlohnung von Tagelöhnern hatte, konnte aus den besseren Rahmenbedingungen etwas machen.

Die große Mehrheit - 33.000 Kleinbauern bzw. rund zwei Drittel der Bevölkerung in den West-Usambara-Bergen - konnte jedoch weder von den gestiegenen Kaffee-

und Teepreisen profitieren, noch war sie in der Lage, die notwendigen Ressourcen zu mobilisieren, um die Produktion anderer Produkte erhöhen zu können. Die realen Einkommen der meisten Bauern lagen dabei im Durchschnitt der letzten Jahre zwar nicht unter dem vor 1986 erreichten Niveau, jedoch haben sie relativ gesehen verloren. Die zuvor bereits große Ungleichverteilung der Einkommen unter der ländlichen Bevölkerung in den West-Usambara-Bergen ist durch die Strukturanpassungspolitik noch vergrößert worden.

Überdies müssen vor allem die Frauen zu den Verlierern der Reformpolitik gerechnet werden. Erstens hat sich ihre ohnehin große Arbeitsbelastung durch die Mehrproduktion noch erhöht. Zweitens gehören von Frauen geführte Haushalte meist zu den ärmsten, die nur wenig Cash Crops anbauen und die besseren Rahmenbedingungen mangels notwendiger Ressourcen kaum nutzen konnten.



Die Situation an den Grundschulen hat sich verschlechtert. **Foto: Rau**

Verschlechterte Versorgung mit sozialen Dienstleistungen

Die Wirtschaftskrise in der ersten Hälfte der achtziger Jahre manifestierte sich in den Usambaras auch dadurch, daß der Staat immer weniger in der Lage war, die Bevölkerung mit sozialen Dienstleistungen zu versorgen. Dieser Trend hielt nach 1986 an. Das ERP beinhaltete keinerlei sozialpolitische Reformen, die dies hätten verhindern können, und das Nachfolgeprogramm ESAP, das eigentlich auf eine stärkere Berücksichtigung der sozialen Dimension der Strukturanpassung ausgelegt war, hatte in den Usambaras bis Anfang 1992 keine sichtbare Verbesserung gebracht.

So sind die staatlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit, die vor 1986 extrem gefallen waren, auch nach 1986 infolge der restriktiven Fiskalpolitik und fehlender Umschichtungen innerhalb des Budgets zugunsten sozialer Sektoren auf einem äußerst niedrigen Niveau verblieben. Die Kommunalverwaltung des Distrikt Lushoto, in dem die West-Usambara-Berge liegen, hat unter dieser Politik stärker gelitten als die regionale und nationale Verwaltungsebene. Dies ist um so bedauerlicher, als den Distriktverwaltungen in Tansania bereits 1984 verstärkt Aufgaben im Grundschulbereich und bei der Gesundheitsfürsorge übertragen worden sind, zu deren Wahrnehmung sie aber ab 1986 mangels finanzieller Mittel immer weniger in der Lage waren.

So hat sich zum Beispiel die Situation an den Grundschulen der Usambaras nach 1986 noch verschlechtert: Während die Zahl der Schüler anstieg, wurden kaum neue Lehrer eingestellt; gleichzeitig sind die Schulen seitens der Regierung kaum noch mit Tischen, Stühlen, Büchern und anderen Materialien versorgt worden. Die Motivation der Lehrer ist weiter gesunken, und Nebentätigkeiten haben zugenommen, denn die einmal pro Jahr vorgenommenen Anhebungen ihrer Löhne haben höchstens den Inflationsverlust ausgeglichen, konnten jedoch nichts daran ändern, daß die Bezahlung auf einem äußerst niedrigen Niveau verblieben ist.

Analog verlief die Entwicklung im Gesundheitssektor. Die Folge war, daß sich soziale Indikatoren wie die Säuglingssterblichkeitsrate, Alphabetisierungs- und Einschulungsquoten nach 1986 weiter verschlechtert haben. Hinsichtlich der Versorgung mit sozialen Dienstleistungen und der Bildungs- und Gesundheitssituation in den West-Usambara-Bergen hat die Strukturanpassungspolitik somit einen bereits zuvor existierenden negativen Trend noch akzentuiert.

Schlußfolgerungen

Das Beispiel der West-Usambara-Berge hat gezeigt, daß sich die Strukturanpassungspolitik sehr unterschiedlich auf einzelne Bevölkerungsgruppen auswirkte. So hat von den Agrarpreisreformen nur die Gruppe der Kaffee- und Teeproduzenten profitiert, dagegen brachte die Handelsliberalisierung vor allem den Erzeugern frei vermarktbarer Güter und denjenigen Bauern, die die erforderlichen Ressourcen mobilisieren konnten, die entscheidenden Verbesserungen.

Gleichzeitig ist deutlich geworden, daß agrarpreispolitische Reformen zwar notwendig, aber keineswegs hinreichend sind, um eine Erhöhung der Agrarproduktion zu erreichen. Neben den Erzeugerpreisen sind institutionelle Faktoren wie Inputversorgung, Beratung, Vermarktung, Verarbeitung wichtige Determinanten für die kleinbäuerliche Produktion, die wesentlich stärker als bisher in Strukturanpassungsprogrammen berücksichtigt werden müssen. Neben nachfragebegrenzenden Maßnahmen (z.B. restriktive Fiskalpolitik) und Angebotspolitiken (z.B. höhere Erzeugerpreise) müssen institutionelle Reformen (z.B. Kaffeevermarktung auf nationaler und dezentraler Ebene) zur dritten Säule im Strukturanpassungskonzept werden.

Weiterhin sollte im Strukturanpassungskonzept stärker berücksichtigt werden, daß die Aufrechterhaltung der Subsistenzproduktion ein begrenzender Faktor für Veränderungen in der Ressourcenallokation bei afrikanischen Kleinbauern darstellt. Die beabsichtigten Verhaltensänderungen benötigen wesentlich längere Zeiträume als 3 - 5 Jahre, und sind überhaupt nur zu erwarten, wenn es gelingt, mittel und langfristig stabile wirtschaftliche (und politische) Rahmenbedingungen zu schaffen.

Im Fall der Usambaras bedeutet dies, daß der Staat dauerhaft die Bedingungen dafür entwickeln muß, daß Mais in den Nachbargebieten im Überschuß produziert werden kann und daß sich der private Handel frei entfalten kann. Nur unter diesen Voraussetzungen kann erwartet werden, daß die Bauern den aus wirtschaftlichen Effizienzgesichtspunkten erwünschten "Rückzug aus der Subsistenz", hin zu einer verstärkten Marktproduktion, einleiten bzw. intensivieren.

Schließlich läßt sich vor dem Hintergrund der tansanischen Erfahrungen die Schlußfolgerung ziehen, daß die wirtschaftspolitischen Reformen frühzeitig von sozialpolitischen Maßnahmen flankiert werden müssen. Hierbei darf es sich dann keineswegs um soziale Reparatur- oder Kompensationsprogramme handeln, sondern es gilt strukturelle Reformen zu ergreifen. Sozialpolitik sollte zum integralen Bestandteil des Strukturanpassungskonzeptes werden.

Günther Taube

Autor von 'Wirtschaftliche Stabilisierung und Strukturanpassung in Tansania. Die Auswirkungen des Economic Recovery Programme 1986 - 1989 im ländlichen Bereich. Institut für Afrika-Kunde, Hamburg 1992

Das Leben ist härter geworden...

Ghana unter dem "Economy Recovery Programme"

Dieser Beitrag basiert auf Ergebnissen einer im Sommer 1991 in den Regionen Accra/Tema und Cape Coast im Süden Ghanas durchgeführten Studie. Er stellt an Beispielen dar, wie sich kumulative Effekte der Strukturanpassungsmaßnahmen auf alltägliche Lebens- und Arbeitsbedingungen auswirken (vgl. Zdunnek 1993). Dabei wurde nicht außer acht gelassen, daß die Situation in etlichen Bereichen bereits vor Beginn der Programme ziemlich kritisch war. Als genereller Trend zeichnete sich jedoch eine Verschärfung der Probleme und eine Vergrößerung des sozialen Gefälles in Folge der Anpassungsmaßnahmen ab.

Seit 1983 wird in Ghana in Zusammenarbeit mit dem IWF und der Weltbank ein Strukturanpassungsprogramm - "Economic Recovery Programme" (ERP) - durchgeführt. Das Maßnahmenpaket beinhaltet die Abwertung der Landeswährung, eine Liberalisierung des Handels, die Privatisierung von staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen und die Reduzierung der Staatsausgaben. In der Folge des ERP war ein beachtliches Wirtschaftswachstum zu verzeichnen und das "Modell Ghana" wurde als Muster erfolgreicher wirtschaftspolitischer Intervention präsentiert. Kritiker bezweifeln jedoch die Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums, da das ERP keine strukturellen Veränderungen der ghanaischen Ökonomie bewirken konnte. Sie verweisen darüber hinaus auf die negativen Folgen des Programms - aufgrund verminderter Anstellungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst, Kürzungen im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich und dem Anwachsen der Lebenshaltungskosten. Der gesetzlich festgelegte Mindestlohn beträgt zur Zeit 460 Cedi pro Tag - ca. 2 DM. Selbst den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in mittleren und höheren Einkommensgruppen gelingt es zur Zeit kaum, von ihrem Gehalt eine Familie zu ernähren.

Im kleingewerblichen Bereich findet man zwar je nach Branche eine unterschiedliche Dynamik. Als genereller Trend zeichnet sich allerdings ab, daß Betriebe, die mit importierten Materialien oder Werkzeugen arbeiten, durch die Währungsabwertung einen Anstieg ihrer Produktionskosten zu verzeichnen haben. Das Absinken der Reallöhne bewirkt die Verringerung der Nachfrage für Produkte und Dienstleistungen. Generell ist im informellen Sektor ein Trend zu einer wachsenden Differenzierung innerhalb einzelner Produktionsbereiche festzustellen.

Seit Anfang 1988 wird von der ghanaischen Regierung in Zusammenarbeit mit Weltbank und IWF ein "Programme of Actions to Mitigate the Social Costs of Adjustment" (PAMSCAD) durchgeführt, das die negativen Auswirkungen vermindern soll. Schwerpunkte des Programms sind die Rehabilitierung der Basisgesundheitsdienste, Beschäftigungsprogramme, Ausbildungs- und Kreditmöglichkeiten für Kleingewerbetreibende sowie Infrastrukturmaßnahmen (vgl. auch Drilling 1992). Die zur Verfügung stehenden Mittel sind jedoch zu gering, um nachhaltige Erfolge zu gewährleisten. Die Beschäftigungsprogramme ermöglichen meistens lediglich kurzfristige Einkommensmöglichkeiten, von Fördermaßnahmen im kleingewerblichen Bereich profitiert nur ein kleiner Anteil von UnternehmerInnen, bei Verbesserungen der Infrastruktur - z.B. Bau und Rehablitierung von Straßen - sind ländliche Gebiete kaum betroffen, aber auch für die Landbevölkerung haben sich die Transportkosten beträchtlich erhöht (vgl. Kourimsky 1993).

Überlebensstrategien von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

Während in der Debatte um soziale Auswirkungen von Strukturanpassungsmaßnahmen auf die verminderten Anstellungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst und die schlechten Berufsaussichten von Schulabgängern hingewiesen wurde, gibt es kaum Untersuchungen zur sozialen Situation der derzeitig Beschäftigten. Vor allem in den unteren Rängen des öffentlichen Dienstes reichen die Gehälter aufgrund der gestiegenen Lebenshaltungskosten bei stagnierenden Löhnen im allgemeinen für den Lebensunterhalt nicht aus. Eine Untersuchung der Situation von Sekundarschullehrerinnen in Cape Coast ergab, daß ihnen die Anstellung im öffentlichen Dienst zwar eine gewisse Sicherheit (z.B. Krankenversicherung, Rentenansprüche) bietet, ihre Lebenshaltungskosten jedoch durch ihr Gehalt nicht abzudecken sind. Nahezu 90% der Befragten ergänzten ihr Einkommen durch bis zu drei - überwiegend informelle - Nebenbeschäftigungen. Sie handelten z.B. mit Schreibwaren und Haushaltsgegenständen oder stellen Gebäck her, das sie an Schulkinder verkauften. Ein hoher Anteil der befragten Lehrerinnen waren alleinerziehende Mütter. Insbesondere sie waren gezwungen - trotz mehre-



Vor allem für die Frauen haben sich die Lebensbedingungen verschärft. Foto: Kourimsky

rer Nebeneinkommen - "von der Hand in den Mund" leben.

Im Frühjahr 1991 forderte die Lehrergewerkschaft (GNAT) von der Regierung Lohnerhöhungen, konnten sie aber trotz eines landesweiten Streiks nicht durchsetzen (vgl. Gräter 1993).

Kleingewerbliche Batikproduktion

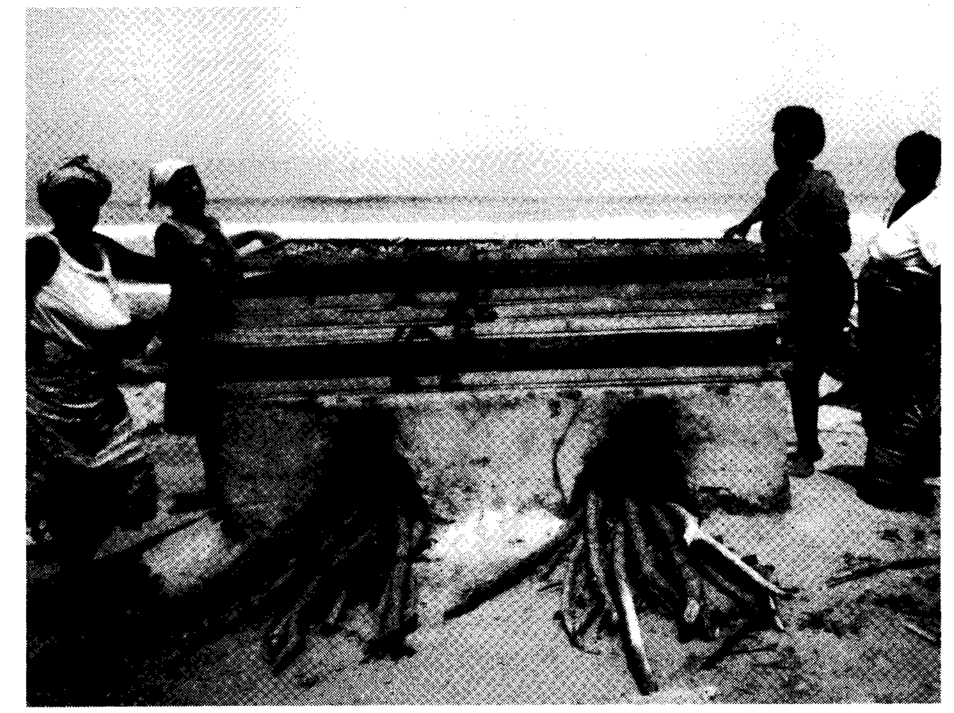
Im Großraum Accra/Tema Accra gibt es etwa 35 Batikbetriebe, in denen ausschließlich in Handarbeit Stoffe gefärbt werden. Kennzeichnend für diese Betriebe ist, daß es sich überwiegend um Familienbetriebe handelt, in denen nur wenige Nicht-Familienangehörige angestellt sind. 80% der Batikbetriebe werden von Frauen geführt.

Die Technik des Batikens ist in Ghana seit etwa 30 Jahren bekannt. Das erste Batikunternehmen wurde 1962 gegründet. In der Untersuchung haben sich zwei wesentliche Gründungsperioden herauskristallisiert: von Mitte bis Ende der 70er Jahre wurden 44% der Betriebe gegründet, in einer Zeit, die nach Dawson (1988) durch die sinkende Produktion im formellen Sektor gekennzeichnet war und in der viele kleine Betriebe in ökonomischen Nischen entstanden. Die zweite wesentliche Gründungsperiode fällt in die Zeit des ERP. Von 1983 bis 1988 wurden 40% der Batikbetriebe gegründet, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, daß Batiken zu der Zeit stark "in Mode kamen" und damit bessere Absatzmöglichkeiten entstanden, während die Erwerbsmöglichkeiten in anderen Bereichen zurückgingen.

Der Zugang zu den wichtigsten Materialien, den Farben und den Baumwollstoffen, ist für alle BatikerInnen mit Problemen verbunden. Die verwendeten Farben stammen von Ciba Geigy aus der Schweiz und von BASF und Hoechst aus der Bundesrepublik Deutschland. Preisliberalisierungen und Währungsabwertungen haben zu steigenden Farbpreisen geführt. So kostete 1991 ein Kilo (die Mindestabnahmemenge) der Farben von Ciba Geigy je nach Qualität zwischen 105 DM und 260 DM - das Mehrfache eines monatlichen Mindestlohns. Das ist ein Preis, den die meisten der BatikerInnen nicht zahlen können, so daß sie vielfach auf ZwischenhändlerInnen ausweichen, die kleinere Mengen zu weitaus höheren Preisen anbieten. Die Baumwollstoffe werden von den großen ghanaischen Textilfabriken hergestellt, doch sind sie nicht in der gewünschten Menge und auch nicht jederzeit für die BatikerInnen erhältlich. Die Fabriken stellen die Stoffe hauptsächlich für die Weiterverarbeitung zu Baumwolldrucken her und bieten die weißen Stoffe nur begrenzt an.

Aufgrund der gesunkenen Kaufkraft der KundInnen haben sich die BatikerInnen zunehmend auf Kommissionsgeschäfte eingelassen. Einzelne haben bis zu 100 000 Cedis (etwa 500 DM) Außenstände, eine Entwicklung, die zu einer beträchtlichen Verminderung des Betriebskapitals beitrug. Im Bereich der Vermarktung ist die Konkurrenz vor allem durch billige, importierte Second-Hand Kleidung beständig gewachsen. 1983 wurde mit Billigung der Bretton-Woods-Organisationen das System der 'Special Unnumbered Licences' wieder eingeführt, das 1986 auf die Einfuhr von Konsumgütern ausgeweitet wurde. Mit der Vergabe dieser Lizenzen wurden die Beschränkungen des Imports von Fertigkleidung praktisch aufgehoben. Der Wettbewerb mit der Second-Hand Kleidung aus den Industrieländern stellt für den gesamten Textilsektor Ghanas eine Bedrohung dar. Auch die großen Textilfabriken sehen in der billigen Fertigkleidung eine Konkurrenz.

Die BatikerInnen bemühen sich auch auf andere Stoffarten auszuweichen und neue Märkte zu erschließen. Einige spezialisierten sich auf billigere Batiken, die für die unteren Einkommensschichten auf dem Land bestimmt sind, andere auf besonders hochwertige Materialien, die von Boutiquen in der Hauptstadt Accra nachgefragt werden. Das Überleben der Batikbetriebe ist jedoch nicht durch ein flexibles Verhalten der UnternehmerInnen zu sichern, sondern entscheidend von der Wirtschaftspolitik des Landes abhängig (vgl. Dittrich 1993).



Fischräuchern in Tema. **Foto: Sabine Dittrich**

Entwicklungen im Fischereigewerbe

Im Küstengebiet Ghanas gehören Fischerei und Fischverarbeitung zu den wichtigsten Einkommensquellen. Bis in die 70er Jahre gab es eine Steigerung der Fangerträge, vor allem durch die Einführung größerer motorisierter Boote und der Verbreitung von Außenbordmotoren für Kanus. Während die Fischverarbeiterinnen hauptsächlich von den Kanufischern versorgt werden, schaffen sich die größeren Unternehmen überwiegend eigene Vermarktungsstrukturen.

Seit den 70er Jahren steht das Fischereigewerbe vor Schwierigkeiten, die größere Unternehmen zum Teil besser ausgleichen können als die Kanufischer. Das Fischereigewerbe ist in hohem Maße auf importierte Produkte (Motoren und Netze) angewiesen und erhielt in der Vergangenheit nicht genug Importlizenzen für Ersatzteile, um die Schiffe ständig in Betrieb zu halten und Fangnetze ersetzen zu können. Einen großen Teil der Betriebskosten macht der Treibstoff aus, jeder Anstieg der Benzinpreise bewirkt daher einen Anstieg der Produktionskosten. Größere Fischereiunternehmen konnten mit Devisen - zu etwa halben Preisen - einen Teil ihres Treibstoffbedarfs in Cote d'Ivoire und Togo oder von Tankern auf offener See erwerben. Kleinere Fischereiunternehmen mit Küstenschiffen und Kanus waren auf die Versorgung in Ghana angewiesen. Die Abwertung des Cedi nach 1983 bewirkte einen unverhältnismäßigen Anstieg der Investitions- und Betriebskosten - ein Negativeffekt, der die mit der Importliberalisierung verbundenen Verbesserungen (leichterer Zugang zu Ersatzteilen) von der Wirkung her überragt (vgl. Krenz 1993).

Perspektiven der Lehrlingsausbildung im informellen Sektor

Der weitaus überwiegende Anteil der Handwerker in Ghana wird in Betrieben des



Für eine Tageserlaubnis auf dem Markt müssen die Händlerinnen tief in die Tasche greifen.
Foto: P. Kourimsky

informellen Sektors ausgebildet. Das Lehrlingssystem als informelles Ausbildungssystem garantiert sowohl die Vermittlung von Kenntnissen, als auch die Bereitstellung billiger Arbeitskraft in kleinen Handwerkerbetrieben. Idealtypisch bezahlen die Lehrlinge ihren Meister in Form einer Gebühr am Anfang und Ende ihrer Lehrzeit für die Ausbildung. Bislang gründeten die ausgebildeten Lehrlinge überwiegend einen Betrieb, in dem sie dann selbst Lehrlinge ausbildeten. Der Meister verwendete das Lehrgeld für den Unterhalt seiner Lehrlinge und profitierte von der Arbeitsleistung insbesondere der fortgeschrittenen Lehrlinge. Die Betriebe konnten dadurch bislang selbst in schwierigen Zeiten wirtschaftlich überleben. Gleichzeitig bestand auch für ärmere Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit eines relativ qualifizierten Berufseinstiegs. Die Lehrgebühren lagen unter den Kosten, die bei einem Besuch der Sekundarschule anfallen.

Die Verteuerung des Schulbesuchs (vgl. Gräter 1993) und die schlechteren Berufschancen im formellen Bereich führten zu einem Anwachsen der Lehrlingszahlen. Insbesondere in populären Berufen wie der Schreinerei setzte ein Ansturm auf die Lehrplätze ein. Dadurch erhöhte sich der Konkurrenzdruck beim Übergang in die berufliche Selbständigkeit beträchtlich. Ein weiteres Problem bei einer Werkstattgründung ist, daß die Preise für Werkzeug in die Höhe geschnellt sind. Möglichkeiten, während der Lehre zu sparen, bestehen kaum.

Schreinermeister befinden sich in einer wirtschaftlich schwierigen Situation, da sich der Zugang zu gutem Holz als Folge neuer Gesetze für den Ressourcenschutz erschwert hat (Lienhard 1992). Das von den Sägemühlen verarbeitete Holz ist überwiegend für den Export bestimmt und zu teuer. Als Alternative bleiben nur noch die 'Bush-Cutter', Holzfäller, die, wenn sie eine Genehmigung des 'forestry department' besitzen, berechtigt sind, in den Wäldern Holz zu schlagen. Mit den neuen Schutzverordnungen ist auch das Einholen einer Genehmigung kostspieliger geworden, was sich dann im Holzpreis niederschlägt. Einige Schreiner nehmen deshalb das Risiko in Kauf, schwarz geschlagenes Holz direkt in den Wäldern zu erwerben und es selbst zur Werkstatt zu transportieren. Wenn sie in eine Straßenkontrolle geraten, müssen sie hohe Strafen zahlen.

Solche Probleme und eine allgemein sinkende Nachfrage zwingen die Schreinermeister, ihre Produktionskosten auch zu Lasten ihrer Lehrlinge zu minimieren, sie zahlen z.B. weniger oder kein tägliches Essensgeld. Die Lehrlinge sind deshalb zunehmend gezwungen, bereits in der Lehre mit kleinen Aufträgen Geld zu verdienen. Während dies früher ein absolutes Tabu war, billigen jetzt viele Meister ein solches Vorgehen zumindest für kleinere Arbeiten, die allerdings wenig einbringen. Einige Zusammenschlüsse von Meistern setzen darüber hinaus auf eine Strategie, den Zustrom von Lehrlingen zu kontrollieren und ein notwendiges Maß an Disziplin zu gewährleisten, indem sie die Lehrgebühren drastisch erhöhen.

Steuerreformen - Strukturveränderung auf Kosten der Kleingewerbetreibenden?

Seit Ende der 80er Jahre finanzieren gerade relativ einkommensschwache Bevölkerungsgruppen überproportional Verwaltungsreformen und Modernisierungsbestrebungen mit, durch die sie tendenziell weiter ausgegrenzt werden. Um die Verwaltungsstrukturen zu reformieren, wurden in Ghana bis 1988 die Distrikte neu aufgeteilt. Die nationale Regierung gab jedoch kaum finanzielle Unterstützung. Während früher das gesamte Verwaltungsbudget von der nationalen Regierung getragen wurde, müssen die Gehälter der Angestellten jetzt zu 50% von den Distrikten gezahlt werden. Deshalb erweiterten die Distrikte bisherige Einnahmequellen und effektivierten die Eintreibung von Steuern und Gebühren. In Accra unterstützte die Weltbank die Accra Metropolitan Authority bei der Effektivierung des Besteuerungssystems mit Krediten und der Einführung von Computern. Von 1985 bis Ende 1987 stiegen die Einnahmen der Stadtverwaltung auf nahezu das Vierfache. Diese Steigerung stammte - wie auch bei den lokalen Distrikten - zu einem erheblichen Teil aus der Erhöhung von Gebühren für Marktstände, Lastwagenparks und Straßenhandel.

Die Erhöhung der Gebühren führte in einigen Städten zu Auseinandersetzungen der Händlerinnen mit der Stadtverwaltung. In einigen Städten - z.B. in Cape Coast - gelang es den Marktfrauen Zugeständnisse zu erzwingen. Auf dem zentralen Markt Cape Coasts kostete 1985 eine Tageserlaubnis für Händlerinnen aus der ländlichen Umgebung pro zu verkaufenden Korb noch 20 Cedi, die monatliche Miete für ein Schattendach 150 Cedi. Als die Steuern 1988 auf einen Tagessatz von 50 Cedi und die Miete für das Schattendach auf 500 Cedi erhöht werden sollten, organisierten sich die Marktfrauen und boykottierten den Markt. Die Marktbehörde ließ sich auf den Kompromiß ein, den Tagessatz auf nur 40 Cedi und die Mieten auf 400 Cedi zu erhöhen. Bei den gering erscheinenden Gebühren muß berücksichtigt werden, daß die Profite für den Tagesverkauf von Frauen aus der ländlichen Umgebung mit zwischen 200 und 400 Cedi noch unterhalb dem Mindestlohn liegen (vgl. Kourimsky 1993).

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die kumulativen Effekte des ERP in allen untersuchten Teilbereichen zu einer Verschärfung der Probleme führten, die zum Teil in die Zeit vor der Strukturanpassung zurückreichen. Die Vernetzung verschiedener Faktoren hat darüberhinaus zur Folge, daß selbst Systeme, die weitgehend unabhängig von staatlichen Entscheidungen existieren, von tiefgreifenden Auswirkungen der Strukturanpassungsmaßnahmen indirekt, aber doch entscheidend betroffen sind.

Sabine Dittrich, Christiane Gräter, Petra Kourimsky, Birgit Krenz, Stefan Lienhard, Gabriele Zdunnek

Literatur:

Dawson, Jonathan: Small-Scale Industry Development in Ghana: A Case Study of Kumasi, Overseas Development Administration, ESCOR, London 1988

Dittrich, Sabine: Produzierendes Kleingewerbe in Ghana, unveröffentlichte Diplomarbeit, Insitut für Soziologie, Freie Universität Berlin 1993

Drilling, Matthias: Strukturanpassung und das produzierende Kleingewerbe, in: blätter des iz3w, Nr. 184, Sept./Okt. 1992:44-46

Gräter, Christiane: Das Bildungssystem Ghanas in der Krise, unveröffentlichte Diplomarbeit, Insitut für Soziologie, Freie Universität Berlin 1993

Kourimsky, Petra: Die Fante- und Gakenkeyköchinnen in Cape Coast und dem Umland, in: Zdunnek 1993

Krenz, Birgit: Fischverabeitung und Vermarktung in Accra/Tema (Arbeitstitel), in: Zdunnek 1993

Lienhard, Stefan: Lehrlinge in Accra und Cape Coast - Wirtschaftsanthropologische Beobachtungen, unveröffentlichte M.A. Arbeit, Institut für Ethnologie, Freie Universität Berlin 1992

Zdunnek, Gabriele (Hg.): Strukturkrise und Strukturanpassung in Ghana (Arbeitstitel), Forschungsbericht, Institut für Soziologie, Freie Universität Berlin (in Vorbereitung) 1993

Demokratie nicht durch, sondern gegen die Strukturanpassung

Afrikanischen Politikern wird von der Weltbank geraten, tolerant zu sein, Konsens und freie Diskussion anzustreben. Sie sollten ihren Völkern gegenüber rechenschaftspflichtig sein, die Gesetze und die Menschenrechte respektieren. Diese politische Forderung nach mehr Liberalität steht im Gegensatz zu der illiberalen politischen Praxis der Strukturanpassungsprogramme. Die Durchsetzung der Strukturanpassungsprogramme und die Eingriffe der 'Development Community' verschärfen die politische Repression eher, als daß sie sie dämpfen. Daher ist es naheliegend, daß demokratische Kräfte in den Anpassungsländern nicht durch die Strukturanpassung, sondern im Gegenteil durch den Widerstand gegen die Strukturanpassungsprogramme gestärkt werden.[1]

In welcher Beziehung steht das liberale Postulat der Bank zu dieser illiberalen Praxis? Zunächst einmal sollte man den politischen Liberalismus dieser Stellungnahme nicht überbewerten. Eine Managerperspektive steht im Vordergrund. Die geforderte Stärkung der 'Zivilgesellschaft' und speziell der Basisbewegungen zielt weniger auf Demokratisierung ab, als vielmehr darauf, angeblich schlafende und unterdrückte Unternehmertalente und -energien der 'Zivilgesellschaft' zu wecken.

Demokratisierung aus der Managerperspektive

In ähnlicher Weise hat die geforderte Rechenschaftspflicht und Gesetzestreue mehr damit zu tun, daß ein günstiges Klima für Privatinvestitionen entstehen soll, als mit der Schaffung einer demokratischen Ordnung. Die Managerperspektive steht zwar im Vordergrund, doch gleichzeitig versucht die Bank der Strukturanpassungspolitik auf einer pluralistischen Plattform politische Legitimität zu verschaffen. Damit reagiert sie auf die Erosion der politischen Handlungsfähigkeit des Staates, die der Durchsetzung der Strukturanpassungspolitik entgegensteht, die aber gleichzeitig durch die Strukturanpassungspolitik weiter vorangetrieben wird, indem diese die nationalistischen und sozialstaatlichen Hoffnungen, die der nachkoloniale Staat geweckt hat, weiter enttäuscht.

Die Forderung der Weltbank nach Pluralismus ist also im Kontext eines andauernden Konflikts innerhalb der afrikanischen Gesellschaft über Strategie und Staatsmacht zu sehen. Es handelt sich hier um einen ideologischen Kampf, bei dem der Neoliberalismus und der Nationalismus die Hauptkontrahenten sind. Gleichzeitig ist es ein Konflikt konkreter gesellschaftlicher Kräfte, die um ihre Positionen im Wirtschaftsleben kämpfen und die von Krise und Strukturanpassung betroffen sind.

Die Stärkung der neuen Ordnung wird der alten Ordnung, dem Festhalten an 'hergebrachten Privilegien', gegenübergestellt. Die Bank will die Legitimität der Opposition untergraben indem sie ihre Rolle herunterspielt, sie diskreditiert oder einfach ignoriert. Die 'traditionellen Privilegien' werden gegen den 'kleinen Mann' ausgespielt, städtische Privilegien gegen ländliche Armut. Diese Dichotomie verzerrt und verschleiert das Wesen der sozialen und politischen Konflikte, die durch die Strukturanpassungspolitik verschärft werden. In der neuen Ordnung genießen die Handelskammer und die Industrie eine hohe Legitimität, während Gewerkschaften in ihr nicht vorkommen. 'Gestärkt' werden sollen die, die die Struktanpassungsprogramme unterstützen, nicht die, die sie bekämpfen. Ein zentraler Punkt dieses Legitimationsversuchs ist die Konstruktion eines fiktiven Konsens, der angeblich die internationale 'Development Community' und die gesamte afrikanische Gesellschaft vereint, mit Ausnahme einer kleinen, illegitimen Minderheit innerhalb der afrikanischen Gesellschaft.

Es wird nicht anerkannt, daß es widerstreitende Kräfte gibt. Im Liberalismus der Bank ist kein Platz für Politik und Streit. Sie nähert sich der Realität nur dort, wo sie die Wichtigkeit einer 'Gegenmacht' betont, deren Nichtvorhandensein, nach Auffassung der Bank dafür verantwortlich ist, daß Staatsbedienstete in vielen Ländern ihre Privatinteressen verfolgen konnten, ohne befürchten zu müssen, dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Diese 'Gegenmacht', die die Bank im Auge hat, ist auch ein Teil ihrer Managerwelt des politischen Konsens. Die Bank erkennt 'intermediäre' Organisationen an, da sie 'nach oben und unten' Verbindungen schaffen und 'ein breiteres Spektrum von Ideen und Werten' in die Politik einbringen. Berufsverbände von Bankiers, Ärzten, Rechtsanwälten usw. sind nützlich, da sie dazu dienen 'private Energien freizusetzen und die Initiative auf allen Ebenen zu fördern'. Die Bank rät dem Staat, organisierte Interessengruppen wie Handelskammern und Industrieverbände systematisch zu konsultieren, um die Rechenschaftspflicht und das Eingehen auf politische Forderungen zu fördern.

Das Ignorieren von Spaltungen und politischen Kämpfen, dient dazu, zu verschleiern, daß die Bank Partei ergreift. Das Bemühen, sich die ideologische Hegemonie zu sichern, ist ein Teil der repressiven politischen Logik der Strukturanpassungsprogramme. Der mit der sogenannten 'Stärkung' angestrebte Pluralismus bedeutet noch keine Demokratie. Er ist vereinbar mit der gegenwärtigen repressiven politischen Praxis der Strukturanpassungsprogramme.

Erst Wirtschaftsreformen - dann Demokratie?

Der demokratische Anspruch, der im Namen der Strukturanpassungsprogramme erhoben wird, ebenso der Anspruch, das

Gemeinwohl zu fördern, beruft sich in erster Linie auf die Zukunft, auf eine Phase, die nach der gegenwärtigen kommt. Eine vierbändige Studie über die Demokratie in der Dritten Welt, die vom National Endowment For Democracy aus den USA in Auftrag gegeben wurde, argumentiert, daß 'der Etatismus zurückgedrängt werden muß', wenn die Demokratie eine Chance bekommen soll': 'Die wachsende Bewegung weg von einer etatistischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsstruktur ist einer der wichtigsten Faktoren, die eine demokratische Zukunft für Afrika erwarten lassen.'

Es wird das Bild einer Zivilgesellschaft gemalt, die, wenn sie einmal vom unterdrückerischen Staat befreit ist, langsam die Akteure und Institutionen ins Leben ruft, die schließlich dafür sorgen, daß der Staat gegenüber der Bevölkerung rechenschaftspflichtig wird. Ein Klima, in dem Unternehmer und Marktkräfte gedeihen, ist daher auch gedeihlich für die zukünftigen Akteure einer demokratischen Gesellschaft.

Das ist eine attraktive Vorstellung, vor allem für diejenigen, die vom Nutzen der liberalen Wirtschaftsreformen überzeugt sind. In diesem Fall erhält man die Demokratie als Dreingabe.

Die Vorstellung ist auch attraktiv für diejenigen, die die Demokratie im Prinzip voll bejahen, die aber das Gefühl haben, daß Afrika noch nicht ganz reif für die Demokratie ist und daß ein einigermaßen effektives autoritäres Mangement gegenwärtig das Beste wäre. Diese Vorstellung ist eher beunruhigend, wenn diese Förderung eines 'günstigen Klimas' wie oben angedeutet Hand in Hand geht mit der Unterdrückung solcher Organisationen der 'Zivilgesellschaft', die den Anspruch erheben, die Klagen zu formulieren und die ein gewisses Maß an Automie gegenüber dem Staat verteidigen, wie zum Beispiel Gewerkschaften und Berufsverbände.

Sollen die Demokraten von heute im Interesse der Demokraten von morgen unterdrückt werden? Wo kommen Demokraten her? Wodurch werden Staaten demokratischer bzw. transparenter? Und wie werden sie dazu gebracht, die Gesetze und die Menschenrechte zu respektieren? Ich behaupte, daß demokratische Kräfte nicht durch die Strukturprogramme, sondern durch den Widerstand gegen die Strukturprogramme gestärkt werden. Man kann den Strukturanpassungsprogrammen allerdings zugute halten, daß sie zu dieser Entwicklung beigetragen haben, nicht weil sie liberal wären, sondern weil sie autoritär sind. Die demokratischen Kräfte wachsen in der Konfrontation zwischen dem Staat und den organisierten Gruppen der Gesellschaft. Der Schwung geht von Gruppen aus, die sich vom Staat bedroht fühlen und die versuchen, der Repression entgegenzutreten. Organisierte Gruppen wie Gewerkschaften und Berufsverbände spielen eine besonders wichtige Rolle. Die Politik der Strukturanpassungsprogramme verschärft autoritäre und repressive Tendenzen im Umgang des Staats mit organisierten gesellschaftlichen Interessen.

Demokratie nicht durch, sondern gegen die Strukturanpassungsprogramme

Indem sie sich gegen die Strukturanpassungsprogramme wehren, versuchen die Interessengruppen sich eine größere Autonomie gegenüber dem Staat zu sichern. Die Konfrontation verstärkt ihr Streben nach einer pluralistischen politischen Ordnung.



Angolanische Frauen demonstreiren für Demokratie

Während sie die materiellen Interessen ihrer Mitglieder verfolgen, gehen die Interessengruppen Bündnisse ein, um ihre Autonomie und ihr Organisationsrecht zu verteidigen. Forderungen nach demokratischen Reformen auf der Ebene des Staates, einschließlich der Reform juristischer Institutionen und Prozesse, werden verbunden mit der Verteidigung solcher Organisationsrechte.

Sie verknüpfen die materiellen Forderungen der Mitglieder mit der Frage einer demokratischen Staatsverfassung. Die Tatsache, daß Interessengruppen die gesetzliche und politische Regulation des Raums, in dem sie agieren, verändern wollen, ist ein zentraler Punkt im Prozeß der Demokratisierung. Das Entstehen demokratischer Kräfte im Widerstand gegen Strukturanpassungsprogramme kann in einem größeren Kontext der wirtschaftlichen Krise und politischen Reform gesehen werden. Jüngste Entwicklungen, nicht nur in Afrika, sondern noch stärker in Lateinamerika und Osteuropa deuten darauf hin, daß autoritäre Regimes sowohl kapitalistischer als auch sozialistischer Orientierung politisch unterminiert werden, weil sie unfähig sind, ihre Bürger vor dem wirtschaftlichen Niedergang zu schützen. Die politische Krise wird verschärft durch den Widerstand des Volkes gegen wirtschaftliche Reformen, zum Beispiel die Beseitigung von Subventionen, Streichungen von sozialen Leistungen usw.. Reformen, die alle dazu tendieren, neue Entbehrungen nach sich zu ziehen. Angesichts des Widerstands schwanken die Regimes zwischen wirtschaftlichen Konzessionen und politischer Repression. Der Spielraum für beides ist begrenzt und im Ergebnis kann es zu langen Perioden einer politische Pattsituation kommen, wie zum Beispiel in Polen, Ghana, Argentinien und Sambia. Die Pattsituation blockiert ökonomische Reformen und beschleunigt die wirtschaftliche und politische Auflösung.

Im Ergebnis können sich die Regimes gezwungen sehen, politische Reformen als Kompensation für die wirtschaftlichen Reformen anzubieten. Begrenzte politische Konzessionen werden gemacht damit die Bevölkerung unpopuläre Wirtschaftsmaßnahmen akzepiert. Der politische Handlungsspielraum der Regimes wird allerdings durch die Pattsituation weiter verringert. Ihre Verhandlungsposition ist schwach. Fraktionierungen innerhalb des Blocks an der Macht, die noch verschärft werden durch Uneinigkeit über die Richtung der Reformen, führen dazu, daß ein Druck entsteht, der weiterreichende politische Konzessionen verlangt.

Die Spaltung unterminiert auch die Fähigkeit, repressiv zu reagieren und stärkt die Autonomie politischer Kräfte, die mit dem Regime nichts zu tun haben. Repressive Lösungen werden dadurch immer teurer und immer schwieriger durchführbar. In diesem Szenario liegt die Dynamik der Demokratisierung in dem kleiner werdenden politischen Spielraum der autoritären Regimes angesichts eines wachsenden Widerstands gegenüber ihrer Politik.

Die gegenwärtige Bewegung hin zum Mehrparteienstaat in Afrika kann zur Illustration dieses Kreislaufs von Niedergang, Repression und Konzessionen im Kontext von Wirtschaftskrise und Reform dienen. Dieser Prozeß wird nicht durch die 'Erfolge' der Strukturanpassungsprogramme bestärkt, sondern er wird vorangetrieben durch ihre Unfähigkeit, den gesellschaftlichen Schichten, die für die Reproduktion der gegenwärtigen autoritären Regimes verantwortlich sind, materielle Verbesserungen zu bringen. Dies kann zum Beispiel eine Erklärung dafür sein, warum die repressive Politik, die bisher die Strukturanpassungsprogramme in Ghana gestützt hat, sich verstärktem Druck ausgesetzt sieht. Die populistischen Institutionen, die das Strukturanpassungsprogramm durchgesetzt haben, brechen zusammen, wie sich an der gegenwärtigen Demokratiedebatte zeigt, die trotz der scharfen Kontrollen des Regimes stattfindet.

Die Entstehung einer Demokratiebewegung in Sambia, die von den Gewerkschaften angeführt wird und die die Strukturanpassungsprogramme bekämpft, weist wohl in eine ähnliche Richtung. Im Mosambique ging der politischen Öffnung in eine pluralistische Richtung Anfang 1990 eine Streikwelle voraus, die durch den Protest der Arbeiter gegen die Strukturanpassungsprogramme ausgelöst wurde. Auch das paßt in dieses Bild.

Ein neu formuliertes nationales Projekt als Alternative?

Man kann die Argumentation auch auf den Prozeß der Staatsbildung selbst ausdehnen. Woher soll eine 'gute Regierung', der Respekt vor dem Gesetz und die Rechenschaftspflicht kommen? Die Weltbank rät den politichen Führern ein gutes Beispiel zu geben. Sie sollen sich von korrupten Gewohnheiten distanzieren. Aus der Managerperspektive der Bank geht es bei Gesetzestreue und Rechenschaftspflicht in erster Linie darum, daß Verträge eingehalten werden müssen, es geht um Berechenbarkeit und darum, die Kosten der Korruption zu senken. Die 'Stärkung' der Geschäftswelt und ihrer Organisationen kann in dieser Hinsicht nützlich sein.

Was ist mit der Beziehung zwischen den normalen Menschen und dem Staat im allgemeinen? Wer zum Beispiel ist für die Strukturanpassungsprogramme rechenschaftspflichtig? Für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppierungen sind unterschiedliche Aspekte des Staats- und des Rechtssystems von Bedeutung. Der Schutz von Verträgen und der Schutz von Gewerkschaftsrechten werden von unterschiedlichen sozialen Gruppen gefordert. Der Druck in Richtung auf Rechenschaftspflicht und Rechtsstaatlichkeit muß im Kontext widersprüchlicher Interessen und antagonistischer Prozesse gesehen werden. Der Widerstand gegenüber schlechten Gesetzen, Korruption und Willkür von Beamten ist ein Mittel, den Staat zu disziplinieren. Wie im Fall der Demokratisierung wird der Staat geformt durch miteinander verknüpfte Prozesse von Widerstand, Repression und Konzessionen. Das Ergebnis kann ein Gesellschaftsvertrag sein, der die Begrenzungen anerkennt, die das Gleichgewicht der gesellschaftlichen Kräfte dem Spielraum sowohl für Repression als auch für Widerstand auferlegt.

Kann es einen Gesellschaftsvertrag zwischen dem Staat und den organisierten Interessen geben, die die Strukturanpassungsprogramme bekämpfen? Die Versuche der Regierungen, die Opposition von Interessengruppen zu ignorieren oder zu übergehen, sind zum Scheitern verurteilt. Die Unfähigkeit des Staates, die Grenzen seiner eigenen Macht zu erkennen, ist einer der wichtigsten Gründe für die Pattsituation, die so oft das Krisenmanagement in Afrika (und anderswo!) charakterisiert. Ausländische Interventionen verstärken diese Zwickmühle in dem sie die Regimes fördern und sie vor örtlichem politischem Druck abschirmen. Solche Interventionen können zwar zeitweise das Kräftegleichgewicht zugunsten der Koalitionen an der Macht verschieben, aber sie unterminieren zugleich den Anpassungsprozeß der nötig wäre, um dauerhaftere Lösungen zu erreichen.

Der Bericht der Weltbank ist ein Teil dieser Intervention, die einen neuen Gesellschaftsvertrag verhindert. Der Beitrag der Weltbank besteht in der Bemühung, den Kräften, die in Gegnerschaft zu den Strukturanpassungprogrammen stehen, die Legitimation und Anerkennung zu entziehen. Für den Aufbau eines funktionierenden Staatsapparates und für die Demokratisierung ist das schädlich. Vielleicht geht die Bank von der scheinbar trostreichen Annahme aus, daß das Projekt des postkolonialen Staates bereits sich selbst diskreditiert hat und daher auch keine Plattform für eine tragfähige Alternative zu den Strukturanpassungsprogrammen bilden kann. Der Bank gelingt es nicht, zu unterscheiden zwischen dem Mißerfolg der nachkolonialen Regimes und den Hoffnungen gesellschaftlicher Kräfte, die nach wie vor dem Projekt der nationalen Entwicklung anhängen.

Das Versagen des Staates bedeutet nicht, daß diese Hoffnungen kraftloser geworden sind. Im Gegenteil ist für viele dieses Versagen eine Basis, die verratenen Ziele um so stärker zu betonen. Die nationalistischen, entwicklungsideologischen und sozialstaatlichen Visionen der Unabhängigkeitsbewegungen sind weiterhin eine wichtige ideologische Kraft in Afrika. Der Wiederaufbau eines nationalen Projekts auf der Basis dieser ideologischen Tradition ist die wesentliche Alternative zu den Strukturanpassungsprogrammen. Durch die Erfahrung von Repression und Widerstand gibt es eine Chance, daß so ein neu formuliertes nationales Projekt in seiner Orientierung sehr viel demokratischer ausfällt als sowohl das ursprünglich nachkoloniale Projekt als auch das der Strukturanpassungsprogramme.

Björn Beckman
Übersetzung:CN

Anmerkung:
1) Bei dem Text handelt es sich um die stark gekürzte Übersetzung des Beitrags 'Empowerment or Repression? The World Bank and the Politics of African Adjustment' von Björn Beckman. Der Originalbeitrag erschien in dem sehr empfehlenswerten Sammelband 'Authoritianism, Democracy, and Adjustment. The Politics of Economic Reform in Africa' herausgegeben vom Scandinavian Institute of African Studies, Upsala 1992.

Utopie oder wie ?

Perspektiven gegen die herrschende Weltwirtschaftsordnung

Termin und Ort

Der 17. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen findet vom 20.5. bis 23.5.93 im Kulturzentrum ZAKK, Fichtenstr. 40 in 4000 Düsseldorf 1 statt.

Anmeldung

Zur Anmeldung muß der untenstehende Abschnitt vollständig ausgefüllt und der Teilnahmebeitrag (80,- DM für TeilnehmerInnen aus BUKO-Mitgliedsgruppen, 110,- DM für sonstige TeilnehmerInnen) IM VORAUS auf das Konto des BUKO überwiesen werden:
Postgiroamt Hamburg, Kto.-Nr. 79112-201 (BLZ 20010020).
Bitte gebt auf der Überweisung den Namen der Gruppe deutlich an.
Die Anmeldung auf dem Kongreß selbst erfolgt im Kulturzentrum ZAKK.

Fahrtkosten

Fahrtkosten werden wahrscheinlich weitestgehend erstattet.

Essen

Um uns eine Flut von Plastikgeschirr zu ersparen, werden die TeilnehmerInnen gebeten, ihr eigenes Geschirr (Becher, Schüssel, Teller) und Besteck mitzubringen.

Kinder

Für Kinderbetreuung während des Kongresses kann gesorgt werden. Dafür ist es aber notwendig, daß auf dem Anmeldeabschnitt dazu Angaben gemacht werden: Wieviele Kinder werden mitgebracht? Wie alt sind diese? Und vor allen Dingen: müssen sie betreut werden?
Bitte erleichtert uns die Organisation, indem Ihr Kinder, die angemeldet wurden und dann doch nicht mitkommen werden, wieder abmeldet.

Vorbereitungsmaterialien

Vorbereitungsmaterialien werden mit der Anmeldebestätigung verschickt.

Aktion

Am Samstag vormittag wird die Düsseldorfer Gruppe „Farbfieber“ unter dem Motto „Utopien einer neuen Weltwirtschaftsordnung“ ein Innenstadtspektakel durchführen. Hierbei werden verschiedene Mittel der Aktionskunst (gestalterische Medien, Theater, Musik, Kabarett, etc.) eingesetzt werden. Die KongressbesucherInnen sind herzlich eingeladen, mitzumachen und dabeizusein.

Theaterworkshop

Neben der Arbeit in den Foren wird es auch einen Theaterworkshop zum Kongreßthema geben, geleitet von Rainer Hausmann aus Wuppertal. Wenn's klappt, wird auch dieser workshop einen Beitrag zum Kongreß erspielen. InteressentInnen sollen sich mit der Anmeldung dafür melden, da die TeilnehmerInnenzahl begrenzt ist.

Frauenplenum

Alle Frauen sind eingeladen, die Fragen der Vertretung von Fraueninteressen und -forderungen im BUKO gemeinsam und öffentlich zu diskutieren.

Medienbörse

Auf der Medienbörse können interessierte Gruppen und Einzelpersonen Bücher, Broschüren, Arbeitsmaterialien und sonstige Informationen ausstellen. Wegen des Platzmangels müssen sich die Interessierten unbedingt auf dem Anmeldeabschnitt anmelden. Standgebühr für kommerzielle Stände (z.B. große Verlage): 100,-DM, ansonsten kostenlos. Voraussichtlich wird es an zwei Terminen zeitlich begrenzte Medienvorführungen zu speziellen Themen geben.

Anmeldung für den 17. Bundeskongreß in Düsseldorf, 20.5. - 23.5.1993

(an den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50)

1) Name der Gruppe/Institution: ....

2) Anschrift: ....

3) Status
- ○ örtliche Basisgruppe
- ○ Institution/Bundesverband
- ○ sonstige/r Teilnehmer/in

4) Mitglied: ○ ja ○ nein
- ○ Interesse an der Mitgliedschaft
- ○ Interesse an der Mitarbeit im Koordinierungsausschuß

Entsprechend dem gewagten Thema „Utopie oder wie?" wollen wir uns an eine andere Gestaltung des Kongresses wagen, um die eingeschliffenen Rituale des üblichen Politik-Machens zu durchbrechen. Wir alle sind aufgefordert, unsere Stärken, Spaß und unsere Kreativität in Wort und Tat miteinzubeziehen. Unsere Utopien beginnen mit jeder und jedem von uns, erfordern unser Wissen und unseren Mut, leben durch unsere Handlungsfähigkeit und die Beteiligung von möglichst vielen. Deshalb wird es einen **Kongreßauftakt** geben mit einem Happening, mit vielen kreativen Ideen, mit Zeit und Raum zum Anpacken und Mitmachen, wo ihr euch und eure Ideen, Wünsche und Fragen einbringen und direkt umsetzen könnt, wo ihr alte Bekannte trefft und neue Leute kennenlernt, wo neben oder mit dem Kopf auch die Sinne was tun, wo ihr mit Phantasie was Neues schafft. Immerhin einen neuen Kongreßanfang. Bringt Neugier mit!
Neben dem gemeinsamen Happening wird es in der Eingangsphase auch verschiedenen Möglichkeiten geben, in einer kleineren Gruppe mit verschiedenen kreativen Mitteln (Theater, Malen, Geschichten schreiben u.a.m.) Hand anzulegen an das Thema Utopie. Eigene Initiative und Mitmach-Lust sind gefragt!! Die **Podiumsdiskussion** am Donnerstag abend rundet die inhaltliche Einstimmung ab mit der Debatte um die gegenwärtige und eine potentielle Funktion der UNO als internationalem Steuerungsgremium.
Die **6 Foren**, die den ganzen Freitag über arbeiten, sollen unsere Diskussionen konzentrieren und die thematischen Zusammenhänge der sonst vielfältigen inhaltlichen Arbeit der Internationalismusbewegung zusammenbringen (zur inhaltlichen Ausrichtung der 6 Foren s.u.). Jedes Forum entscheidet selbst darüber, wie es arbeitet und wie stark eine Orientierung auf Utopien hin gesucht wird. In alle Foren sollen jedoch **gemeinsame Fragestellungen** einbezogen werden. In der **Integration der Foren** am Samstag vormittag sollen die jeweiligen Fragestellungen, Ergebnisse, Forderungen und Vorschläge der Foren tatsächlich zusammenführt werden und nicht nur Berichte aus den Foren aufgezählt werden. Ziel ist es, diese Ergebnisse in die Abschlußerklärung des BUKO 17 einzubringen. Für diese Integration wollen wir eine neue Art der Plenumsdiskussion anwenden, die stark auf eurer Mitarbeit und Verantwortlichkeit als BerichterstatterInnen und BefragerInnen, als BeobachterInnen und ZuhörerInnen sowie als SchreiberInnen basiert. Genauer wird die Methode zu Beginn der Foren erklärt.
Das **Plenum** am Samstag nachmittag bleibt beim alten: mit Rechenschaftsberichten, Diskussionen um Resolutionen und Seminare und der KA-Wahl wird die weitere BUKO-Politik bestimmt.
Zu den ersten konkreten Ergebnissen unserer Diskussionen werden wir am Sonntag vormittag kommen: der erste Schritt von den Diskussionen in die Aktion. Im ersten Teil wird die **Abschlußerklärung des BUKO 17** diskutiert und verabschiedet werden. Im zweiten Teil stellen sich Gruppen und Projekte mit ihren Aktionen, Kampagnen etc. der Gegenwehr vor, ist Zeit dafür, daß schon bestehende thematische und regionale Gruppenzusammenschlüsse (z.B. die Ländernetzwerke, die Frauenkoordinierung u.a.m.) sich treffen. Und vorallem ist der Sonntag vormittag dafür, daß — als Konsequenz aus den Prozessen der Vortage — sich neue Aktionszusammenschlüsse zusammensetzen, Treffen, Seminare und Aktionen absprechen, Adressen austauschen und sich in Ruhe bis zum nächsten Mal verabschieden können.

Forum Rassismus

Deutschlands Kerzenhersteller können sich freuen. Wir haben gelernt: Es ist besser, eine Kerze anzuzünden, als sich über die Dunkelheit zu beklagen. Und so wurden und werden landauf landab Tonnen flüssigen Wachses auf die freundlichen Hände hilfswilliger AusländerInnenfreundInnen vergossen. Die Kerzen sind abgebrannt, die Brandblasen verheilt. Aber leider: Das Dunkel ist geblieben.
Mit dem Erlöschen der wirklich massenmobilisierenden Aktionen, Lichterketten, Menschenkreuzen usw. (gerade in der Phase vorweihnachtlicher Rührseligkeit) bleibt die Frage, ob über die effektive Medienwirksamkeit hinaus, weitere nützliche Veränderungen erreicht wurden, oder ob etwa im Schatten der Lichterketten Asylrechtsverschärfungen doch viel effizienter vorgenommen werden konnten und können.
Diese und viele weitere Fragen sollen deshalb im Forum zur Sprache gebracht werden und (wir gehen davon aus) kontrovers diskutiert werden. Dazu werden im Forum ReferentInnen Position beziehen. Nach den vielfältigen theoretischen Diskussionen auf den BUKOs der letzten Jahre ist es in diesem Jahr notwendig geworden, die auch daraus entstandenen Strategien und Aktionen in den Mittelpunkt zu stellen.
Zum Beispiel die Ansätze und Entwicklungen zu einem Anti-Diskriminierungsgesetz, der Anti-Lager-Koordination, der Aktion Gelber Punkt, zu Lichterketten... Aber auch zu dem, was wir vielleicht im Laufe des Tages entwickeln.

Forum Geld — Körper — Geschlechterverhältnisse

Wo sitzt das Geld in meinem Körper?
Ökonomie ist nicht nur ein sachlich-abstraktes gesellschaftliches Verhältnis. Ökonomie braucht, erschließt, benutzt Menschen und ihre Körper — als Subjekte und Objekte — und sie wirkt sich in ihnen aus.
Gegenwärtig sehen wir die Kommerzialisierung und die Normierung des Körpers als die hervorstechendsten Tendenzen.
Kommerzialisierung: Organe werden gestohlen und verkauft. Frauen und Kinder werden gehandelt. Mit dem Körperinneren werden neue Regionen der Kolonisierung erschlossen.
Normierung: Gefordert ist der schöne leistungsfähige gesunde Normkörper. Abweichungen werden abgewertet, selektiert. Es geht uns darum, diese Tendenzen zu analysieren, uns klar zu machen, wohin diese Entwicklungen führen und Eingriffs- und Handlungsmöglichkeiten zu bestimmen. Vielleicht können wir aus unserer Beschäftigung mit dem gegenwärtigen Zustand, unserer Gegenwehr und Perspektiven auch eine/unsere Utopien er-finden. Wir werden mit Frauen diskutieren, die inhaltlich und politisch in den Bereichen Organhandel, Frauenhandel, Kolonisierung des Körperinneren und Leistungsfähigkeit/Gesundheit/Normalität arbeiten. Und wir werden den Blick darauf richten, welche Verhältnisse zwischen Körper und Ökonomie bestehen, halt: wo das Geld im Körper sitzt.
Dieses Forum ist ausschließlich für Frauen.

Forum Weltwirtschaft

Im Gegensatz zu all jenen, die Theorie, vor allem in jüngster Zeit, als verstaubten Ballast der Vergangenheit über Bord werfen möchten, ehemaligen Analyseansätzen im Angesicht eines vermeintlich siegreichen Kapitalismus'den Garaus machen wollen, werden wir uns in diesem Forum in alle Niederungen und Höhen systemkritischen Diskurses begeben.
Wir wollen VertreterInnen verschiedener „Theorieschulen" einladen, uns dabei aber nicht nur belehren lassen, sondern ihnen dabei auch kritisch auf die Zähne fühlen bei dem, was sie uns erzählen werden über die geschichtliche Entwicklung des Verhältnisses von Metropolen zur Peripherie, dessen heutigen Zustand und das künftige Ergebnis bei Nichtänderung der Zustände.
Das Forum Weltwirtschaft wird dreigegliedert sein: Zunächst sind VertreterInnen des Subsistenzwirtschafts-Ansatzes, der Theorie einer nachholenden Entwicklung, eines Wallerstein'schen Weltsystemansatzes und der Post-Fordisten eingeladen. In einer zweiten Runde werden wir in AG's bei frei-assoziativem Lauf der Gedanken unsere eigenen Vorstellungen von Utopien hervorzulocken versuchen und in einer abschließenden Runde mit den ReferentInnen den utopischen Stein der Weisen suchen.

Forum Selbstorganisation

Das Forum wird sich thematisch auf zwei Bereiche konzentrieren: Beide, der Informelle Sektor und die Genossenschaftsbewegung/ Selbsverwaltungswirtschaft gewinnen in der theoretischen Auseinandersetzung als 'Ausweg' aus der Krise an Bedeutung. Neoliberale 'Marktwirtschaftler' sehen im informellen Sektor die Zukunft in einer systemtragenden Klasse von Kleinstunternehmern heranwachsen, während Solidaritätsbewegte in der Selbstorganisierung von beispielsweise Straßenkindern, Landlosen oder 'Volksküchen' die künftigen revolutionären Subjekte zu erkennen glauben. Der Kooperativensektor spielt — neben der Einforderung gerechterer Austauschbedingungen — in der Diskussion um die 'neue' Weltwirtschaftsordnung eine hervorgehobene Rolle. Hier wollen wir den Blick erweitern von den Kaffee-Kooperativen in Mittelamerika auf die LPG's in der DDR und der großen Kooperative Mondragon im Baskenland.
Die beiden Bereiche sollen in folgender Richtung hinterfragt werden:
Inwiefern tragen Selbstorganisierung und -verwaltung durch emanzipatorische, solidarisierende und Befreiungsprozesse zu Gegenwehr und positiven Veränderungen bei? Welche Faktoren sind systemverändernd oder systemerhaltend? An welchen Kriterien läßt sich die Bedeutung dieser beiden Bereiche quantitativ und qualitativ einschätzen? Welche Bewußtseins- und Politisierungselemente müssten dazukommen, damit diese Ansätze nicht nur als bloße Überlebensstrategie einer dürftigen Notlösung anzusehen sind? Ist der 'alternative' Kaffeeverkauf etwa schon die Krönung einer 'gerechten' Weltwirtschafts- und -handelsordnung?
Um eine Einschätzung soll in verschiedenen Kleingruppen und im Forumsplenum gerungen werden.

Forum Europäische Gemeinschaft (EG)

Eingangs werden in einem brainstorming die Interessen der TeilnehmerInnen gesammelt und versucht, in den weiteren Ablauf zu integrieren.
Um einem grundsätzlichem Informationsinteresse nachzukommen, wird den eigentlichen Fragestellungen ein Info-Block vorangestellt, der drei Bereiche umfasst: Institutionen der EG, Maastricher Beschlüsse und den Stand des Binnenmarktes. Daran werden sich zwei Themenblöcke anschließen:
1. Das Verhältnis der EG zur „Dritten Welt", wobei insbesondere das Lomé-Abkommen als angebliche Alternative zu den herrschenden Weltmarktverhältnissen betrachtet werden soll.
2. Die Rolle der EG in der herrschenden Weltwirtschaftsordnung und ihr Verhältnis zur USA und zu Japan.
Im Anschluß an die beiden Blöcke werden in Diskussionen die eingangs formulierten Interessen der TeilnehmerInnen berücksichtigt.
Abgeschlossen wird das Forum mit einer Debatte über die Stellung des Themas „EG" in der Internationalismusbewegung. Diese soll zunächst in Kleingruppen erfolgen, wo die Relevanz des bisher Gehörten für die jeweilige Gruppenarbeit vor Ort bewertet wird. Danach werden diese Ergebnisse ins Forum getragen und diskutiert, ob sich daraus Forderungen an oder Projekte für die weitere Arbeit formulieren lassen.

Forum Ökologie

Ozonloch, Regenwaldvernichtung, Wüstenbildung, ökologische Katastrophen... Diese Themen sind in aller Munde, sie überfordern uns tagtäglich in ihrer Größe, Unumkehrbarkeit und apokalyptischen Dimension.
Wir können kaum noch reagieren, verfallen in Resignation, suchen die Lösung in alternativem Konsumverhalten oder sehen den Ausweg in der Benutzung von „Ökotechnologie". Dabei gerät der kapitalistische Kontext, in dem die ökologische Krise steht, völlig aus dem Blickfeld.
Wie steht es in unserer hochindustrialisierten Gesellschaft um das Verhältnis von Mensch und Natur?
Welche tieferen ökonomischen und ideologischen Strukturen liegen dem zugrunde? Wie könnte ein anderes Konzept im Umgang mit der Natur aussehen und welcher Weg dorthin ist der erfolgversprechendste?
Diese Fragen sehen wir als zentral an für ein allmähliches Herantasten an utopische Gegenentwürfe. Über sie wollen wir die derzeitige Situation skizzieren und politische Gegenstrategien beleuchten.
Umweltpolitik wird mehr und mehr zum systemerhaltenden Instrument für diejenigen, die einen tiefergehenden Strukturwandel kategorisch ablehnen. Wenn „Überbevölkerung" und Wanderungsbewegungen in die reichen Länder als ökologische Probleme bezeichnet werden, dann wird auf rassistische Art das Umweltthema funktionalisiert.
Auf UNO-Ebene ist mit der UNCED-Konferenz ein großangelegter Prozeß zur globalen Regulierung ökologischer Krisen in Gang gekommen. Nicht-Regierungsorganisationen aus Nord und Süd sind hier eingebunden. Einzelerfolge sind nachweisbar, aber faktisch schreitet die Umweltzerstörung ungebremst fort, solange Monsterkonsum im Norden und Armut im Süden nicht ausreichend thematisiert werden.
Wie können alternative Modelle einer ökologisch und sozial sinnvollen Weltwirtschaftsstruktur aussehen? Muß der Süden auf jedwedes Wachstum verzichten, damit die Erde überlebt? Wo liegen Handlungsspielräume für politische Bewegungen in Nord und Süd? Inwieweit ist Lobbyarbeit oder die Unterstützung von NGOs sinnvoll?
Wie können BUKO-Gruppen gute Umweltarbeit zum Bestandteil ihrer Arbeit machen?
Entlang dieser groben Struktur werden wir im Forum möglichst kontovers diskutieren.

Stärkung des Militärs als stabilisierungspolitischer Erfolg?

Die strukturanpassungspolitische Debatte hat in jüngerer Zeit verstärkt ihr Augenmerk auf die internen politischen Determinanten wirtschaftspolitischer Reformprogramme gerichtet. Dahinter steht nicht nur die Erfahrung, daß strukturell ähnlich konzipierte Stabilisierungs- und Anpassungsprogramme in verschiedenen Ländern höchst unterschiedliche Resultate hervorgebracht haben. Darin reflektiert sich vor allem auch die Tatsache, daß sich häufig die Konflikte von der Programmkonzeption auf die Ebene der Umsetzung verschoben haben. Kam es während der achtziger Jahre in einer zunehmenden Zahl von Ländern der Dritten Welt unter dem Druck externer Verschuldung zur Verabschiedung von Reformprogrammen mit dem IWF und der Weltbank, so zeigte sich bei der Durchführung, daß die Programme nicht immer dem politischen Kräfteverhältnis des jeweiligen Landes Rechnung trugen und einzelne Reformaspekte scheiterten, weil ihr einflußreiche Interessengruppen entgegenstanden.

Am Beispiel des spektakulären Scheiterns der von IWF und Weltbank unterstützten Strukturanpassungspolitik in Liberia während der achtziger Jahre kann exemplarisch gezeigt werden, wie die interne Interessengruppenkonstellation, auch durch Machtkämpfe, die sich auf den ersten Blick jenseits wirtschaftspolitischer Fragestellungen abspielen, die Durchführung eines Reformprogrammes beeinflußt und wie wiederum umgekehrt die wirtschaftliche Dynamik, die mit der Anpassungspolitik freigesetzt wird, das interne Kräfteverhältnis der gesellschaftlichen Interessengruppen verändert.

In den folgenden Überlegungen geht es also nicht um die - notwendige - Auseinandersetzung mit dem ideologischen Gehalt und den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Strukturanpassungspolitik, sondern um das Problem der Nichtberücksichtigung wirtschaftlicher Akteure bei der Planung von Anpassungsprogrammen.

Die Versprechungen der Putschisten

Der Militärputsch in Liberia im April 1980 führte zu einer gesellschaftlich-politischen Neuorganisation. Nachdem die bis dahin herrschende ameriko-liberianische Elite zum Teil blutig ausgeschaltet worden war, stellte sich eine Militärjunta an die Spitze von Staat und Regierung, die sich unter Führung von Samuel Kanyon Doe als "People's Redemption Council" (PRC) konstituierte. Der PRC versprach soziale Reformen, die zu mehr Verteilungsgerechtigkeit führen sollten. Als eine der ersten Maßnahmen wurden dementsprechend die Löhne und Gehälter in der Armee und im öffentlichen Dienst deutlich angehoben.

Politisch entsprachen die Militärs ihren sozialreformerischen Zielen mit der Kooptation der ehemaligen linken Opposition. Bei den wirtschaftlichen Verteilungskämpfen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hatten verschiedene gesellschaftliche Gruppen, die die Opposition zur alten Regierung bildeten - sie reichten von Gewerkschaften über Studenten, kritische Intelligenz, verschiedene Kirchen, städtische Arbeitslose bis hin zu politisierten Segmenten der Kleinbauernschaft -, zunehmend an Einfluß gewonnen und in zwei übergeordneten Gruppierungen gemeinsame Sprachrohre gefunden. Der PRC integrierte diese Gruppen in die neue Regierung, indem einige ihrer Führungspersönlichkeiten an die Spitze wichtiger Ministerien und Behörden gestellt wurden. Die Militärjunta konnte damit praktisch das gesamte auf sozioökonomische Reformen drängende Potential im Land zunächst an sich binden.

Die andere relevante Kraft im Land, die moderne Privatwirtschaft, deren wichtigste Bereiche die extraktive Eisenerz-, Kautschuk- und Holzproduktion waren, reagierte zunächst mit Kapitalflucht und Desinvestitionen, die bereits im politisch turbulenten Vorputschjahr eingesetzt hatten.

Zur Zeit des Putsches befand sich Liberia in einer tiefen wirtschaftlichen Rezession, die in den weltkonjunkturellen Einbrüchen der siebziger Jahre wurzelte. Ein unmittelbarer wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf ergab sich für die neue Regierung vor allem durch hohe staatliche Schuldendienstverpflichtungen gegenüber den ausländischen Gläubigern, durch die Notwendigkeit einer kurzfristigen Verbesserung des Investitionsklimas, um eine weitere Erosion der wirtschaftlichen Basis und der staatlichen Einnahmen zu stoppen sowie durch den erhöhten Finanzierungsbedarf zur Realisierung der geplanten sozio-ökonomischen Reformprogramme. Die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit dem IWF, die bereits zu Vorputschzeiten eingeleitet worden waren, war daher bei allen relevanten Interessengruppen im Land unumstritten, so daß es im Spätsommer 1980 zur Verabschiedung eines Stand-by-Abkommens kam.

Stärkung des Militärs als stabilisierungspolitischer Erfolg

Da es sich bei Liberia um ein Dollarwährungsland mit traditionell liberaler, von nur geringen Außenwirtschaftsrestriktionen beeinträchtigter Wirtschaftsordnung handelt, bildete während der gesamten achtziger Jahre die Konsolidierung des defizitären Staatshaushaltes den Schwerpunkt anpassungspolitischer Maßnahmen. Die Anpas-



"Das Interesse der Junta unter Doe richtete sich in diesen Jahren gänzlich auf den Erhalt der Macht.. ." Diktator Doe kurz nach dem Putsch im April 1980

sungskonflikte in Liberia fanden daher in erster Linie um die Frage der Aufbringung und Verteilung staatlicher Leistungen statt. Zu den wichtigsten Vorgaben des ersten und auch der weiteren Stabilisierungsabkommen mit dem IWF gehörte die Kürzung der staatlichen Lohnsumme. Dieser Punkt entwickelte sich zu einem Konfliktfeld, weil er im Widerspruch zu den elementaren Zielen des Putsches stand. Die frühen Lohnerhöhungen im Staatsdienst hatten Symbolcharakter gehabt, die Arbeiterschaft erhoffte sich hierdurch Verhandlungsspielraum im eigenen Kampf um die Durchsetzung höherer Löhne. Der Konflikt wurde dabei entscheidend von der Tatsache gestaltet, daß von einigen internen Kräften, vor allem aber von dem wichtigsten bilateralen Geldgeber USA die politisch unerfahrenen Militärs dazu gedrängt wurden, den Einfluß der Linken in der Regierung zurückzudrängen. Im Laufe der ersten Jahre kam es denn auch zu einer vollständigen Ausschaltung dieser Kräfte an entscheidungsrelevanten Stellen, was es den Militärs erleichterte, eine Stabilisierungspolitik zu Lasten ihrer ursprünglichen Klientelgruppen auf den Weg zu bringen: die Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst wurden faktisch zurückgenommen und z.B. der Preis für das Grundnahrungsmittel Reis um zwanzig Prozent erhöht. Aufgrund von Haushaltsengpässen kam es ebenfalls, entgegen der Intention der Internationalen Finanzinstitutionen, zu erheblichen Kürzungen im Entwicklungsetat. Widerstand gegen diese Austeritätspolitik, die sich analog zum Machtverlust der Linken in der Regierung zunehmend in Form von Streiks und Demonstrationen öffentlich äußerte, begegnete die Militärjunta mit erhöhter Repression. Dies fiel ihr umso leichter, als die USA das politische Wohlverhalten der Regierung Doe nicht nur mit einer Erhöhung der Wirtschaftshilfe generell, sondern vor allem auch mit einer Vervielfachung der Militärhilfe belohnten, wodurch die korporatistischen Interessen des Militärs, der zentralen Stütze der Junta, von den Interessen der anderen reformorientierten Gruppen abgekoppelt wurden.

Die ersten stabilisierungspolitischen "Erfolge" der Regierung Doe können also durch eine extern unterstützte Ausschaltung institutionellen Widerstandes gegen eine sozial unausgewogene Sparpolitik erklärt werden. Konsequenz war die Verlagerung des Widerstandes auf die Ebene spontanen politisch-sozialen Protestes und die Etablierung einer Militärdiktatur.

Does Vorbereitung auf den 'Wahlsieg' verschlingt Millionen

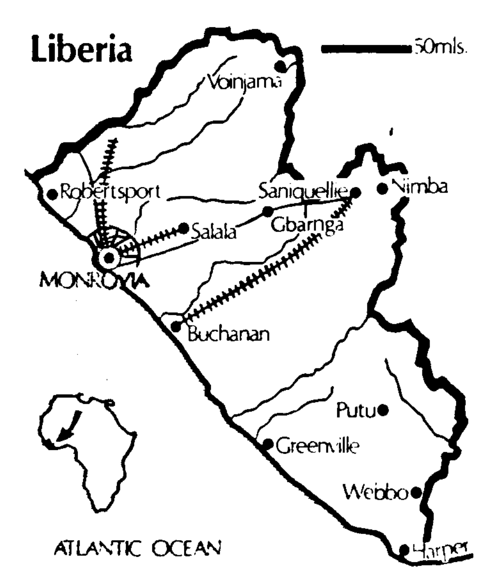
Wenn die ersten Jahre der Doe-Herrschaft in Liberia durchaus im Rahmen der Diskussion um sogenannte "Anpassungsdiktaturen" behandelt werden können, so zeigen die Folgejahre, daß die Kosten zur Aufrechterhaltung der Diktatur unter spezifischen Umständen anpassungspolitischen Zielen zuwiderlaufen.

Die Finanzkrise des Staates und die öffentliche Schuldenkrise konnten auch während der ersten Jahre durch die Austeritätspolitik nicht behoben, sondern bestenfalls mühsam gemanagt werden. Weitere notwendige Stabilisierungsprogramme mit den internationalen Finanzorganisationen gerieten im folgenden dann aber mit einer innenpolitischen Entwicklung in Konflikt, die von den ausländischen Gläubigern entscheidend vorangetrieben wurde: mit der sogenannten Demokratisierung in Gestalt von Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahre 1985.

Das Interesse der Junta unter Doe richtete sich in diesen Jahren gänzlich auf den Erhalt der Macht, d.h. konkret auf die Manipulation und Pervertierung des Wahlprozesses zugunsten der Partei NDPL, in der sich die neue militärische Elite formiert hatte. Wichtigste Mittel waren hierbei zum einen erhöhte Repression gegen Oppositionelle sowie die Überlagerung aller öffentlichen Bereiche mit einem Netz klientelistischer, ethnisch dominierter Beziehungen. Die Kosten des Machterhaltes Does waren enorm: Militär und Sicherheitsdienste wurden vergrößert; der öffentliche Dienst blähte sich auf, anstatt zu schrumpfen; der parastaatliche Sektor, dessen substantielle Reduktion eigentlich auf der anpassungspolitischen Tagesordnung stand, wurde als Reservoir attraktiver Versorgungsposten entdeckt. Ergebnis war ein gewaltiger Anstieg des Haushaltsdefizits, das weitgehende wirtschaftliche und schuldenpolitische Verwerfungen mit sich brachte, insbesondere interne Zahlungsrückstände gegenüber Auftragnehmern des Staates und staatlichen Angestellten, Liquiditätsengpässe in der privaten Wirtschaft als Folge interner Verschuldung beim Bankensystem und erheblich ansteigende externe Schuldendienstrückstände, da Devisenbestände zur Begleichung politisch opportuner interner Verpflichtungen verwendet wurden. Nachdem er bereits seit 1983 keine materielle Unterstützung mehr gewährt hatte, erklärte der IWF Liberia aufgrund von Zah-



Strukturanpassung durch externe Hilfe. Doe und sein bester Freund



Der Weg einer wirtschaftlichen Anpassung ... Vom spekulativen Casino-Kapitalismus in den achtziger Jahren zum exzesshaften Bürgerkrieg in den neunziger Jahren, der das Land seit 1989 spaltet

lungsrückständen im Januar 1986 offiziell für zahlungsunfähig, was ein Versiegen fast aller externen (mit Ausnahme der US-amerikanischen) Kreditquellen mit sich brachte.

Verlierer bei diesen machtpolitisch verursachten wirtschaftlichen Verwerfungen waren nicht nur breite Teile der städtischen und ländlichen Bevölkerung, die den Niedergang öffentlicher Dienstleistungen, den faktischen Stillstand der meisten Entwicklungsprojekte oder monatelange Zahlungsrückstände bei Gehältern und Aufkäufen von Agrarprodukten zu tragen hatten, sondern ebenfalls viele traditionelle Investoren vor allem in den Bereichen Banken, Handel und verarbeitender Industrie, deren wirtschaftliche Bedingungen sich durch die Liquiditätskrise sowie durch Korruption und Mißmanagement der öffentlichen Hand verschlechtert hatten.

1986 stand an der Spitze Liberias eine machthungrige, durch Wahlbetrug in einen zivilen Mantel gekleidete Militärelite unter Samuel Doe, gestützt auf hochbewaffnete Militäreinheiten und eine willfährige Bürokratie, die durch die Möglichkeiten der Rentenabschöpfung in einer von Willkür und Gesetzlosigkeit bestimmten gesellschaftlichen Ordnung befriedigt wurde. Bis auf die USA hatten sich alle traditionellen Gläubiger von Liberia distanziert, viele traditionelle Investoren traten den Rückzug an. Oppositionelle Gruppen waren spätestens nach der blutigen Niederschlagung eines Putschversuches Ende 1985 aufgerieben. Wo sich Opposition durch legale Parteien artikulierte, war sie zur Einflußlosigkeit verdammt.

Does neue Geschäftspartner

Die ökonomische Desorganisation und die Verringerung offizieller Kreditzuflüsse schufen aber ein wirtschaftliches Klima, das den Nährboden für die Entstehung einer neuen Interessengruppe bildete, die neben dem Militär zur entscheidenden Stütze der Regierung Doe während der Jahre vor dem Bürgerkrieg 1990 wurde.

Bereits 1982 hatte die Regierung zur Überbrückung von Liquiditätsproblemen liberianische Fünf-Dollar-Münzen in die Zirkulation gebracht. Ab Mitte der achtziger Jahre gewann dieses Finanzierungsinstrument des Staates erheblich an Bedeutung, so daß es zu einer faktischen Abkopplung der liberianischen Währung vom US-Dollar (offizieller Kurs 1:1), zur Genese eines Devisenschwarzmarktes und zur offiziellen Devisenbewirtschaftung kam. Die Rentenmöglichkeiten, die sich unter den Bedingungen korrupter wirtschaftspolitischer Regulation aus dieser Situation ergaben, zogen neues Investitionskapital nach Liberia.

Windige Geschäftemacher aus aller Welt, deren Kapital nach allgemeiner Einschätzung auch aus dem internationalen Drogenhandel stammte, nutzten ihre Chance, auf dem liberianischen Dollarmarkt Geld zu waschen, Spekulationsgewinne aus Devisen- und Immobiliengeschäften zu realisieren oder sich mit Bestechung profitable Konzessionen für die Rohstoffausbeutung zu Vorzugsbedingungen oder auch staatliche Bauaufträge zu sichern.

Liberia erlebte dadurch einen neuerlichen Wirtschaftsaufschwung, der in Großbauprojekten und Investitionen in neue Banken, Kautschuk- und Holzkonzessionen sichtbar wurde. Ende der achtziger Jahre war der Markt wieder versorgt mit US-Dollars. Die Elite, in einigen Fällen sogar nachweisbarer Geschäftspartner dieser Investoren, konnte durch die neue Allianz nicht nur ihr kleptokratisches Potential ausbauen, sondern wurde gleichsam auch immunisiert gegen anpassungspolitische Interventionen von außen, da sie nicht mehr auf Ressourcenzuflüsse im Rahmen des offiziellen internationalen Finanzsystems angewiesen war.

Verlierer dieses chaotischen, ungeplanten Anpassungsprozesses während der letzten Jahre der liberianischen Militärdiktatur waren praktisch alle Gruppen im Land, die nicht über die entscheidende Voraussetzung gesellschaftlicher Interessendurchsetzung in dieser Zeit verfügten: den direkten Zugang zur Elite oder zur Bürokratie, der vor allem mit Bestechung oder Beteiligungen an lukrativen Geschäftspraktiken erkauft werden konnte.

Die Hoffnungslosigkeit breiter Bevölkerungsteile in dieser Zeit, der Aneignung der nationalen Ressourcen durch die Elite um Doe und ihrer Geschäftspartner auf legalem Wege zu begegnen, mag auch eine Erklärung sein für die brutalen, haßerfüllten und genozidartigen Gewaltexzesse, die den Ende 1989 ausgebrochenen Bürgerkrieg kennzeichneten.

Das Beispiel Liberia während der achtziger Jahre kann insgesamt Hinweise darauf geben, in welchem Maße der Weg einer wirtschaftlichen Anpassung von den Interessen und dem Potential der Interessendurchsetzung relevanter Gruppen im Land determiniert wird.

Jutta Franz



"Verlierer bei diesen machtpolitisch verursachten wirtschaftlichen Verwerfungen waren nicht nur breite Teile der städtischen und ländlichen Bevölkerung ...." Demonstration der Bevölkerung gegen den Krieg

Eine Alternative für Afrika?

Das Konzept der 'Economic Commission for Africa'

Vorsicht ist geboten, wenn in den Metropolen die Lösungskonzepte für die krisengeschüttelten Länder Afrikas aus der Tasche gezogen werden - ob sie nun Treuhänderschaft oder mehr Demokratie oder mehr wirtschaftlichen Liberalismus versprechen. Ein Blick hinter die Kulissen eines jeden Landes, einer Region, einer Regierung, einzelner Sektoren etc. zeigt, daß die Lage zumeist wesentlich komplexer ist, als globale Lösungsansätze vorgeben. Im folgenden soll der von der Economic Commission for Africa (ECA) erarbeitete Afrikanische Alternative Rahmen zu den Strukturanpassungsprogrammen (AAF-SAP) unter die Lupe genommen werden. Worin unterscheidet er sich von den orthodoxen Strukturanpassungsprogrammen?

Afrikanische Staaten haben vorzugsweise importsubstituierende Strategien verfolgt. Die Economic Commission for Africa (ECA)[1] und die Organization for African Unity (OAU) favorisieren Importsubstitution auf regionaler (afrikanischer) Ebene, um die Beschränkungen der Märkte zu überwinden. Die verbreitete Ablehnung der Weltmarktorientierung beruht auf einer pessimistischen Einschätzung der Chancen der afrikanischen Exportgüter auf dem Weltmarkt sowie der Annahme, daß Weltmarkteinbindung für afrikanische (d.h.in der Regel schwächere) Marktteilnehmer nachteilige Auswirkungen hätte.

Heute ist unbestritten, daß die Importsubstitutionsstrategien in Afrika wegen zu kleiner Märkte und der hohen Importabhängigkeit der überwiegend Konsumgüter produzierenden importsubstituierenden Betriebe



Kein Weg führt an der Exportdiversifizierung vorbei. Hier: Erdnußpyramiden in Kano(Nigeria)

mehr oder weniger gescheitert sind. Eine Chance hat die importsubstituierende Strategie in Afrika nur, wenn eine regionale Integration erfolgt. Hier stellt sich die Frage, ob dies eine realistische Strategie ist angesichts der vorwiegend politischen Probleme.

Die klassische Exportstrategie ist für Afrika kaum ein gangbarer Weg. Durch den Druck der Strukturanpassungsprogramme (SAP) wird das Angebot der klassischen Exportprodukte weiter steigen - mit der Folge, daß die Preise weiter sinken. Zudem treten die hochverschuldeten asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländer zunehmend als überlegene Konkurrenten bei diesen Produkten auf. Der bloße Hinweis darauf, daß Afrika große Anteile des Weltmarktes verloren habe und diese daher zurückgewinnen müsse, geht an der Wirklichkeit vorbei.

Kein Weg führt an der Exportdiversifizierung vorbei. Hier gibt es immerhin einige Nischen im Primärgüterbereich (z.B. Obst, Gemüse, Fisch, Viehprodukte). Aber auch industrielle Exporte werden inzwischen als chancenreich angesehen, und zwar bei arbeitsintensiven Gütern, deren Produktion wenig qualifizierte Arbeitskräfte benötigt. Hier scheint es auch bereits einige Erfolgsfälle zu geben: Mauritius (Textilindustrie), Tansania, Madagaskar, Sambia. Die Hinweise auf niedrige Löhne müssen allerdings mit Vorsicht genossen werden, da sie in den meisten Fällen mit einer niedrigen Produktivität einhergehen. Inzwischen wird von einigen Autoren sogar die These vertreten, daß Afrika wegen niedriger Produktivität eine "teure" Produktionsregion sei.

Strukturanpassung ist unverzichtbar, aber es gibt nicht nur einen Weg

An Alternativen zu den orthodoxen Strukturanpassungsprogrammen, die als gescheitert gelten, mangelt es nicht: Zu erwähnen sind der Bericht der Nord-Süd-Kommission (Brandt-Bericht), der "Brundtland-Bericht", die UNICEF-Studie "Anpassung mit menschlichem Gesicht", und last not least - mit Bezug auf den afrikanischen Kontext - die Gegenentwürfe der afrikanischen Organisationen, der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) und der Afrikanischen Entwicklungsbank (ADB). Am



Strukturanpassung: Staatsbedienstete warten auf die Auszahlung ihrer Gehälter

bedeutendsten sind der "Lagos-Plan"[2] von 1980 und der darauf aufbauende, jedoch viel detaillierter argumentierende "Afrikanische Alternativ-Rahmen zu den Strukturanpassungsprogrammen für sozio-ökonomische Erholung und Umgestaltung" der ECA (AAF-SAP) von 1989.[3]

Dieser afrikanische Entwurf verdient größere Aufmerksamkeit, als ihm bisher zuteil wurde, gerade weil als ein Hauptdefizit der orthodoxen Programme die Tatsache ausgemacht werden kann, daß sie den afrikanischen Regierungen mehr oder weniger aufgezwungen wurden und daher von afrikanischer Seite nicht als eigene Programme identifiziert wurden - ganz abgesehen von ihrer mangelnden Angepaßtheit.

Hier sollen die wesentlichen Elemente des AAF-SAP dargestellt und im Vergleich mit den orthodoxen Strukturanpassungsprogrammen kritisch bewertet werden. Ein solcher Vergleich ist allerdings nur bedingt möglich: Beim AAF-SAP handelt es sich nicht um ein konkretes Programm, sondern lediglich um einen Rahmen, der dann länderspezifisch ausgefüllt werden muß. Auch aus einem zweiten Grund hat der Alternativrahmen nicht die Chance der Bewährung durch die Probe aufs Exempel: hinter ihm steht nicht die Sanktionsgewalt der Weltbank. Es handelt sich um ein politisches Dokument.

Ausgangspunkt der Alternative sind die Strukturdefizite der afrikanischen Ökonomie: die schwache Produktionsbasis (niedrige Produktivität der Landwirtschaft, kaum vorhandene und gering diversifizierte Industrie mit nicht-angepaßter Technologie); ein vernachlässigter informeller Sektor (z.B. durch mangelhafte Zugangsmöglichkeiten zu Krediten und industriellen Vorprodukten oder die Behinderung bei der Vergabe von Stellplätzen), allgemeine Bevorzugung der Städte ("urban bias"); Fragmentierung der Ökonomie durch die Konzentration auf sog. 'Entwicklungsinseln'; Offenheit (keine protektionistischen Maßnahmen z.B. gegenüber billigen Nahrungsmittelimporten aus OECD-Ländern) und extreme Abhängigkeit der Ökonomien (u.a. von externen Produktionsfaktoren); schwache institutionelle Kapazitäten (Fehlen wichtiger Institutionen wie Beratungs- und Ausbildungszentren sowie ständischer Vereinigungen bzw. niedrige Leistungsfähigkeit der bestehenden Institutionen).

Daneben werden auch - zum Teil sehr vorsichtig - soziale und politische Faktoren (ein 'Mangel an Demokratie', der die Mobilisierung und Verantwortlichkeit als Voraussetzungen von Entwicklung behinderte) genannt sowie "nicht-optimales Management der nationalen Ökonomien".

Darauf aufbauend werden die orthodoxen Strukturanpassungsprogramme (generelle Abwertung und Kreditbegrenzung, doktrinäre Privatisierung, totale Importliberalisierung etc.) einer fundamentalen Kritik unterzogen. Diesem Programm setzt der Alternative Rahmenplan für Afrika ein umfassendes Paket von fast 30 Maßnahmen entgegen

Stärken und Schwächen des AAF-SAP

Um den AAF-SAP zu bewerten[4], müssen folgende Fragen beantwortet werden: Wodurch unterscheidet sich das Programm von den orthodoxen Strukturanpassungsprogrammen? Wie reflektiert es die Erfahrungen mit vorangegangenen Programmen wie dem Lagos-Plan? Wie sind seine Realisierungschancen?

Die Bewertung läßt sich in folgenden Punkten zusammenfassen: 1) Eine besondere Stärke des Programms ist der Ausgangspunkt: die strukturellen Defizite der afrikanischen Ökonomien. In den orthodoxen Programmen werden diese vernachlässigt, indem das Gewicht vorrangig auf "Politikfehler" der afrikanischen Regierungen und in zweiter Hinsicht auf negative Entwicklungen des Weltmarktes wie fallende terms of trade, Protektionismus in den Industrieländern und mangelnden Kapitalzufluß gelegt wird.

2) Die internen, politikbedingten Gründe für das Negativwachstum der meisten Indikatoren in der vergangenen Dekade werden jedoch weitgehend ausgeblendet, obwohl sie oft das Scheitern der Entwicklung mitverursacht haben. Um die Frage, warum die kolonialen Strukturen sich in immerhin drei Dekaden in den meisten Ländern nur unwesentlich verändert haben, mogelt man sich so herum. In dieser Hinsicht liefert der Alternativrahmen ein ähnlich verzerrtes Bild wie die orthodoxen Programme.

3) Obwohl die Kritik an den orthodoxen Strukturanpassungsprogrammen im großen und ganzen zutrifft, wird letztlich doch der Eindruck erweckt, als seien in erster Linie die Strukturanpassungsprogramme für die Krise verantwortlich und nicht die vorhergehenden schweren Krisen, die überhaupt zu der Notwendigkeit der Strukturanpassungsprogramme führten. Dadurch werden Illusionen über den Spielraum für Alternativen aufgebaut. Angesichts der in vielen Fällen dramatischen Verschuldung und Budgetdefizite führt oft kein Weg an drastischen Einsparungen vorbei. Ebensowenig ist Exportförderung vermeidbar, selbst angesichts einheimischer Armut. Von keinem Programm können realistisch kurzfristige Steigerungen des Lebensstandards erwartet werden. In jedem SAP ist das "Nachfragemanagement", d.h. die Konsumeinschränkung, zentral. Eine entscheidende Frage ist, wie diese Kosten der Anpassung verteilt werden. Die Tatsache, daß die Strukturanpassungsprogramme in erster Linie zu Lasten

der Armen und schon immer Benachteiligten gehen, ist aber nicht in den Strukturanpassungsprogrammen begründet, sondern in den konkreten Machtverhältnissen in den jeweiligen Ländern. Es kann nur graduelle Unterschiede in Programmansätzen geben, keine grundsätzlichen, wie es der AAF-SAP erweckt.

4) Der AAF-SAP setzt stark auf staatliche Planung, dies ist auch ein Hauptunterschied zu den orthodoxen Strukturanpassungsprogrammen. Es ist zwar richtig, daß erfolgreiche Entwicklung nicht ohne eine effiziente Steuerung durch den Staat bewerkstelligt werden kann. Einige dirigistische Maßnahmen, die in der Alternative vorgeschlagen werden, haben sich jedoch nicht bewährt. Dazu gehören z.B. subventionierte Kredite (das Problem für Kleinproduzenten ist nicht der Preis von, sondern der Zugang zu Krediten) und gespaltene Wechselkursraten. Es scheint auch zweifelhaft, daß es solchen Maßnahmen gelingen kann, den "Luxuskonsum" einzudämmen.

5) Genauso wie die orthodoxen Strukturanpassungsprogramme ist der Alternativrahmen durch eine technische Herangehensweise an politische Probleme und ein mechanistisches Verständnis - beispielsweise des Zusammenhanges zwischen Demokratie und Entwicklung - gekennzeichnet. Die internen Machtverhältnisse werden ausgeblendet.

6) Die Tatsache, daß Diktatoren Afrikas genauso ihre Unterschrift unter das Dokument gesetzt haben wie demokratisch legimitierte Regierungen, wirft die Frage nach der Ernsthaftigkeit des Dokumentes auf.

Trotz der aufgezählten Schwachpunkte ist die Initiative der ECA aus folgenden Gründen begrüßenswert. Auch wenn das Programm in gewisser Weise "in der Luft hängt", weil unklar bleibt, wie seine Ziele umgesetzt werden können, so werden doch immerhin auf ökonomischer Ebene die Maßnahmen benannt, die nach dem jetzigen Stand der Kenntnis zu einer nachhaltigen und sozial verträglichen Entwicklung führen können. Verglichen mit dem "Lagos-Plan" ist damit die Diskussion der "afrikanischen Alternativen" einen wichtigen Schritt weiter gekommen. Die tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen, die für eine solche Entwicklung notwendig sind, können nur durch einen internen Prozeß von Interessenartikulation und - auseinandersetzung erreicht werden, nicht durch externe Konditionalität, wie es die orthodoxen Strukturanpassungsprogramme beabsichtigen. In diesem Prozeß kann der AAF-SAP von den gesellschaftlichen Gruppen, die für Veränderungen in diesem Sinn eintreten, als Argumentationshilfe benutzt werden.

Obwohl sich das Konzept eigentlich an die externen "Partner" Afrikas richtet mit dem Versuch, durch ein überzeugendes Reformprogramm neue Gelder loszueisen, könnte seine tatsächliche Bedeutung eher in einer Unterstützung der Kräfte einer progressiven Koalition (Gewerkschaften, NGOs, Öko-Gruppen, Kleinbetriebe usw.) in den Ländern Afrikas liegen, die für Veränderung eintreten.

Regionale Kooperation als ein Ausweg aus der Sackgasse?

Nur einen geringen Teil des afrikanischen Außenhandels wickeln die Länder untereinander ab. Exporte und Importe zwischen den afrikanischen Ländern machen nur ca. 6% des gesamten Handels aus, während die Handelsausrichtung auf Europa von zentraler Bedeutung ist. Trotz immer wieder neuer Anstrengungen (wie in der FCFA-Zone, ECOWAS, SADCC etc.)[5] hat sich der intra- afrikanische Handel nicht wesentlich erhöht.

Eine Reihe von Gründen sind für den geringen Grad der Austauschbeziehungen verantwortlich.

1) Zumeist produzieren die Länder sehr ähnliche Produkte, die auf dem Weltmarkt angeboten werden. Die Industrieländer setzen bewußt an dem so entstehenden Wettbewerb an, um die Produzenten gegeneinander auszuspielen.

2) In den meisten Ländern fehlt eine Produktionsstruktur, um Handelsmöglichkeiten ausnutzen zu können: Beispielsweise wird Kupfer in Sambia produziert und nach Europa transportiert. Die dort verarbeiteten Kupferprodukte werden dann wiederum nach Afrika exportiert. In Afrika gibt es diese Produktion auch, aber sie ist im Verhältnis zu den Industrieländern nur geringfügig entwickelt. Zu nennen wären beispielsweise die Verarbeitung von Rohöl in Ölraffinerien, Möbelproduktion, Kaffee- und Kakaoverarbeitung, Herstellung von Aluminiumprodukten.

3) Informationen über Marktchancen in den anderen afrikanischen Ländern fehlen.

4) Es gibt tarifäre und nicht-tarifäre Handelsbarrieren (z.B. existieren verschiedene technische Normen und Standards oder unterschiedliche Gesundheitsvorschriften), die einen Austausch z.T. verhindern.

5) Die Transportmittel und Verkehrsverbindungen sind unzureichend.

6) Es fehlt an Mitteln zur Finanzierung des Exports in Nachbarländer.

7) Die Liberalisierungs- und Integrationspolitik ist unzureichend (beispielsweise existiert außer in der FCFA-Zone keine Konvertibilität der Währung, gemeinsame Institutionen besitzen gegenüber den nationalen kaum Kompetenzen und die Infrastruktur ist mangelhaft. So kommen Telefonverbindungen oft nur über Satellit oder Zentralen in Paris oder London zustande).

Allerdings werden nicht unerhebliche Gütermengen von einem Land ins andere geschmuggelt. Hier handelt es sich zumeist um Produkte aus Drittländern, die aufgrund unterschiedlicher Zollsätze/Gebühren entsprechend unterschiedlich teuer sind. Der offizielle intra-afrikanische Handel könnte sich nahezu verdoppeln (von US$ 6 Milliarden auf 11 Milliarden), denn in Afrika werden eine Reihe von Gütern produziert, die in die Industrieländer exportiert werden und ebenso gut einen afrikanischen Markt finden könnten. Der intra-afrikanische Handel ist wesentlich größer als die offiziell ausgewiesenen Daten zeigen. Der grenzüberschreitende 'informelle Handel' spielt eine wesentliche Rolle in der Versorgung und trägt zur Verstärkung des Wettbewerbs und damit zu niedrigen Preisen bei.

Die Bemühungen um regionale Integration verdienen Unterstützung, sie sind ein Beitrag zu mehr Self-Reliance. Die Grenzen der regionalen Integration sind ebenfalls deutlich. Es geht bei der Beurteilung von regionalen Integrationen nicht darum, ob sie ein Modell für Abkoppelung sind, sondern es geht darum, sie als eine Möglichkeit der Entwicklung zu begreifen, und damit auch die Handlungsspielräume für Exporte in die OECD-Länder zu verbessern.

Dirk Hansohm / Robert Kappel[6]

Anmerkungen:

1) In der ECA sind alle afrikanischen UN-Mitgliedstaaten vertreten, also nicht Südafrika und nicht die Westsahara. Der ANC besitzt einen Beobachterstatus.

2) Der sog. 'Lagos Plan of Action' macht neben dem kolonialen Erbe in erster Linie externe Ursachen, nämlich fallende Terms of Trade, beschränkten Zugang zu den Märkten der westlichen Industrieländer und negativen Kapitaltransfer für die Krise verantwortlich und leitet daraus die Forderung nach einer Reform der Außenhandelsbeziehungen und verstärkter Entwicklungshilfe als zentrale Lösungen ab. Die angestrebten Ziele stehen ganz im Zeichen einer 'collective self-reliance'.

3) Für eine deutsche Kurzfassung siehe den Informationsbrief-Sonderdienst Weltwirtschaft & Entwicklung, 11/92.

4) Für den Kontext der afrikanischen Alternativen siehe Dirk Hansohm/Robert Kappel: Afrika - ein Abschreibungsprojekt?, in: Peripherie, Nr. 45, April 1992, S. 7-31

5) FCFA-Zone: Gesamtheit der Währungsgebiete, die mit dem französischen Franc durch Einzelverträge verbunden sind (Franc Communauté Financiere Africaine); ECOWAS: 1975 auf Initiative von Togo und Nigeria in Lagos gegründete Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (Economic Community of West African States); SADCC: 1979 in Arusha gebildetes regionales Kooperationsvorhaben im südlichen Afrika (Southern Africa Development Coordination Conference).

6) Von beiden Autoren werden in den nächsten Monaten sog. 'Afrikadiskussionspapiere' erarbeitet und veröffentlicht. Das erste ist bereits im Februar 1993 erschienen. Herausgeber ist die 'Afrika Studiengruppe an der Uni Bremen'.

Nuevo Cepalismo

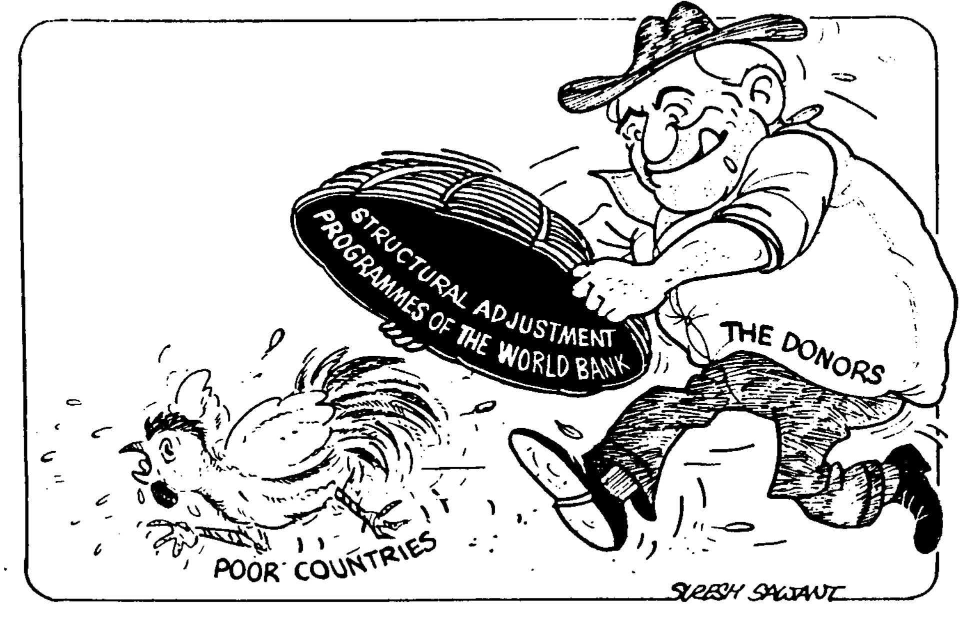
Eine Alternative zur Dominanz neoliberaler Programme in Lateinamerika

Mit der Veröffentlichung eines Strategiepapiers "Changing Production Patterns with Social Equity" im Frühjahr 1990 hat die CEPAL [1] vierzig Jahre nach der Formulierung der Importsubstitutionsstrategie (ISI) eine neue Debatte über Entwicklungsstrategien in Lateinamerika eröffnet. Dieses Dokument folgt auf die (verlorene) Dekade der 80er Jahre, die geprägt war von Verschuldungskrise, Scheitern des bisherigen Entwicklungsmodells, vom Verlust der Weltmarktposition und somit der Gefahr einer zunehmenden Peripherisierung der Region. Die Originalität des neuen CEPAL-Konzepts liegt darin, daß es eine Alternative zur Dominanz neoliberaler Strukturanpassungsprogramme (SAP) in der Region anbietet und gleichzeitig alte CEPAL-Positionen einer grundlegenden Revision unterzieht.

Die Verdrängung der alten CEPAL-Strategie der Importsubstitution in den 70er Jahren, die die Wirtschaftspolitik Lateinamerikas der Nachkriegszeit nachhaltig geprägt hat, geht auf mehrere Faktoren zurück. Erstens erfuhr Lateinamerika die Wiederkehr jenes Übels, das die Strukturalisten der CEPAL aus ihrem Modell verdrängt hatten, nämlich der Inflation, die einfach als Preis für den Wachstumsprozeß hingenommen wurde. Als aber die Inflation immer virulenter wurde, ohne von einem kontinuierlichen Wachstumsprozeß begleitet zu sein, gerieten die Strukturalisten in Erklärungsnot und hatten kein Rezept zur Überwindung der Stagnation anzubieten. Zweitens war die Strategie der einseitigen Importsubstitution bei Diskriminierung des Exportsektors an ihre Grenzen gestoßen, u.a. weil diese Strategie die Importabhängigkeit von Kapitalgütern und Zwischenprodukten verstärkte, die nicht mit Exporteinnahmen sondern nur um den Preis zunehmender externer Verschuldung bezahlt werden konnten. Andere Gründe für die Krise des Importsubstitutionsmodells waren die extrem ungleiche Einkommensverteilung, die der Entstehung einer breiten Binnennachfrage im Wege stand, und die Herausbildung von monopolistisch geprägten Wachstumspolen, die das Grundproblem der "strukturellen Heterogenität" Lateinamerikas weiter verschärfte.

Von der Krise der alten CEPAL-Strategie und des Neostrukturalismus zum Nuevo Cepalismo

Der neue CEPAL-Ansatz - Nuevo Cepalismo - kritisiert an dem alten CEPAL-Modell vor allem seine einseitige Konzentration auf den Binnenmarkt und analysiert die Folgen dieser Strategie für Lateinamerika. Für den Nuevo Cepalismo ist die Diskriminierung des Exportsektors dafür verantwortlich, daß Lateinamerika den Anschluß an den Weltmarkt verpaßt hat und seine Bedeutung im Welthandel durch den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit geschrumpft ist, während die ostasiatischen Länder durch ihre Strategie der systematischen Eroberung von Exportmärkten größere Weltmarktanteile für sich gewinnen konnten. Der Nuevo Cepalismo, so der Ökonom Fajnzylber, der für die jetzige Strategiediskussion in Lateinamerika die gleiche Vordenkerrolle gespielt hat wie Raul Prebisch für das alte CEPAL-Konzept der 50er Jahre, zielt auf eine Abwendung von den sogenannten falschen Dilemmata, die die entwicklungstheoretische und entwicklungspolitische Diskussion in Lateinamerika seit Jahrzehnten geprägt haben, wie z.B. die Dichotomie zwischen Binnenmarkt und Exportsektor, Staat und Markt, zwischen Agrarsektor und Industrie. Das dogmatische Beharren auf einer Überwindung dieser falschen Dichotomien durch eine einseitige Industrialisierungsstrategie ließ die Region unvorbereitet für die Herausforderungen der 80er und 90er Jahre. Aufgrund ihrer passiven Integration in den Weltmarkt sind die lateinamerikanischen Ökonomien durch eine technologische Schwäche und ein niedriges Produktivitätsniveau gekennzeichnet. Das bisherige Entwicklungsmodell basiert auf der grundsätzlichen Asymmetrie zwischen einer Importstruktur, die derjenigen der Industrieländer ähnelt, während die Exporte ein niedriges Technologieniveau





Einer der Schwachpunkte neostrukturalistischer Programme sind ihre negativen Verteilungseffekte...

aufweisen.

Auch die Wiederbelebung des Strukturalismus in der zweiten Hälfte der 80er Jahre durch den Neostrukturalismus vermochte keine ernstzunehmende entwicklungsstrategische Alternative für Lateinamerika zu entwickeln. Der Strukturalismus kam Mitte der 80er Jahre mit dem Demokratisierungsprozeß in Argentinien und vor allem in Brasilien zum Zuge, als einige seiner Vertreter in die Regierungen Alfonsin und Sarney gelangten und deren Stabilisierungsprogramme maßgeblich prägten.

Die Kritik der Neostrukturalisten richtet sich gegen die rezessiven Wirkungen der Strukturanpassungsprogramme des IWF und der Weltbank und ihre Unfähigkeit, das Inflationsproblem zu lösen. Die Argumentation der in der Literatur als heterodox bezeichneten Stabilisierungsprogramme läßt sich in einigen Kritikpunkten resümieren :

- Durch seine monetaristische Orientierung verkennt der IWF, daß die Inflation in Lateinamerika aus Verteilungskämpfen resultiert, die die sozialen Gruppen sich liefern, um ihren Anteil am Volkseinkommen zu verteidigen. Je länger diese Kämpfe ausgetragen werden, umso mehr verselbständigt sich die Inflation, die sich somit nicht mit den üblichen monetaristischen Maßnahmen beseitigen läßt.

- Die einseitige Konzentration der Stabilisierungsprogramme auf die Dämpfung der Nachfrage, ohne auf eine Erhöhung des Angebots zu zielen, führt zur Rezession. Diese läßt sich nur bekämpfen, wenn der Staat neben der notwendigen Liberalisierung der Ökonomie eine aktive Industriepolitik betreibt.

- Es besteht bei der Lösung des Verschuldungsproblems eine Asymmetrie zwischen den Entwicklungsländern, die die Anpassungslast voll tragen, und den Industrieländern, die die Früchte dieser Anpassung genießen, ohne einen Beitrag zur Reform des Weltfinanzsystems zu leisten. Indem IWF und Weltbank den Entwicklungsländern Austeritätspolitiken auferlegen, tragen sie außerdem zur Weltrezession bei und nicht zur Dynamisierung des Weltmarktes.

Obwohl der Nuevo Cepalismo die neostrukturalistische Kritik an den neoliberalen Strukturanpassungsprogrammen voll und ganz teilt, grenzt er sich in mehreren Punkten vom Neostrukturalismus ab, auch wenn diese Abgrenzung in den Strategiepapieren nicht explizit formuliert wird. Einer der Schwachpunkte von neostrukturalistischen Programmen sind ihre negativen Verteilungseffekte, die den von den neoliberalen Programmen verursachten Verarmungsprozeß großer Teile der Bevölkerung nicht haben aufhalten können. Außerdem beschränkte sich der Neostrukturalismus zu sehr auf die Lösung kurzfristiger Ungleichgewichte, während die Notwendigkeit einer langfristig orientierten Strukturpolitik vernachlässigt wurde. Die Erlangung höherer Kompetenz bei der Behandlung von Stabilitätsfragen wurde mit einem Verlust an entwicklungsstrategischer Weitsicht erkauft, was den Neostrukturalismus zu einem "Krisenvermeidungskonzept" degradiert. Gerade hier setzt die implizite Kritik des Nuevo Cepalismo am Neostrukturalismus an.

Nuevo Cepalismo : Alternative zum SAP ?

Trotz der scharfen Abgrenzung des Nuevo Cepalismo zum Altstrukturalismus und zum Neostrukturalismus gilt seine systematische Kritik viel mehr dem Neoliberalismus bzw. dem Strukturanpassungskonzept von IWF und Weltbank, das spätestens seit dem Ausbruch der Verschuldungskrise 1982 die Wirtschaftspolitik in Lateinamerika dominiert. Der Nuevo Cepalismo kritisiert an diesen Strukturanpassungsprogrammen die Tatsache, daß sie den lateinamerikanischen Ländern eine Weltmarktintegration auferlegen, die keine Überwindung der Strukturkrise ihrer Ökonomien ermöglicht, sondern diese perpetuiert. Diese Programme heben vor allem die komparativen Vorteile geringer Arbeitskosten Lateinamerikas hervor und legen die Region auf arbeitsintensive Technologien fest. Der einsetzende Verarmungsprozeß Lateinamerikas in den 80er Jahren, während die Region einen immer größeren Teil ihrer Exporteinnahmen zur Schuldenrückzahlung verwendete, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß die orthodoxen Strukturanpassungen in eine ökonomische Sackgasse führen und die Wiedererlangung der Kreditwürdigkeit nicht ausreicht, um einen dynamischen Entwicklungsprozeß in Gang zu setzen.

Der Nuevo Cepalismo rekurriert auf die Erfolgsgeschichten der ostasiatischen und kleinen europäischen Länder wie Holland und die skandinavischen Staaten, die den vom Weltmarkt ausgehenden Peripherisierungsdruck erfolgreich abgewehrt haben, und konfrontiert sie mit dem neoliberalen Dogma einer einseitigen, passiven Weltmarktintegration. Dabei stützt sich der Nuevo Cepalismo vor allem auf Arbeiten von Ökonomen innerhalb der OECD (Freeman, Nelson), die die neoliberale statische Betrachtung von Wettbewerb zugunsten eines Konzepts dynamischer und systematischer Wettbewerbsfähigkeit verwerfen. Diese Arbeiten gelangen zu dem Ergebnis, daß internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht - wie neoliberale Lehrbücher behaupten - das Resultat der Aktivität von vielen einzelnen Unternehmen ist, sondern Ergebnis ihrer institutionellen Einbettung und ihrer interaktiven Beziehungen mit anderen Unternehmen (über die Bildung von "Netzwerken"), aber auch mit den staatlichen Institutionen und dem sozialen System. Insofern entspricht die dichotomische Betrachtung von Markt, Staat und Institutionen, die allen neoliberalen Theorien zugrundeliegt, nicht der Realität erfolgreicher Ökonomien.

Der Nuevo Cepalismo reiht sich in diese Diskussion ein und erarbeitet Bedingungen und Voraussetzungen für eine zunehmende interne und externe Wettbewerbsfähigkeit Lateinamerikas in den 90er Jahren. Ein wichtiger Aspekt der Strategie ist in einer Welt zunehmender Konkurrenz die Erhöhung der technologischen Kompetenz der Region durch eine entsprechende Technologie- und Industriepolitik, die innovative Betriebe fördert und einen technologischen Diffusionsprozeß vorantreibt. Durch den Abbau von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemm-

nissen und die Aufgabe der Überbewertung der Währung, die Importe verbilligt und Exporte verteuert, soll die internationale Konkurrenzfähigkeit der nationalen Industrien gefördert werden. Allerdings wird Industrien, die jahrzehntelang im Schatten hoher Zollmauern gearbeitet haben, eine Anpassungsphase eingeräumt, in der sie ihre Konkurrenzfähigkeit mit ausländischen Firmen verbessern.

Aktive Weltmarktintegration und größere soziale Gerechtigkeit mit Hilfe eines aktiven Staates

Im Gegensatz zur ISI, in deren Rahmen die nationalen Industrien untereinander keine nennenswerten Verbindungen unterhielten, sollen interaktive Beziehungen zwischen Industrien und Sektoren gefördert werden. Dabei soll der Staat entgegen der neoliberalen Auffassung eine strategische und unterstützende Rolle spielen, indem er eine aktive Politik der Stimulierung bisher fehlender Märkte wie z.B. des Kapitalmarkts betreibt, Infrastrukturinvestitionen tätigt, die für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft notwendig sind, interne und externe Vermarktungssysteme sowie die Modernisierung und Dynamisierung des Dienstleistungssektors fördert. Dafür muß aber Abschied genommen werden vom ISI-Staat, der als bürokratischer Wasserkopf fungiert hat, zu schwach, um sich gegenüber partikularen Interessen durchzusetzen, aber stark genug, um Innovationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft zu blockieren. Eine Grundlage der neuen Strategie ist somit die Reform des Staatsapparates, dessen Entscheidungsprozesse transparanter gestaltet werden müssen, um die Unsicherheiten der Wirtschafts- und Sozialakteure zu minimieren und ihr Vertrauen in die Transformationsstrategie zu gewinnen.

Der Nuevo Cepalismo räumt der sozialen Dimension der Entwicklung einen hohen Stellenwert ein. Sowohl die orthodoxe, aber auch die alte CEPAL-Strategie haben massive Konzentrationsprozesse von Vermögen und Einkommen hervorgebracht. Obwohl Wohlfahrtsfragen immer und schon früh diskutiert wurden, ist Lateinamerika paradoxerweise die Region mit der ungleichesten Einkommensverteilung. An der neoliberalen Orthodoxie kritisiert der Nuevo Cepalismo die Vorstellung der Unvereinbarkeit von Wachstum und sozialer Gerechtigkeit. Sie mache aus der Sozialpolitik einen Anhängsel der Wirtschaftspolitik, deren Aufgabe es ist, verteilungspolitische Fehlentwicklungen zu korrigieren. Demgegenüber ist es der Anspruch des CEPAL-Ansatzes, eine Strategie zu entwickeln, in der sowohl Wachstum als auch soziale Gerechtigkeit integrative Bestandteile sind.

Gerade in Lateinamerika, wo ein Großteil der Bevölkerung aus sozialen, ethnischen, geographischen Gründen und aufgrund des Geschlechts diskriminiert wird, gilt es einen Solidarstaat aufzubauen, der den Zugang zu sozialen Leistungen sowie die Bildung von Vermögen demokratisiert. Sozialpolitik ist somit eine Grundkomponente der neuen Strategie und Bedingung ihres Erfolgs.

Der Erfolg der "produktiven Transformation bei sozialer Gerechtigkeit" ist nach der CEPAL an folgende Bedingungen geknüft:

- Verhinderung von Inflation und Ausgleich des Staatsbudgets
- Erreichung eines sozialen Konsenses über die Notwendigkeit, Ressourcen zur Bekämpfung der Armut einzusetzen und die Effekte externer Schocks auf die ärmsten Bevölkerungsgruppen zu minimieren.
- eine aktive regionale Integrationspolitik sowie der Abschluß bilateraler Handelsverträge und
- die Reduzierung des Schuldendienstes zur Entlastung der lateinamerikanischen Ökonomien.

Einschätzung des Nuevo Cepalismo

Ein wichtiger Verdienst des Nuevo Cepalismo ist es, die neoliberalen SAP einer gründlichen Kritik zu unterziehen, wobei die von diesem Ansatz vernachlässigten Dimensionen der Strukturanpassung eine zentrale Rolle spielen. Erstens wird das unmittelbare Ziel von SAP, nämlich die Erhöhung der "Schuldenrückzahlungskapazität", als inkompatibel mit einer dynamischen Entwicklungsstrategie betrachtet, da diese keinen Platz (und keine Zeit) für eine tiefgreifende Restrukturierung des Produktionsapparats läßt. Die Liberalisierung des Außenhandels wird zwar als notwendig betrachtet, um die Konkurrenzfähigkeit Lateinamerikas auf dem Weltmarkt zu erhöhen, aber eine totale Außenöffnung der Ökonomie wird abgelehnt, weil sie nach Jahrzehnten der Importsubstitutionsstrategie zum völligen Zusammenbruch der nationalen Industrie führen und auch die Erlangung interner Wettbewerbsfähigkeit unmöglich machen würde.

Der Nuevo Cepalismo setzt zweitens dem eindimensionalen, allein auf die Ressourcenallokation der Märkte basierenden SAP einen integrierten Ansatz entgegen, der soziale und institutionelle Faktoren zu Determinanten des Erfolgs der wirtschaftlichen Transformation macht.

Jedoch ist das neue Konzept der CEPAL von einem Optimismus gekennzeichnet, der der jetzigen Weltmarktkonstellation und der veränderten Stellung Lateinamerikas nicht ganz gerecht wird. Das Problem der zunehmenden Bildung regionaler Blöcke in der Weltwirtschaft z.B. wird nicht angemessen diskutiert. Durch Initiativen wie dem MERCOSUR (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay) und der Loslösung Mexikos von Lateinamerika, um eine Handelsunion mit den USA und Kanada einzugehen, werden Peripherisierungstendenzen innerhalb der Region verstärken und dürften die Erfolgschancen einer fast lehrbuchartigen, heterodoxen Transformation für ganz Lateinamerika unwahrscheinlich machen.

Schließlich drückt sich der Nuevo Cepalismo um eine klare Definition der Prioritäten bei der Strukturanpassung und deren Abfolge. Außerdem wird das Industrialisierungsmodell der ostasiatischen Schwellenländer, das als Modell für die Revision der Importsubstitutionsstrategie gilt, idealisiert. Die vorgenommenen Korrekturen als Antwort auf sich verändernde Weltmarkt- und interne soziopolitische Konstellationen werden nicht deutlich herausgearbeitet. Was die Kritik an alten CEPAL-Positionen angeht, so zeigt der Nuevo Cepalismo, daß Lateinamerika aus der verlorenen Dekade der 80er Jahren "gelernt" hat und pragmatischer geworden ist. Die Kehrseite aber ist ein gewisser Mangel an Imagination. Die von der CEPAL propagierte Strategie einer Integration in den Weltmarkt läßt keinen Raum für eine kritische Aufarbeitung der Grenzen dieses Systems und eine Debatte über seine mögliche Überwindung.

Alrich Nicolas

Anmerkungen:

1) CEPAL : UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik. Die CEPAL war in den 50er und 60er Jahren, insbesondere unter ihrem ersten Leiter Raul Prebisch, das Zentrum einer kritischen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Diskussion über Entwicklungsfragen, die sich insbesondere gegen die klassische Außenhandelstheorie und gegen ihr Grundtheorem der komparativen Kosten wandte.

2) heterodox: von der herrschenden Lehre abweichend.

Literatur :

Zum Nuevo Cepalismo siehe : CEPAL (1990) : Changing Production Patterns with Social Equity, Santiago/Chile; Fajnzylber, F. (1983) : La Industrializacion Trunca de America Latina, Mexico 1983; Fajnzylber (1989): Industrialización en América Latina: de la "caja negra" al "casillero vacio". Comparación de patrones contemporáneos de industrialización. Santiago de Chile; L.Mármora/D.Messner (1991): Zur Kritik eindimensionaler Entwicklungskonzepte, in Vierteljahresberichte Nr.124, Juni 1991.

Self-Reliance als Alternative zu SAP ?

Das Beispiel Eritrea

Vom 23.-26. April hat die Bevölkerung Äthiopiens in einem international überwachten Referendum über die Zukunft des Landes abgestimmt. Wir konnten den Ausgang des Referendums nicht abwarten, weil wir unser Layout bereits am 24.4. abgeschlossen haben mußten. Bei unserem Autor und anderen Kennern Eritreas bestehen allerdings nicht die geringsten Zweifel bezüglich des Ergebnisses: die Bevölkerung Eritreas wird sich mit überwältigender Mehrheit für die Loslösung von Äthiopien aussprechen und damit für die Fortsetzung der im Befreiungskampf erprobten Politik der Self-Reliance. Es wird sich allerdings zeigen müssen, ob der Self-Reliance-Ansatz der Vergangenheit auch für die großen Probleme beim Wiederaufbau des kriegszerstörten Landes tauglich ist.



der Eritreer.

Sämtliche Fotos von Martin Zimmermann

Mit Sorge und Hoffnung verfolgen wir Berichte aus Eritrea. Bis jetzt ist das Land der einzige Lichtblick in einer immer schlimmeren `Neuen Weltordnung`. Vielleicht war es sogar ein Glück, daß die Groß- und Geldmächte von Eritrea nichts wissen wollten". Diese Sätze schrieb uns der Zürcher Ethnopsychoanalytiker und Buchautor Paul Parin zur Jahreswende[1]. Colin Legum, ein kompetenter Afrika-Kenner, überschrieb in seinen "Third world reports" den Eritrea-Bericht vom Oktober 1992 folgendermaßen :"Eritrea : The most self-reliant nation in the world".

"Self-Reliance"ist ein Begriff aus der entwicklungstheoretischen Ideen-Geschichte[2], die eritreische Befreiungsbewegung EPLF erhebt keinen Anspruch, mit ihrem Self-Reliance-Konzept eine neue, revolutionäre Theorie entwickelt zu haben. Interessant ist aber deren praktische Umsetzung in der eritreischen Revolution und die umfassende Konzeption als politisches, militärisches und ökonomisches Prinzip. Auch wenn Ulrich Menzel vom "Scheitern der großen Theorie" und gleich auch noch vom "Ende der Dritten Welt" und damit von der Unmöglichkeit eines eigenen Weges spricht, lohnt es sich doch, den verdunkelten eurozentristischen Blick etwas aufzuhellen und neugierig und offen das Beispiel Eritrea anzuschauen.

Die eritreische Variante von Self-Reliance war, historisch gesehen, eine Theorie des Überlebens in einem Befreiungskampf, der völlig auf sich allein gestellt war. Die besondere historische Situation war jene, daß sich der eritreische Befreiungskampf gegen die schwarze koloniale Besatzungsmacht Äthiopien wandte, welche zunächst von den USA und später, in einer entscheidenden Phase, von der ehemaligen Sowjetunion unterstützt wurde. Die EPLF als führende Kraft in diesem Befreiungskampf konnte sich folglich nicht auf die Sowjetunion als traditionelle Schutzmacht der Trikont-Befreiungsbewegungen stützen. Ihre einzige Chance, zu überleben, bestand in einer äußerst konsequenten Abstützung auf die eigenen Kräfte. Diese Haltung, die sich dann in der politi-

schen Theorie und in den Programmen der EPLF niederschlug, wurde gezwungenermaßen bis zur letzten Konsequenz durchgehalten, allerdings unter gewaltigen eigenen Opfern[3].

Self-Reliance im bewaffneten Kampf und als politisches Prinzip

Im längsten bewaffneten Befreiungskampf in Afrika, der in seinem dreißigsten Jahr am 24. Mai 1991 mit dem Sieg der EPLF zu Ende ging, waren die Waffen zwar nicht entscheidend, aber doch wichtig. Eine der häufigsten Fragen, die der EPLF damals gestellt wurden, war die Frage nach der Herkunft der Waffen. Die EPLF hatte gar keine Wahl: seit ihrer Gründung 1970 international isoliert, blieb ihr nur die naheliegende Möglichkeit, sich die Waffen vom Gegner zu beschaffen. Diese Art der Waffenbeschaffung bestimmte die militärische Strategie und Taktik der EPLF. Sie war ein wichtiger Grund, daß die EPLF nicht, wie viele andere Befreiungsbewegungen, der Realpolitik "befreundeter" Länder zum Opfer fiel, sondern ihren antikolonialen Befreiungskampf 1991 siegreich zu Ende führen konnte.

Self-Reliance hat mit Selbstbestimmung zu tun. Für die Selbstbestimmung kämpfen die EritreerInnen seit über 50 Jahren. Selbst bestimmen wollen sie durch ein international überwachtes Referendum am 23.April dieses Jahres ihre politische Zukunft (Unabhängigkeit Eritreas oder Verbleib bei Äthiopien). Das Referendum, von einem eritreischen Referendumskomitee in eigener Regie durchgeführt, hat nicht nur einen formaldemokratischen Wert (internationale Anerkennung Eritreas), sondern ist vor allem für das Selbstwertgefühl der Menschen in Eritrea sehr wichtig. Der nächste Schritt auf dem Weg der Selbstbestimmung und Demokratisierung wird die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung und die breite Diskussion über die Gesellschafts- und Wirtschaftsform des zukünftigen Eritrea sein.

Der Befreiungskampf war charakterisiert durch die Verbindung von Unabhängigkeitskampf und sozialer Transformation in den befreiten Gebieten. Die Träger und Nutznießer der sozialen Revolution in Eritrea waren die Bauern und die Frauen. In diesen Prozessen - der Landreform und der Befreiung der Frau - spielte Self-Reliance eine wichtige Rolle. Die langwierigen und mühsamen Emanzipations-Prozesse der Bauern und der Frauen, die noch lange nicht abgeschlossen sind, haben die basisdemokratischen Strukturen in den Dörfern fest verankert. Es gibt zwar noch nicht in allen 2000 Dörfern Eritreas Dorfversammlungen oder ähnliche basisdemokratische Organisationsformen. In den meisten Provinzen haben in den letzten zwei Jahren Wahlen zu den Provinzversammlungen stattgefunden. Der Frauenanteil beträgt dank einer Quotenregelung durchschnittlich 20%, in Gebieten mit längerer Mobilisationsarbeit der Eritreischen Frauenunion (NUEW) ist er höher. Der Frauenanteil in der EPLF liegt bei etwa 34%. Wird das ländliche Eritrea, werden die Frauen und die Bauern genügend Gewicht im neuen Staat haben, um das im Befreiungskampf Erreichte im neuen Eritrea zu verankern?

In den Städten lasten die alten zentralistischen Strukturen aus den Zeiten von Kaiser Haile Selassie und Mengistu Haile Mariam wie Bleigewichte an den Füßen der EPLF-Leute. Eritrea hat wie Äthiopien nur die zentralistische Tradition gekannt und muß die von der EPLF angestrebte Dezentralisierung, das föderative Element erst erlernen. "Der Krieg war einfach, der Frieden ist kompliziert" faßt Worku Zerai, früher Vorstandsmitglied der Eritreischen Frauenunion, die Lage der Frauen zusammen. Die Frauen sind entschlossen, die im Befreiungskampf erreichte und für Afrika einmalige Emanzipation nicht den Anpassungsforderungen des neuen Staates zu opfern.

Der langsame Prozeß des Aufbaus von demokratischen Strukturen in den Dörfern Eritreas unterscheidet sich deutlich von den spektakulären Ereignissen der meist lediglich formalen Demokratisierung in vielen Ländern Afrikas, die von der nördlichen Presse so wohlwollend begrüßt und als Triumph des westlichen Demokratie-Modells in Afrika gefeiert wird[4]. Meistens werden diese Demokratie-Bewegungen getragen von den städtischen Eliten und Mittelschichten, die durch die Struktur-Anpassungsprogramme von IWF und Weltbank verarmten. Ob die modernisierten afrikanischen städtischen Eliten oder die arbeitslosen Hochschul-Absolventen die zentrale Demokratiefrage in Afrika lösen können, nämlich Demokratie und Menschenrechte für die Bauern und die Frauen zu verwirklichen, ist doch eher fraglich. Selbstbestimmung für die Bauern und die Frauen auf der Basis von Self-Reliance, das ist jedenfalls die Chance der Demokratie in Eritrea.

Ein Aspekt der neuen Weltordnung in Afrika ist die Einführung des Mehrparteien-Systems als erster Etappe der formalen Demokratie. Wie Pilze schießen jetzt die Parteien in Afrika aus dem Boden, in einem Kontinent, in dem es nur eine rudimentäre Tradition von Parteien und repräsentativer Demokratie gibt. In Eritrea existiert zumindest historisch eine derartige Tradition. Die 40er und 50er Jahre waren eine Blütezeit für Parteien in Eritrea, bevor das autokratische Regime von Haile Selassie den zivilen, friedlichen Widerstand mit der Annexion Eritreas zerschlug.

In Anknüpfung an diese historische Tradition hat die EPLF, lange bevor der Westen die Mehrparteien-Diskussion in Afrika propagierte, ein Mehrparteien-System als zukünftiges politisches System für das unabhängige Eritrea gefordert. In diesem Sinne wird sich die EPLF als Befreiungsfront nach dem Erreichen der Unabhängigkeit vermutlich auflösen und Platz machen für politische Parteien[5]. Aber auch für diesen Prozeß wollen sich die Eritreer Zeit nehmen. Nach den Vorstellungen der EPLF über die neue Verfassung des Landes sollen z.B. keine Parteien auf rein religiöser oder ethnischer Grundlage zugelassen werden. Solche Parteien würden das Land sofort spalten und alte religiöse und ethnische Wunden aufreißen. Insofern geht auch hier Eritrea einen eigenen Weg und unterwirft sich nicht den formalen Demokratie-Konzepten westlicher Vorbilder.

Self-Reliance im ökonomischen Bereich

Die EPLF-Leute in der provisorischen Regierung Eritreas gelten heute schon bei der internationalen Entwicklungshilfe-Bürokratie als schwierige, hartnäckige Partner. Das kann eigentlich nur ein gutes Zeichen sein und spricht für die Qualität der eigenen Vorstellungen der eritreischen Experten über den Entwicklungsweg ihres Landes. Die EPLF hat ja auch etwas vorzuweisen: Tausende meistens akademisch geschulte und in der Praxis qualifizierte Fachkräfte haben in den befreiten Gebieten einen funktionierenden "Staat im Untergrund" aufgebaut, von dem viele afrikanische Regierungen nur träumen können. Die Führungselite der EPLF war nie im Exil, sondern hat auch in sehr schwierigen Zeiten des Überlebens mitten unter den EPLF-KämpferInnen gelebt - auch dies ist ein Aspekt von Self-Reliance.

An der "Economic Policy Conference", die Ende Juli 1991 an der Universität von Asmara stattfand, nahmen die 300 TeilnehmerInnen eine Standortbestimmung vor und versuchten, Leitlinien für die Entwicklungspolitik Eritreas auszuarbeiten. Diese ExpertInnen-Konferenz war organisiert worden vom Wirtschafts-Departement der EPLF in Zusammenarbeit mit einer Exil-Organisation von eritreischen Wissenschaftlern, vor allem aus den USA (Eritreens for Peace and Democracy). Es gab durchaus unterschiedliche Standpunkte : Einige Exil-Eritreer aus den USA schlugen für Eritrea ein stark exportorientiertes Industrialisierungsmodell im Sinne einiger asiatischer Schwellenländer wie Taiwan, Südkorea oder Singapur vor.

Demgegenüber stellte Issayas Afeworki, der Generalsekretär der Provisorischen Regierung Eritreas (PGE), auf der Konferenz fest, daß für die EPLF die Landwirtschaft im Zentrum stehe und daß sich diese an den elementaren Bedürfnissen der Bevölkerung auf dem Lande zu orientieren habe. Der exportorientierte Sektor habe sich diesen Prioritäten unterzuordnen und soll der Beschaffung der notwendigen Devisen dienen. Das Entwicklungsmodell müsse sich

am Ziel einer möglichst großen Eigenversorgung orientieren[6].

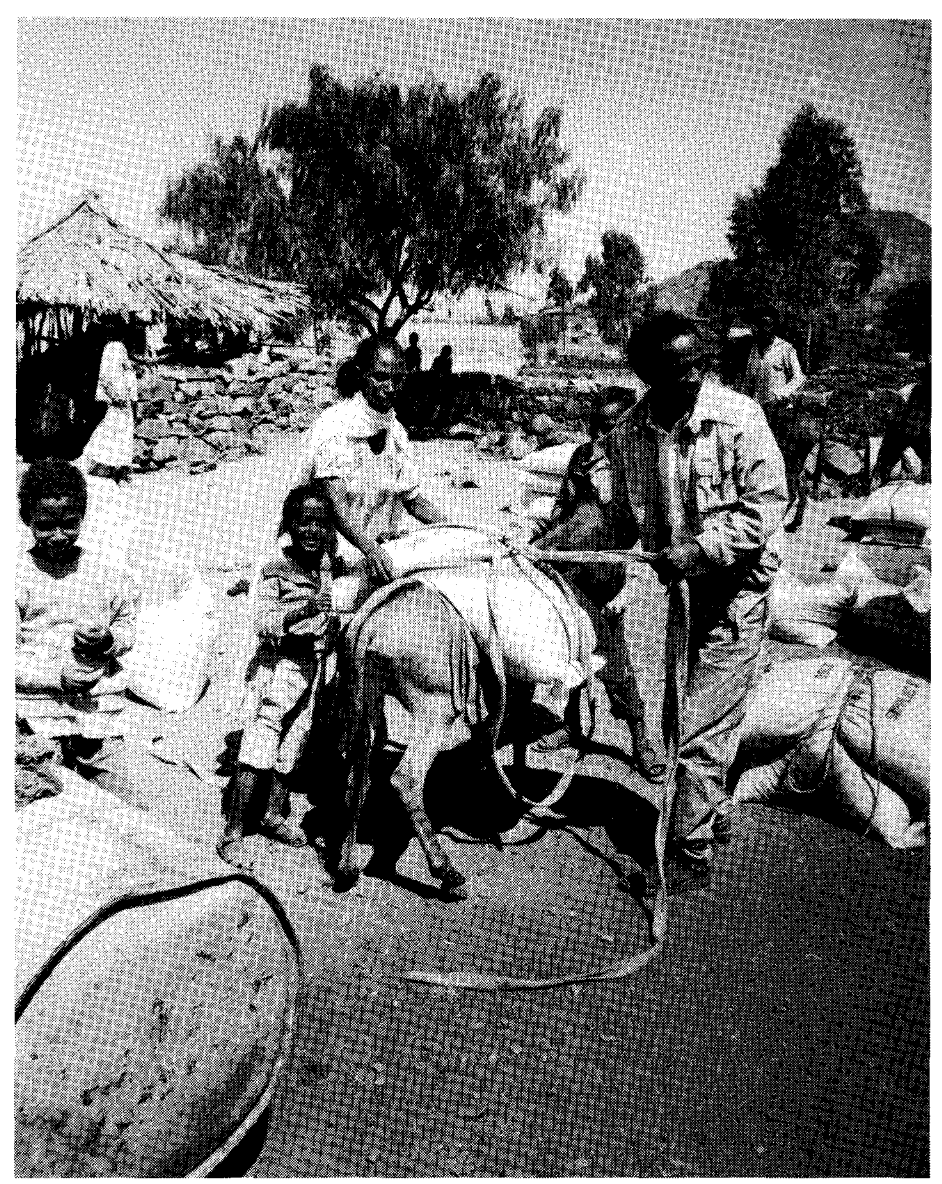
Als die EPLF-Regierung nach der Befreiung des Landes ein Notprogramm zur Rehabilitation der Menschen und des Landes aufstellte, tat sie dies angesichts eines kriegszerstörten Landes und einer praktisch nicht mehr existenten Wirtschaft. Noch in den 50er Jahren, zur Zeit der Föderation, trug Eritrea mit einem Drittel zur industriellen Kapazität Äthiopiens bei. Seit der Annexion 1962 wurde die Industrie Eritreas demontiert und in den Kriegsjahren völlig zerrüttet. Es erfolgten keine neuen Investitionen, keine Modernisierung der Produktionsanlagen und nur ein minimaler Unterhalt.

Die EPLF-Regierung mußte praktisch bei Null anfangen. Die EPLF kann sich zwar auf die fast 100.000 Kämpferinnen und Kämpfer stützen, die seit dem Ende des Krieges weiterhin ohne Lohn im Wiederaufbau des Landes engagiert sind. Dr. Abrehet Ghebrekidan, Frauenärztin an der Maternite von Asmara, erhält wie alle EPLF-Mitglieder 50 Birr pro Monat (=10 US-Dollar) und zusätzlich eine "Dienstalters-Zulage" von 5 Birr pro Jahr im Befreiungskampf.Nach dem Referendum wird dieses Freiwilligkeits-Prinzip innerhalb der EPLF vermutlich nicht mehr lange aufrechterhalten werden können.

Womit aber sollten die maroden, verrotteten Fabriken in den Städten wieder aufgebaut werden, womit sollten Rohstoffe und Ersatzteile bezahlt werden? PGE-Generalsekretär Issayas Afeworki am 5. September 1991 in Asmara : "Obwohl wir ausländischen Investitionen gegenüber offen sind, müssen wir uns zunächst auf unsere eigenen Kräfte verlassen, wir müssen unsere Bevölkerung, unsere begüterten Eritreerinnen und Eritreer ermutigen, in den verschiedenen Sektoren unserer Wirtschaft zu investieren"[7].

Das neue Investitions-Gesetz bietet privaten Investoren sehr liberale Bedingungen[8]. Bisher haben allerdings fast nur eritreische Investoren davon Gebrauch gemacht und leider mehr in den Handel als in produktive Sektoren investiert. Ausländische Investoren werden vermutlich erst nach der Unabhängigkeit Interesse an Eritrea zeigen - wenn überhaupt. Denn de facto ist Eritrea genauso wie die anderen afrikanischen Länder vom Weltmarkt abgekoppelt. Die EPLF-Spezialisten machen sich für die nächsten Zukunft keine Illusionen, daß Eritrea auch nur selektiv am Weltmarkt teilnehmen könnte.

Die entwicklungstheoretische Alternative "autozentrierte Entwicklung oder selektive Weltmarktintegration" stellt sich somit für Eritrea gar nicht. Es bleibt also nur der Weg einer "autozentrierten Entwicklung mit Integration in den regionalen Markt". Eritrea wird versuchen, Nischen im regionalen Markt (Horn von Afrika, Naher Osten) zu finden und seinen Standort-Vorteil als Verbindungsland zwischen Afrika und dem Nahen Osten auszunutzen. In den 50er Jahren, als Eritrea zu den wirtschaftlich florierenden Gegenden Afrikas gehörte, wurden Früchte, Gemüse und Milchprodukte in den Nahen Osten und den Mittelmeerraum exportiert.



Die Anstrengungen im landwirtschaftlichen Bereich zielen auf eine Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln

Bei der Rehabilitation des dürre- und kriegszerstörten Landes ist das Ziel des landwirtschaftlichen Wiederaufbaus die weitgehende Self-Reliance im Nahrungsmittelbereich. Die günstigen Regenfälle des letzten Jahres und die landesweite Kampagne zum landwirtschaftlichen Wiederaufbau haben für 1993 den Eigenversorgungsgrad von etwa 30% auf fast 60% ansteigen lassen[9]. Die Weiterführung der Landreform, die Erosionsbekämpfung, die Wasserkonservierung, die Einführung angepaßter Technologie in der Landwirtschaft sollen das Ziel der Eigenversorgung mittelfristig erreichen helfen. Die verstaatlichten Farmen sollen größtenteils an die Bauern verteilt oder privatisiert werden, so die großen ehemals italienischen Baumwoll-Plantagen von Ali Ghidir/Tessenei in West-Eritrea. Die EPLF wird von den übernommenen Staatsfarmen nur ein paar wenige als Forschungsstationen behalten. Im Rahmen einer Strategie der Import-Substitution sollen einfache landwirtschaftliche Produktionsmittel hergestellt werden. Die jetzt wieder anlaufende kleinindustrielle Produktion wird für den inländischen und den regionalen Binnenmarkt bestimmt sein.

Die soziale Dimension des eritreischen Entwicklungsweges

Die sozialen und politischen Bedingungen einer autozentrierten Entwicklung sind in Eritrea entweder vorhanden oder sollen gefördert werden : entsprechend ihrem programmatischen Anspruch, neben der nationalen Unabhängigkeit auch eine soziale Transformation der eritreischen Gesellschaft durchzuführen, will die EPLF auch in Zukunft für eine breite Streuung des Einkommens und eine homogene Sozialstruktur sorgen. Wie das allerdings konkret mit einem "freien Markt" vereinbar ist, bleibt offen.



Bereits jetzt zeigen sich in den Städten deutliche materielle Unterschiede zwischen den mittellosen EPLF-KämpferInnen, den etwas wohlhabenderen, aber doch verarmten Mittelschichten, die im Land geblieben sind und den rückkehrenden begüterten Eritreern, die im Exil reich geworden sind. Hier liegt viel sozialer Sprengstoff.

Die Mittel des Staates sollen schwerpunktmäßig in den Ausbau des Basis-Gesundheitsdienstes, in die medizinische und berufliche Rehabilitation der Kriegsverletzten und ganz besonders in das Bildungswesen investiert werden. Hier wird der Unterschied des eritreischen Entwicklungsweges zu den IWF-Strukturanpassungsprogrammen deutlich. Die Frage ist allerdings auch da zu stellen: woher soll sich der Staat die Mittel beschaffen, um in diesen Bereichen zu investieren? Dazu antwortete Haile Woldense, Minister für ökonomische Entwicklung und Zusammenarbeit, in einem Interview mit der Eritrea News Agency: "Wir dürfen unsere Programme nicht auf die Erwartung ausländischer Hilfe stützen. Auch von der Regierung ist nicht viel zu erwarten; die Menschen müssen ihre Ressourcen koordinieren und hart arbeiten, um ihren Lebensstandard zu verbessern. Die EPLF-KämpferInnen mit ihrer Arbeitserfahrung und ihren ethischen Prinzipien müssen - auf das ganze Land verteilt - mit ihrer Arbeit fortfahren und ein Vorbild für die Bevölkerung sein...es wird noch viele Opfer brauchen"[10]. Aus diesem moralischen Appell spricht die ganze Tradition der EPLF-Vorstellungen von Self-Reliance, eine Mischung von Opferbereitschaft und Selbstbewußtsein, das anvisierte Ziel selbst gegen den Rest der Welt zu erreichen.

Neben einer starken Motivation der Leute ist in Eritrea zur Zeit viel innovatives Verhalten zu beobachten und die EPLF zeigt eine erstaunliche Offenheit, damit sich die privaten entwicklungs- relevanten Eigeninitiativen artikulieren können. Der Prozeß von privater Eigeninitiative einerseits und gesellschaftlicher Lenkung durch die EPLF andererseits dürfte in Zukunft durchaus widersprüchlich und nicht reibungsfrei verlaufen.

Perspektiven für Eritrea

Die EPLF sieht in ihrem Wirtschaftsprogramm eine staatliche Verfügungsgewalt über die Naturreichtümer des Landes vor. Eritrea verfügt über wichtige lokale Ressourcen (Kupfer, Gold, Eisenerz, Pottasche, Oel). Die EPLF versucht eine sorgfältige Verknüpfung und Integration von landwirtschaftlicher Entwicklung, damit verbundener kleinindustrieller Produktion und Ausschöpfung der nationalen Rohstoffe.

Auch die EPLF fordert eine gerechte Weltwirtschaftsordnung. Die eritreische Wirtschaft hat langfristig keine Chance auf dem Weltmarkt, wenn sich die Preise für Rohstoffe und Fertigprodukte aus Eritrea nicht erhöhen. Die EPLF begnügt sich andererseits nicht mit der passiven Opferrolle, sondern sucht im nationalen und regionalen Rahmen eine Entwicklung zu initiieren. Sie ist überzeugt, daß nur innovative, anpassungsfähige gemischte Wirtschaftsformen jene Nischen nutzen können, die ihnen die heutige Weltwirtschaftsordnung übrig läßt. Insofern hat sie ein pragmatisches, lebendiges Theorie-Praxis-Verständnis mit entsprechend vielen Fehlermöglichkeiten.

In der Zeit des Krieges, des Überlebenskampfes war die EPLF gezwungen, "von den andern zu lernen" und zwar nicht im Sinne einer billigen Kopie sondern einer kreativen Imitation. Aus dieser Zeit noch stammen ihre umfassenden Kenntnisse an angepasster Technologie und Recycling.

Die Elemente der eritreischen Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, ihre Vorstellungen von Self-Reliance mögen den reinen Theoretikern widersprüchlich erscheinen. Es ist ein oft verzweifelter, manchmal aber auch sehr kreativer Versuch, dem Land eine Überlebenschance zu erkämpfen - für ein Leben in Würde. Denn auch das ist ein wichtiger Aspekt von Self-Reliance: die Möglichkeit zu schaffen, daß die Menschen in Eritrea in Würde leben und aufrechten Ganges in die Zukunft gehen können.

Im GEO vom April 1993 steht der Titelsatz "Eritrea: Das Wunder am Horn von Afrika". Wunder dauern erfahrungsgemäß nicht sehr lange. In einer "Erklärung zu Afrika" afrikanischer Oppositioneller und Intellektueller (unter anderen Samir Amin und Joseph Ki-Zerbo) von 1986 steht zu lesen: "Nach der Unabhängigkeit wurden in den meisten Staaten die Ziele der Befreiungskämpfe unterschlagen und die Träume und Pläne der Menschen verraten. Demokratie blieb auf Erklärungen der Politiker und auf das vollmundige Formulieren von Verfassungen beschränkt, die selten respektiert wurden"[11]. Issa G. Shivji, Rechtsprofessor an der Universität Dar Es Salaam, Marxist und radikaler Demokrat, schloß eine Gastvorlesung in Harare (Zimbabwe) mit den Worten:"Die Zukunft Afrikas wird in den Schulen von Soweto und in den Schützengräben Eritreas geboren"[12].

Die Zeit der Schützengräben in Eritrea ist vorbei; was dort geboren wurde, wird sich jetzt in der Realität des Alltags beweisen müssen. Aus Respekt vor den Frauen und Männern, die in den Schützengräben gestorben sind, sollten wir das Experiment Eritrea nicht zum Scheitern verurteilen, bevor es richtig begonnen hat.

Toni Locher

Anmerkungen:

1) Paul Parin: Zu viele Teufel im Land - Aufzeichnungen eines Afrikareisenden. Frankfurt 1985.
2) Die Idee der Self-Reliance hat auch afrikanische Wurzeln: sie war ein wichtiges Teilkonzept des "afrikanischen Sozialismus", wie er von Julius Nyerere in Tanzania entwickelt wurde ("Arusha Declaration" 1967). Vgl. John Galtung: Self-Reliance. München 1983. Hans Furrer: Entwicklungsmodell Eritrea - mit Self-Reliance zur Prosperität? in : Handbuch Eritrea, Zürich 1990
3) Bei einer geschätzten Bevölkerungszahl von 3,5 Mio Einwohnern (2,65 Mio im Eritrea, 850 000 im Ausland) beklagte die EPLF 50000 Opfer unter den eigenen KämpferInnen und nochmals so viele Opfer unter der Zivilbevölkerung.
4) vgl. Karim Traore: Demokratie - ein Geschenk Europas? Über die eurozentristische Sichtweise afrikanischer Demokratiebewegungen. In: Blätter des iz3w Nr. 176/1991
5) Zum Aufbau des politischen Systems in Eritrea vgl. Interview von Martin Zimmermann mit Yemaneh Ghebreab in: Blätter des iz3w Nr 186/1992
6) EPLF: The experience of EPLF in pursuing the policy of self-reliance in the economic field. Khartoum 1982.
7) Issayas Afeworki: Keynote to the Economic Conference. Asmara 1991.
8) Investment Proclamation Nr 18/1991.
9) Interview mit dem Landwirtschaftsminister Dr. Tesfai Ghirmazion am 6.4.1993 in Asmara: Nach seinen Angaben wurden 1992 42 000 Kilometer Terrassierungen verschiedenster Art angelegt, 20 Mio Baumsetzlinge gepflanzt und 17 Mikrodämme gebaut. Obwohl durch eine Heuschreckenplage und späte Regenfälle 12% der Ernte vernichtet wurde, betrug die Ernte 1992 221 000 Tonnen. Für 1993 besteht ein Nahrungsmitteldefizit von 188 900 Tonnen, das sind nur noch rund 40% des Gesamtbedarfs gegenüber Nahrungsmitteldefiziten von 70 - 80 % in den früheren Jahren.
10) Eritrea Update, März 1993.
11) Franz Ansperger: Politische Geschichte Afrikas, München 1992, S. 149
12) A.a.O.:S. 153



Reformen im Schneckentempo

Über 70 Prozent der Bevölkerung Uruguays sprachen sich am 13.12.1992 in einer Volksabstimmung gegen ein 1991 vom uruguayischen Parlament verabschiedetes Privatisierungsgesetz aus. Damit wurde erstmals eine neoliberalen Grundsätzen verpflichtete Wirtschaftspolitik in einer Volksabstimmung abgelehnt. "Das ist das Ende der neo-liberalen Epoche!", kommentierte die linke Tageszeitung 'La Republica' sogleich und hob das Abstimmungsergebnis in den Rang eines historischen Ereignisse von der Qualität der Wahlniederlage George Bushs. Präsident Lacalle nahm die katastrophale Niederlage hin, warnte aber davor, das internationale Image des Landes durch solche und ähnliche Maßnahmen zu gefährden.

Mit dem Erdrutsch-Sieg bei der Volksabstimmung hatte vor dem 13. Dezember eigentlich niemand gerechnet. Entscheidend trug zur Niederlage der Regierung bei, daß sich der Präsident nicht ausreichend um die Unterstützung der Parteien für sein Vorhaben bemüht hatte. Diese sahen sich durch das Privatisierungsgesetz, das die Entscheidung über den Verkauf von Staatsunternehmen allein in die Hände des Präsidenten gelegt hatte, um ihr Mitspracherecht gebracht und kündigten dem Präsidenten daher die Gefolgschaft in der Volksabstimmung auf.

Zudem begann die Privatisierungskampagne ausgerechnet mit dem Millionengewinne einfahrenden 'Kronjuwel' der staatlichen Unternehmen, der Telefongesellschaft 'Antel'. Behauptungen Präsident Lacalles, der Erlös aus dem Verkauf komme sozialen Projekten zugute, entlarvte die Presse als glatte Lüge.

Das Ergebnis der Volksabstimmung ist weiterhin Ausdruck allgemeiner Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik der Regierung. Zwar lag das Wirtschaftswachstum 1992 bei sieben Prozent, fiel die Inflation von über 80 (1991) auf 55 Prozent, gelang es der Regierung den Staatshaushalt auszugleichen. Und auch die Auslandsverschuldung ist deutlich gesunken, der Wechselkurs zum Dollar blieb stabil, die Devisenreserven stiegen sogar. Doch die für 1992 fraglos guten ökonomischen 'Rahmendaten' der Volkswirtschaft brachten vor allem im sozialen Bereich nur geringe Fortschritte. Obwohl die Produktivität der Arbeit um über 20 Prozent gewachsen ist, d.h. daß dieselbe Zahl der Beschäftigten in Unternehmen 20 Prozent mehr Güter produziert, sind die Löhne im privaten Sektor kaum gestiegen und im öffentlichen zum wiederholten Male leicht gefallen. Die Arbeitslosigkeit liegt unverändert bei ca. zehn Prozent (bei Jugendlichen um fünfundzwanzig Prozent), die Unterbeschäftigung (heute zehn Prozent) wächst.

Doch das Resultat der Volksabstimmung war kein Votum gegen jegliche Art von Privatisierung. Das Privatisierungsgesetz wurde nicht gestrichen, sondern lediglich 'entschärft'. Denn die Unzufriedenheit mit der Leistung vieler staatlicher Institutionen und Unternehmen ist groß. So waren der Verkauf der Überreste der maroden Eisenbahn und des Hafens ohne allzu heftiges Murren hingenommen worden. Auch gibt es eine Reihe von Unternehmen, deren Privatisierung weiterhin möglich ist. Verkauft wird 1993/94 vermutlich die staatliche Fluggesellschaft 'Pluna', deren Defizit 1992 über zehn Millionen US-Dollar beträgt. Im Unterschied zur Telefongesellschaft 'Antel' erfüllt sie keine bedeutende soziale Funktion, außerdem ist angesichts ihrer geringen Größe und ihrer Struktur so gut wie ausgeschlossen, daß sie ohne Fusion mit einer größeren Gesellschaft ihre Lage verbessern kann. Daß (Teil-)Privatisierungen von Dienstleistungen vorteilhaft sein können, beweist sogar die linke (!) Stadtregierung Montevideos seit einiger Zeit. Ganz pragmatisch hat sie z.B. für Stadtreinigungsaufgaben mehrfach Privatunternehmen mit adäquater technischer Ausstattung unter Vertrag genommen.

Regionale Integration und wirtschaftliche Anpassung - gefährliche Untätigkeit

Die Privatisierung von Staatsunternehmen war nur ein Element in der Reformpolitik der Regierung Lacalle, die 1989 als zweite demokratische Regierung nach der Militärdiktatur (1972-1985) ins Amt gewählt worden war. Desweiteren hatte sich die Regierung die Außenöffnung des Landes zum Ziel gesetzt.

Das seit den vierziger Jahren verfolgte Industrialisierungsmodell, das wie in vielen anderen lateinamerikanischen Staaten darauf abzielte, möglichst viele Industrieprodukte im eigenen Land zu produzieren, war gescheitert. Es waren hohe Zollmauern errichtet worden, um billigere ausländische Produkte fernzuhalten. Uruguays kleiner Binnenmarkt (drei Millionen Einwohner) wurde so schnell zur Beute hochgradig ineffizienter nationaler Unternehmer, die bis heute nur selten und begrenzt dazu in der Lage sind, mit ausländischen Anbietern zu konkurrieren.

Nach dem Willen der Regierung Lacalle soll die regionale Integration in einen 'Gemeinsamen Markt des Südkegels' ('Mercado Comun del Cono Sur' - MERCOSUR) mit seinen Nachbarn Argentinien, Paraguay und Brasilien der Rahmen sein, der Uruguays wirtschaftliche Umstrukturierung und seine Einbindung in den Weltmarkt erleichtern soll. Da eine Öffnung des Landes auch von der Linken als unvermeidbar angesehen wird, erschien die Schaffung eines Regional-

marktes gegenüber einer völligen Weltmarktöffnung auch Kritikern als das kleinere Übel. Die Unternehmen sind auf einem Regionalmarkt einem geringeren Wettbewerbsdruck ausgesetzt, so daß sie sich den neuen Spielregeln leichter anpassen können. Der Regionalmarkt sollte sich dabei nicht gegenüber dem Weltmarkt abschotten, sondern die Lernprozesse ermöglichen, die für Erfolg auf dem Weltmarkt notwendig sind. Das uruguayische Parlament stimmte der Unterzeichnung des MERCOSUR-Vertrages 1991 daher fast einstimmig zu.

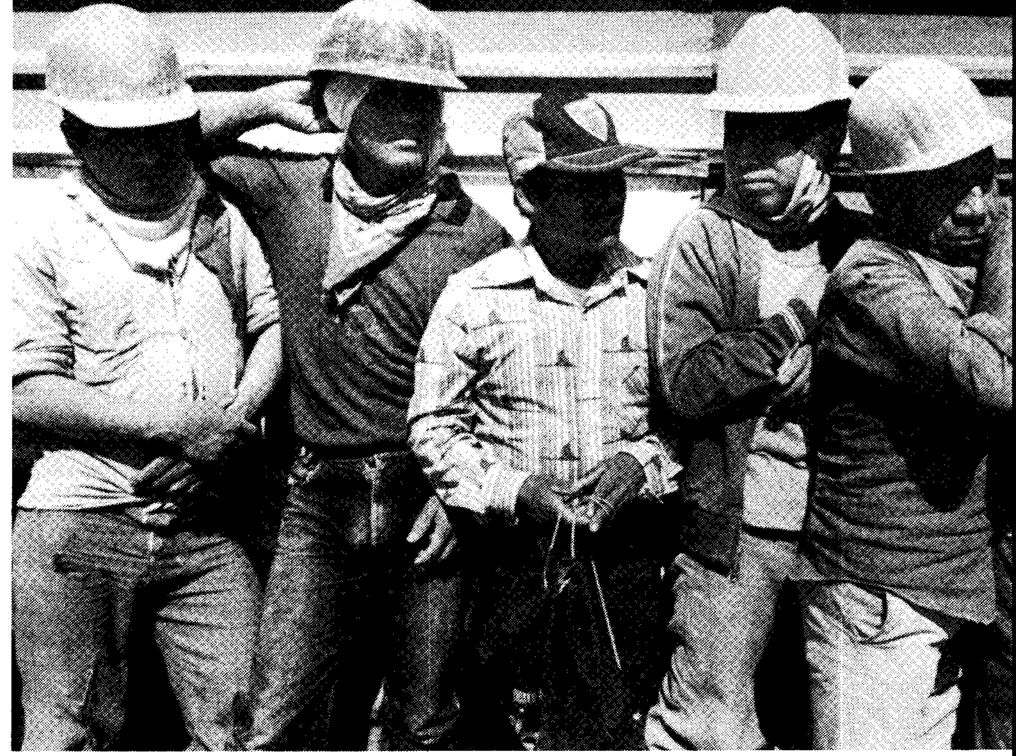
Kernstück der regionalen Integration ist der Wegfall der Handelsschranken. Wenn bis 1995 sämtliche MERCOSUR-internen Zölle schrittweise wegfallen, ist die größte Freihandelszone Lateinamerikas entstanden, die 180 Millionen Menschen umfaßt. Gegenüber Dritten wird die Gemeinschaft einen relativ niedrigen gemeinsamen Außenzoll haben, der bis auf wenige Ausnahmen 20 Prozent nicht überschreiten wird. Die Chancen und Gefahren für Uruguay ergeben sich zunächst aus dem Vergleich mit seinen Integrationspartnern.

So zählen die geringen Produktionsmengen, die das Land fertigen kann, zu seinen Hauptschwächen. Während die großen Nachbarn den uruguayischen Markt ohne großen Aufwand 'schlucken' können, hat Uruguay selbst nur selten 'economies of scale' und aufgrund dessen nur geringe Marktanteile. Das bedeutet höhere (Stück-)Kosten und geringe Marktmacht. Weitere Schwächen der uruguayischen Ökonomie sind die nur teilweise entwickelten 'Produktionsketten' im eigenen Land (Netz von Zulieferern), eine veraltete Technologieausstattung, relativ hohe Lohn- und Lohnnebenkosten, hohe Energiekosten, eine ineffiziente staatliche Bürokratie und das Fehlen einer 'modernen' Schicht von Unternehmern.

Die Stärken Uruguays liegen in seiner wirtschaftlichen und politischen Stabilität, seiner zentralen geographischen Lage, im Ausbildungsniveau seiner Arbeitskräfte, in der regionalen Exporterfahrung zahlreicher Unternehmen, in einem relativ gut entwickelten Dienstleistungssektor und in seinem zum Teil wettbewerbsfähigen Agrarsektor und seiner Agrar- und Nahrungsmittelindustrie.

Für Wirtschaftspolitiker läge es auf der Hand, die vorhandenen Nachteile nach Möglichkeit zu dämpfen und auszugleichen und gleichzeitig die Vorteile aktiv auszubauen und zu verstärken. Nicht so für die Regierung Lacalle, die fast untätig der Dinge harrt, die da kommen mögen. Ganz gemäß dem neoliberalen Credo konzentriert sie sich einzig und allein auf die Regulierung der makroökonomischen Rahmengrößen. Alles weitere überläßt sie dem freien Spiel der Marktkräfte. Und die wirken auf einem Regionalmarkt nicht anders als auf dem Weltmarkt: der ökonomisch Stärkste überlebt. Schon scheinen Prophezeiungen der MERCOSUR-Kritiker, die von einer Verdoppelung der Arbeitslosigkeit sprechen, gar nicht mehr so abwegig. Daher bröckelt auch die Front derer, die die MERCOSUR-Integration in ihrer gegenwärtigen Form unterstützen.

Denn selbst eine optimale Politik würde nicht jeden industriellen Arbeitsplatz in Uruguay retten können. Obwohl einige Industriebranchen bei qualitätsorientierter (nicht quantitätsorientierter) Spezialisierung, bei aktiver Suche nach neuen Märkten und Abnehmern und bei Zusammenschlüssen in Form von Genossenschaften etwa (dafür gibt es in Uruguay erfolgreiche Beispiele) durchaus Überlebenschancen haben dürften, ist klar, daß der Industriesektor unterm Strich Arbeitsplätze verlieren wird. Ähnliches gilt für den Agrarsektor.



MECOSUR-Kritiker prophezeien eine Verdoppelung der Arbeitslosigkeit

Heute schon ist klar, daß es der Dienstleistungssektor ist, der neue Arbeitsplätze wird bereitstellen müssen. Die Entwicklung der aussichtsreichsten Dienstleistungsbranchen jedoch verläuft stockend und beinhaltet Gefahren. Für den durch Bankgeheimnis und niedrige Steuern geförderten Bankensektor ist charakteristisch, daß er nur wenig in die uruguayische Wirtschaft integriert ist. Die meist von ausländischem Kapital dominierten Banken tätigen vornehmlich internationale 'offshore'-Transaktionen, versorgen die einheimische Wirtschaft also mitnichten mit zinsgünstigen Krediten. Die im Inland operierenden staatlichen Banken wiederum stecken in einer tiefen Krise. Sie dienten jahrzehntelang als Financiers unrentabler politisch opportuner Wohnungsbauprogramme. Ihre Kredite wurden nicht investiv angelegt, sondern dienten dem Privatkonsum und der Finanzspekulation. Pardoxerweise verdankt der uruguayische Bankensektor seine Stabilität der politischen und wirtschaftlichen Instabilität in den Nachbarnstaaten. Da er ein Anlageplatz für die Steuerfluchtgelder der Nachbarstaaten ist, blieb beispielsweise vor zwei Jahren der Zustrom argentinischer Gelder aus, weil sich die Wirtschaft Argentiniens 1991 stabilisierte. Und auch Verwicklungen in Drogengeschäfte werden zunehmend ruchbar. Die Zahlungsbilanz 1991 verzeichnet den Zustrom von 450 Millionen US-Dollar als 'nicht identifiziert', und es ist anzunehmen, daß ein guter Teil davon der Geldwäscherei des Drogenhandels zuzurechnen ist. Kein Zufall ist gewiß auch, daß der brasilianische Ex-Präsident Fernando Collor de Melo Uruguay als Umschlagsplatz seiner Korruptionsgelder nutzte.

Einen rasanten Aufschwung hingegen erlebt die Tourismusbranche Uruguays. Sie ist 1991 im Vergleich zum Vorjahr um knapp 20 Prozent gewachsen und erwirtschaftete dabei 332 Millionen US-Dollar Devisen. Für die Saison 1992/1993 steht ein neuer Rekord an, da die Besucherzahl erneut um über 15 Prozent wuchs (auf 1,8 Millionen Touristen). Risiken und Gefahren dieser Entwicklung kommen jedoch nur selten zur Sprache. Allgemein ist der Tourismus eine stark konjunkturabhängige und eine auf die Sommermonate beschränkte Branche. In Uruguay kommt als Nachteil noch hinzu, daß ein guter Teil der Investitionen in Tourismus-Immobilien nicht produktiv angelegtes Geld ist. Ferienhäuser im Nobelbad 'Punta del Este' sind eher Vermögensanlagen und Spekulationsobjekte als für den Tourismus genutzte Infrastruktur. Eine weitere Gefahr ist, daß durch das Fehlen von Bebauungsnormen und -vorschriften eine

Zersiedelung der Küste provoziert wird, die ökologische Belange völlig außer acht läßt.

Treffend charakterisiert das Forschungsinstitut des Linksbündnisses 'Frente Amplio' die wirtschaftliche Gratwanderung Uruguays im MERCOSUR. "Wenn wir den MERCOSUR zu sehr nach außen abschotten, werden wir von Brasilien abhängig, dessen Industrieprodukte wir dann kaufen müßten. Wenn wir den MERCOSUR zu sehr öffnen, werden wir zum Spielball des Weltmarktes oder der USA, deren Technologien uns weit überlegen sind. Uruguay darf daher nicht nur auf ein Pferd setzen, sondern muß sehr weitschauend agieren, um seinen Spielraum zu erweitern. Die uruguayische Regierung reagiert viel zu passiv auf die Bedrohungen. Wir müssen uns an die Ausarbeitung einer an den Bedürfnissen des Volkes ausgerichteten Entwicklungsstrategie setzen."

Die soziale Absicherung: Defizitär, ungerecht und ineffizient - und trotzdem keine Reform

"Das Problem Uruguays sind nicht die hohen Staatsausgaben - diese liegen im Gegenteil mit ca. 25 Prozent Anteil am Bruttoinlandsprodukt wesentlich niedriger als in den westlichen Industrienationen (über 40 Prozent!). Das Problem ist der hohe Anteil an Sozialausgaben", merkte der Wirtschaftswissenschaftler Hugo Davrieux schon vor fünf Jahren an. Seitdem nahmen die Probleme noch zu. Innerhalb der letzten acht Jahre haben sich die staatlichen Ausgaben für die Sozialversicherung verdreifacht, sie liegen 1992 bei 1,47 Milliarden US-Dollar, dadurch ergab sich ein Rekorddefizit von 215 Millionen US- Dollar. Das System hat sich außerdem nicht auf veränderte gesellschaftliche Strukturen eingestellt. Die uruguayische Gesellschaft ist überaltert, Unterbeschäftigung und Jugendarbeitslosigkeit nehmen zu.

Gleichzeitig ist das Sozialsystem in hohem Maße ineffizient. Die Bewilligung von Leistungen dauert viele Monate, es entstehen hohe Bearbeitungskosten, die Verteilung der Leistungen wird nur ungenügend geprüft und kontrolliert. Das öffnet Mißbrauch Tür und Tor. Hohe Beamte und Politiker versorgen ihre Klientel und sich selbst mit Leistungen. Unternehmen, die für ihre Arbeiter keine Versicherung einzahlen, werden erst in jüngster Zeit stärker zur Verantwortung gezogen. Andere Gruppen hingegen werden zur Kasse gebeten. Arbeiter im Baugewerbe zum Beispiel zahlen die Hälfte ihres Bruttolohns an Sozialausgaben .

Die Regierung Lacalle sah als Antwort auf die Krise des uruguayischen Sozialsystems ein 'stärker leistungsbezogen' Sozialversicherungsmodell vor. Unternehmen und Arbeitnehmer sollten Beiträge auf ein jedem Arbeitnehmer zugewiesenes Konto einzahlen, das sich einem staatlich festgelegten Zinssatz entsprechend verzinsen sollte.

Im Parlament lehnte allerdings eine Mehrheit diesen Reformvorschlag ab. Während die linken Parteien den Gesetzesvorschlag prinzipiell als unsozial verurteilten, weil die Menschen mit geringem Einkommen oder diejenigen, die im informellen Sektor arbeiten, von dem oben genannten Sozialversicherungsmodell ausgeklammert bleiben würden, gibt es zwischen den traditionellen Parteien ('Blancos' und 'Colorados') eigentlich Übereinstimmung in wesentlichen Fragen der sozialen Absicherung. Die 'Colorados', die in der Opposition sind, haben jedoch alles getan, um einen Regierungserfolg in dieser Frage zu verhindern. Sie haben sich nur dazu bewegen lassen, sich mit den regierenden 'Blancos' an einen Tisch zu setzen. Doch es ist zu vermuten, daß 1993 fleißig weiter taktiert wird, denn 1994 stehen Parlamentswahlen ins Haus.

In den bisher untersuchten Bereichen Privatisierung, regionale Integration und Reform der Sozialversicherung scheinen die von der Regierung begonnenen Reformen von Blockadeversuchen der Opposition erfolgreich behindert. Das Parteiensystem Uruguays, die politischen Eliten also, erweisen sich in der gegenwärtigen Lage als unfähig, Kompromisse zu schließen und wichtige Reformen in Gang zu bringen. Neben den genannten Reformen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich rückte daher 1993 eine neue Reform ins Zentrum des Interesses: die Reform des politischen Systems selbst.

Aufbruch in den Kommunalverwaltungen?

Uruguay ist ausgesprochen zentralistisch organisiert. Präsidentschaftswahlen und Wahlen für das nationale Parlament, für Departments und Kommunen finden am selben Tag statt, der Wähler kann nur einer Partei (sublema) seine Stimme geben, die dann gleichzeitig für alle Ebenen und Ämter gilt. In den vergangenen Jahren gab es allerdings einige wichtige Entwicklungen in Richtung Dezentralisierung, die bezeichnenderweise nicht von Präsident oder Parlament ausgingen, sondern von den Lokalregierungen, so z.B. von den regelmäßigen Treffen der 19 Department-Chefs des Landes. Dezentrale Strukturen, die in Uruguay lange als besonderer Hort von Korruption und Mauscheleien galten, die überdies die nationale Regierungsfähigkeit einschränkten, sind heute bei den Wählern beliebt. Lokalpolitiker genießen deutlich mehr Vertrauen in der Bevölkerung als nationale. Dynamisierend wirkte hauptsächlich der Umstand, daß mit dem sozialistischen Bürgermeister Tabaré Vazquez die mächtige Stadtverwaltung und Department-Regierung Montevideos erstmals nicht von der den Präsidenten stellenden Partei regiert wurde. Dem Frente Amplio gelang es, sich mit neuen Impulsen vor allem für mehr Partizipation auf Gemeindeebene ein eigenes Profil zu verschaffen.

Mittels wirtschaftlicher Anreize wird versucht, kommunale Beamte zum Ausscheiden aus ihren Ämtern zu bewegen, denn bisher wird die Hälfte des Haushalts Montevideos für ihre Gehälter ausgegeben. Gleichzeitig erhöhte die Kommune die Löhne der Verbleibenden deutlich. Zur weiteren Sanierung des Haushalts erarbeitete die Verwaltung ein komplettes Kataster der Hauptstadtimmobilien. Dieses dient zukünftig als Grundlage einer höheren und sozial gerechteren Grund- und Gebäudesteuer, die ein Eckpfeiler des kommunalen Haushalts ist.

Zudem wurden erstmals Gemeindezentren mit vom Bürgermeister nominierten Leitern in 18 Stadtvierteln eingerichtet, in denen die Bürger in Nachbarschaftsversammlungen partizipieren können. Diese Gemeindezentren sind ein großer Erfolg. Der neue Raum für Beteiligung wird genutzt, in einer Umfrage vom Mai 1992 bewerteten 85 Prozent der Bürger sie als positiv und nur drei Prozent äußerten sich negativ.

Bislang mäßigen Erfolg hatte der Versuch der Kommunalbehörden, die Überschneidungen nationaler und städtischer Behörden zu entwirren und die städtische Zentralbürokratie - z.B. die endlosen Behördengänge - bürgerfreundlicher zu gestalten.

Die Diskussion um weitere Reformschritte wird fortgesetzt, sie soll allerdings 1993 abgeschlossen werden. Dabei erreichten die Kommunalvertreter einen überparteilichen Konsens dahingehend, daß Parteien proportional zu ihren Wählerstimmen politisch wichtige Posten auf Stadtviertelebene gegeben und die Nachbarschaftsversammlungen gestärkt werden sollen. Auch sollen die Department-Chefs mehr als einmal wiedergewählt werden können.

Die Dezentralisierung wird nicht nur in Montevideo ein wichtiges Thema bleiben. Erstmals wollen die Parteien mit Vorschlägen zur Kommunalpolitik in die nächsten Wahlen gehen. Wichtige Veränderungen in Richtung weiterer Dezentralisierung können jedoch nur über eine Verfassungsänderung mit Zwei-Drittel-Mehrheit erreicht werden, so z.B. das Abtreten von nationalen staatlichen Aufgaben (z.B. Steuereinnahmen) an die Departements oder Kommunen.

Verfassungs- und Wahlreform - Aussicht auf Erfolg?

Die Zerfahrenheit der innenpolitischen Lage nimmt zu. Der Präsident findet immer seltener die Mehrheiten, die er zur Verabschiedung von Gesetzen dringend braucht. Das ist im politischen System Uruguays aber angelegt. Die Eigenarten des Wahlrechts bedingen nämlich, daß die relativ stärkste Liste (Partei='sublema') des relativ stärksten

Wahlbündnisses ('lema') automatisch den Präsidenten stellt. So wurde Lacalle Präsident, weil sein Liste ('Herreristas') landesweit 22,6 Prozentpunkte bekam. Damit war sie die stärkste innerhalb des Wahlbündnisses der 'Blancos', das es insgesamt auf 38 Prozent brachte und damit als relativ stärkstes Parteienbündnis aus den Wahlen hervorging. In Uruguay wird somit der Präsident, der zugleich Regierungschef ist, über ein Mehrheitswahlrecht bestimmt, während das Parlament aus streng proportionalen Wahlen hervorgeht. Lacalle konnte sich zunächst einmal nur auf knapp ein Viertel der Parlamentarier stützen, d.h. auf diejenigen, die seiner Liste angehörten. Die Blockade ist vorprogrammiert. Der Präsident hat keine Mehrheit im Parlament oder umgekehrt ausgedrückt, die Parlamentsmehrheit hat keinen Präsidenten. Im Interesse der Handlungsfähigkeit jeder Regierung läge es daher auf der Hand entweder den Präsidenten (z.B. durch ein Mehrheitswahlrecht auch für das Parlament) oder das Parlament zu stärken (das z.B. den Regierungschef wählen könnte).

Doch eine für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit im Parlament liegt für beide Varianten völlig außer Reichweite. Das Dilemma, in dem sich das politische System Uruguays befindet, beschreibt der Sozialwissenschaftler Pablo Mieres folgendermaßen:

"Jeder geht mit einem Taschenrechner unter dem Arm herum und versucht auszurechnen, welche Konstellation ihm am meisten nützt. (...) In den allermeisten Fällen ist es aber so gut wie unmöglich, zuverlässig abzuschätzen, wie die Partei am Ende dasteht. Und weil Politiker Risiken scheuen, lassen sie lieber alles beim alten."

Am wahrscheinlichsten sind daher 'kleine Lösungen', die am bestehenden Wahl- und Präsidialsystem herumflicken, ohne es wesentlich zu ändern. Mittlerweile wurden mehrere Vorschläge ausgearbeitet, die eher das Parlament stärken und die wahlbündnisübergreifende Koalition zwischen den Parteien vereinfachen werden.

Zerstrittene Regierung - uneinige Opposition

Erschwerend kommt hinzu, daß Präsident Lacalle es nicht verstanden hat, im eigenen Haus für Frieden zu sorgen. Die regierenden 'Blancos' sind zerstritten. Die Führer der kleineren Listen, die mit Lacalles 'Herreristas' koalierten, haben im April ihre Minister aus dem Kabinett zurückgezogen. Sowohl Gonzalo Aguirre, Vizepräsident und Führer von 'Renovation y Victoria' als auch Julio Pereira, Führer des moderaten Flügels der 'Blancos' (MNR), begründeten diesen Schritt mit der Entscheidung Lacalles, an seiner neoliberalen Wirtschaftspolitik festzuhalten. Beide werden die Regierung aber wahrscheinlich weiter stützen. Auf offenen Konfrontationskurs ist allerdings schon im vergangenen Jahr der neu formierte 'Polo Progresista' gegangen, der als 'linker Flügel' der 'Blancos' gelten kann.

Doch auch Oppositionsgruppen, die programmatisch weitgehend mit der Regierung übereinstimmen, fahren einen harten Konfrontationskurs gegen sie. Der Gegenspieler Lacalles aus den letzten Wahlen, Jorge Batlle, gibt sich in seinem Parteienbündis, den 'Colorados', als 'Super-Liberaler' mit radikalen Reformvorschlägen. Sein großer innerparteilicher Gegner, der Lacalle als Präsident voranging, ist Julio M. Sanguinetti. Dieser bricht politische Absprachen mit der Regierung, weil er sich dadurch bei der Bevölkerung für die nächsten Wahlen empfehlen will. Er bereist das Land bereits wie zu Wahlkampfzeiten und sucht Profil als sozialdemokratischer, 'präsidialer' Staatsmann.

Schließlich sind da noch die Parteien der Linken, denen es ebenfalls an Geschlossenheit fehlt. Als kleinstes der insgesamt vier uruguayischen Wahlbündnisse (ca. zehn Prozent der Stimmen) versucht der 'Nuevo Espacio', angeführt von der sozialdemokratisch orientierten PGP (Partido por el Gobierno del Pueblo) Hugo Batallas mehr schlecht als recht, das Zünglein an der Waage zu werden, um sich an der nächsten Regierung beteiligen zu können.

Das große Wahlbündnis der Linken heißt 'Frente Amplio' (breite Front). Es stellt seit 1989 mit Tabaré Vasquez (Sozialist) den Bürgermeister Montevideos und hat damit erstmals die Chance, eigene Regierungserfahrung zu sammeln. Laut Umfragen liegt der Frente in der Wählergunst heute direkt hinter den 'Colorados'. Doch der Frente befindet sich in einer Krise. Die Spaltung der kommunistischen Partei ließ die sozialistische Partei mit zur wichtigsten Gruppierung des Bündnisses werden. Gleichzeitig wird diese Fraktion vom radikalen linken Flügel hart bekämpft. Die Auseinandersetzungen zwischen den in den Entscheidungsstrukturen des Frente über die Maßen einflußreichen und überrepräsentierten linksradikalen Splittergruppen und der 'Regierungsfraktion' unter Bürgermeister Vazquez lähmen den Frente zunehmend und drohen noch in diesem Jahr in eine Spaltung zu münden.

Der bisherige 'hektische Stillstand' ist für Uruguay typisch und wird als 'immovilismo' bezeichnet und kritisiert. Wer ihn bemängelt, muß jedoch bedenken, in wie vielen anderen Ländern Lateinamerikas an wirkliche Reformen aufgrund von Bürgerkrieg, Drogenkrieg oder Wirtschaftskrise in diesem Augenblick nicht zu denken ist. So ist es denn vielleicht schon ein Erfolg, daß an der Legitimität der uruguayischen Demokratie zur Zeit niemand ernsthaft zweifelt. Über zwei Drittel der Uruguayer halten die Demokratie nicht für gefährdet, und 73,3 Prozent sind der Ansicht, daß die Demokratie die beste und leistungsfähigste Regierungsform ist - auch wenn sie sich nur im Schneckentempo voran bewegt.

Wolfram Klein

Ich verstehe die Trommel nicht mehr

Jugendbücher zu Afrika

Rassistische Vorstellungen über Afrika und AfrikanerInnen waren und sind in Deutschland weit verbreitet. Ein Medium (neben vielen anderen[1]), das diese Vorurteile transportiert, war und ist z.T. auch heute noch die Jugendliteratur. Im folgenden wird untersucht, inwieweit einige weitverbreitete Taschenbücher aus der Reihe 'dtv-junior pocket', die sich mit Afrika beschäftigen, ihrem Anspruch genügen und eine eurozentrische Sicht tatsächlich überwinden. Verglichen werden diese Bücher mit einigen neueren Jugendbüchern zu Afrika.[2]



Ankunft europäischer Zivilisation, Schulbuch aus der DDR 1989

"Die Reihe für junge Menschen, die mitdenken wollen" - so wirbt der Deutsche Taschenbuch Verlag für seine Jugendbuchreihe 'dtv-junior pocket'. "Diese Bücher setzen sich mit den Problemen der Gegenwart auseinander, zum Beispiel mit den Problemen der Dritten Welt."[3] Ein Schwerpunkt ist dabei Afrika mit immerhin sieben lieferbaren Taschenbüchern.[4] Diese preiswerten Taschenbücher verkaufen sich gut und wurden alle mehrfach nachgedruckt. Nicht nur stehen sie in jeder Stadt- und Kreisbücherei, sie finden sich auch in vielen Schulbüchereien. An Schulen werden sie auch gern als Lektüre eingesetzt - zu jedem der im folgenden besprochenen dtv-Bände hat der Deutsche Taschenbuch Verlag Lehrerhandreichungen veröffentlicht. Doch ermöglichen diese weit verbreiteten Bücher wirklich den versprochenen "Blick über den Tellerrand-Afrika zum Anfassen"?[5]

'Häuptlinge' gehen zur Schule

Der älteste noch lieferbare Titel ist der von Renate Welsh herausgegebene Sammelband 'Ich verstehe die Trommel nicht mehr', dessen Erscheinen 1979 die österreichische Sektion von Terre des Hommes förderte.[6] Die Kurzgeschichten wurden zur Hälfte von in Österreich studierenden AfrikanerInnen und von ÖsterreicherInnen verfaßt.

In 'Grundsteinlegung' trifft ein österreichischer Ingenieur einen jungen Nigerianer wieder, dem er den Schulbesuch ermöglichte:

"Offiong, der älteste Sohn des Häuptlings von Okongtokong! Vor neun Jahren habe ich ihn zum ersten Mal gesehen, in der grünen Wildnis des Regenwaldes. Und dann zum letzten Mal vor zwei Jahren in Europa, wo Offiong sich durch alle Abteilungen einer modernen Industrieanlage durchgearbeitet hat. Damals im Dschungel trug er ein zerfetztes Hemd und ein Lendentuch. In Europa trug er Blue jeans und fröhliche T-Shirts. Heute trägt Offiong einen Sommeranzug aus silbergrauer Seide, dazu ein weißes Hemd mit hohem Kragen und eine breite stahlblaue Krawatte." (Trommel S. 85-86)

Nicht nur wird die implizit abwertende 'Spezialterminologie für Afrika' (Häuptling statt etwa König/Fürst/Bürgermeister o.ä.) verwendet. Der immer fröhliche Afrikaner, der sich mit weißer Hilfe passabel entwickelt, ist ebenfalls ein Klischee. Voraussetzung für den Fortschritt ist das Durchlaufen der europäisch geprägten Schule, eine in 'Ich verstehe die Trommel nicht mehr' häufige Thematik. In 'Enkarbobo' etwa freuen sich kenianische Straßenkinder auf den Schulbesuch, den ihnen ein weißer Father ermöglicht. Trotz der rigiden Disziplin sind die Schüler in 'Ein Tag am Fuße des Kyawatuba-Berges' stolz auf ihre Schule.

Zwar muß eine in Europa studierende Afrikanerin bei einem Heimatbesuch eingestehen: "Ich verstehe die Trommel nicht mehr." (Trommel S. 34), doch meist gelten Tradition und Moderne als vereinbar. Dabei ist aber im Zweifelsfall die (europäisch geprägte) Moderne der (afrikanischen) Tradition überlegen.

Deutsche 'entwickeln' Afrika

Ist in 'Ich verstehe die Trommel nicht mehr' der Glaube an die Möglichkeiten europäischer Entwicklungshilfe noch weitgehend ungebrochen, gibt es in Othmar Franz Langs 'Geh nicht nach Gorom-Gorom' erste Zweifel, und in Jo Pestums 'Die Zeit der Gazelle' verzweifeln die Entwicklungshelfer fast.



Wie Neger gemacht werden, Kinderbuch 1988

Die Schauplätze der Handlungen beider Bücher sind deutsche Entwicklungshilfeprojekte. Dabei wird in 'Geh nicht nach Gorom-Gorom' aus der Sicht eines deutschen Entwicklungshelfers und seines Hausjungen, eines Jugendlichen aus Burkina Faso, erzählt. In 'Die Zeit der Gazelle' ist der Ich-Erzähler ein deutscher Abiturient.

Wichtig für den Erfolg von Entwicklungshilfeprojekten im "gottverlassenen Gorom-Gorom" (Gorom S. 99/100) ist die richtige Einstellung des Entwicklungshelfers, wie eine Französin einem deutschen Architekten erläutert:

"Ach, es ist so tröstlich, daß Sie ein wenig Arbeit nach Gorom bringen. Sinnvolle Arbeit. Die Leute hier müssen sehen, daß sie etwas machen können, das nicht unter ihren Händen verdorrt. [...] Sonst kann man nur warnen. Geh nicht nach Gorom-Gorom, wenn du kleinmütig bist, wenn du dir nichts zutraust, wenn du nach dem ersten Mißerfolg aufgibst. Wenn du nicht die ganz große Zähigkeit hast, geh nicht nach Gorom-Gorom." (Gorom S. 157)

Es sind die idealistischen EntwicklungshelferInnen und nicht die zwar gutwillige, aber unerfahrene Bevölkerung, die die Entwicklung der Gesellschaft voranbringen. Ein deutscher Entwicklungshelfer äußert sich deshalb auch so zu seiner Arbeit:

"Ich tröste mich Tag für Tag damit, daß dieser ganze Mist hier auf jeden Fall besser ist als gar nichts. Und dann, sie [die Einheimischen] sind so geduldig. Geduldig und dankbar auch." (Gorom S. 62)

Entsprechen die Einheimischen[7] in dem ursprünglich 1981 erschienenen 'Geh nicht nach Gorom-Gorom' den paternalistischen Erwartungen der sie 'entwickelnden' Entwicklungshelfer, reagieren sie im 1985 veröffentlichten 'Die Zeit der Gazelle' feindselig, wie sich bei einem Fest mit Tanzvorführungen zeigt, bei dem die Entwicklungshelfer durch einen Platz auf der Ehrentribüne nur scheinbar geehrt werden:

"Sie verhöhnten uns, zeigten uns ihren Spott, spielten Theater mit uns, führten uns vor, machten uns lächerlich! Und all die Zuschauer kannten das Spiel und genossen es. Die weißen Herrscher auf den Thronen. Demütig liegen die Wilden vor ihnen im Staub und beweisen ihre Unterwerfung. Die primitiven Sklaven, auf Zuckerbrot oder Peitsche der Eroberer wartend. Sie suhlten sich geradezu in der Rolle der Unterwürfigen, und uns hatten sie die lächerliche Rolle der Paschas zugeschanzt. Als wir es merkten, war es zu spät, da wurden wir schon als Karikaturen verlacht." (Gazelle S. 92)

Diese bedrohlich wirkende Bevölkerung läßt wegen eines zuletzt gewalttätig ausgetragenem Eifersuchtsdramas zwischen dem Afrikaner Gérard und dem Entwicklungshelfer das Entwicklungshilfeprojekt scheitern:

"Hier ging es nicht um Schwarz oder Weiß, Afrika oder Europa, Kolonialgeschichte und Befreiungsbewegung. Nein, dies war die banale Alltagsgeschichte: die Frau zwischen zwei Männern. Gérard hatte lediglich geschickt die Stimmung ausgenutzt, um den Rivalen loszuwerden." (Gazelle S. 121)

Den Schluß, daß sich die Bevölkerung irrational verhält, wenn sie wegen einer derartigen Banalität ein Projekt scheitern läßt, wird der/die LeserIn selbst ziehen.

Selbsterfahrung bei deutschen MissionarInnen in Ghana

Derartige schnöde Erwägungen sind den deutschen Schwestern fremd, auf deren Missionsstation sich die 17-jährige Ich-Erzählerin in 'Akuabo - sei willkommen' mehrere Wochen aufhält. In dem 1990 veröffentlichten Buch von Annelies Schwarz wird die Reise eines deutschen Mädchens 'in ein Dorf in Ghana' beschreiben. Immer wieder macht die Erzählerin die für sie deprimierende Erfahrung "Ich bin die privilegierte Weiße an der Goldküste!" (Akuabo S. 25). Eine deutsche Schwester rät dem großzügigen Mädchen:

"Anne", beginne ich stockend, "denkst du, daß es richtig ist, wenn man den Leuten hier im Dorf Geld gibt?" "Sie nehmen es gern, aber sie geben es auch schnell aus. Wenn du ihnen wirklich helfen willst, mußt du mit ihnen leben, mit ihnen sprechen, mit ihnen arbeiten. Wenn sie dich mögen, werden sie dir zuhören und versuchen, so zu arbeiten, wie du, um dir eine Freude zu machen." (Akuabo S. 84)

Diese paternalistische Haltung wird von der die Schwestern bewundernden Erzählerin nicht in Frage gestellt. Sie selbst übernimmt für eine ausgebildete ghanesische Grundschullehrerin deren Klasse, da diese von dem "schmale[n] Gehalt" der Lehrer, das "höchstens für zwei Wochen zum Leben reicht" (Akuabo S. 104), ohne zusätzliche Einnahmen nicht leben kann. Ein Verweis auf das in Ghana durchgeführte Strukturanpassungsprogramm würde in diesem Zusammenhang einiges erklären, doch wie auch in den anderen bisher besprochenen Büchern werden ökonomische oder politische Zusammenhänge ausgeblendet.

Die Erzählerin interessiert sich vor allem dafür, "eine ganz neue Erfahrung für mich" (Akuabo S. 147) zu machen, wobei aber die Ghanaer für ihren Geschmack zu europäisch sind: "Ist das [...] überhaupt afrikanisch?" (Akuabo S. 77)

Nicht in der Reihe 'dtv-junior pocket' erschienen ist 'Auf der Lichtung' (1992). Der 1970 geborene Christoph Reinhardt berichtet von seiner Reise nach Ghana. Dabei läßt der Hinweis auf der Buchrückseite, daß der Autor "seit der Schulzeit [...] in kirchlichen Dritte-Welt-Gruppen" engagiert ist, ein kritischeres Buch als 'Akuabo - sei willkommen' erwarten.

Ähnlich wie A. Schwarz sieht Reinhardt seinen zweimonatigen Aufenthalt auf einer Missionsstation der 'Weißen Väter' als Selbsterfahrung. Und wie sich in Ghana herausstellt, steckt "das Leben jenseits der westlichen Zivilisation [...] noch voller Abenteuer und Gefahren." (Lichtung S. 150)

In Ghana stößt er immer wieder auf die "afrikanische Mentalität" (z. B. Lichtung S. 60), die aber trotz "eine[r] kleine[n] Stammeskunde" (Lichtung S. 63) durch die weißen Missionare "undurchdringbar" (Lichtung S. 122) bleibt.

Als ihm ein befreundeter Missionar die Summe seiner Erkenntnisse über die Afrikaner mitteilt, stimmt er nach anfänglichem Zögern zu:

"Die Leute hier - irgendwo sind sie wirklich wie Kinder. [...] Diese Antwort will mir nicht passen, denn das ist schließlich das alte Klischee vom dummen, naiven Neger, der im Busch sitzt und begeistert ist, wenn man ihm Glasperlen schenkt. Aber so völlig aus der Luft gegriffen ist das alles nicht. Sie sind einfach 'kindlich', wenn es darum geht, ihr Leben zu gestalten." (Lichtung S. 121)

Der Ertrag seines Selbsterfahrungstrips läßt sich einfach zusammenfassen: "Ohne Europäer wird es so bald wohl doch nicht gehen" (Lichtung S. 127) und "Man braucht deutsche Gründlichkeit und Organisation, denn dies sind wahrlich keine afrikanischen Tugenden." (Lichtung S. 58)

Weiße Helden und hilfsbedürftige AfrikanerInnen

Nach Streiffeler[8] ist für die koloniale Jugendliteratur eine narzißtische Identifikation mit dem weißen Helden typisch:

"Die soziale Wahrnehmung, welche die deutschen Helden von den Afrikanern haben, ist herabsetzend und reduzierend - oft bis aufs Animalische. Der Kolonisator ist nicht neugierig und interessiert sich nicht für die Handlungsmotive der Afrikaner; Kom-

munikation und Begegnung kommen kaum vor; Erschütterungen des eigenen kulturellen Selbstverständnisses sind ausgeschlossen."

Abgesehen von einigen Stellen bei Reinhardt ('Auf der Lichtung') findet sich in der besprochenen Literatur eine derartig eindeutig abwertende Haltung nicht mehr. An ihre Stelle ist ein Paternalismus getreten, der nach Bahman Nirumand charakteristisch für die Einstellung der meisten Deutschen gegenüber AusländerInnen, besonders aus Ländern der Dritten Welt, ist:

"In den Augen der meisten Deutschen ist ein Ausländer, vor allem wenn er nicht aus West-europa stammt, ein Mensch, der Führung, Beistand, Belehrung und einer besonderen Behandlungsweise bedarf. Ein Ausländer ist - gleichgültig in welcher Position er sich befindet - ein geistiger und materieller Almosenempfänger. [...] Man kann auf sie herabblicken, meist freundlich, selten bewußt boshaft."[9]

Selten geworden ist auch die offene Verteidigung des Kolonialismus, die Benzing, die in den siebziger Jahren 400 Jugend- und Kinderbücher untersuchte, häufig vorfand:

"Die Behandlung der afrikanischen Geschichte im Kinder - und Jugendbuch der Bundesrepublik [bis in die siebziger Jahre] ist eindeutig europa-zentrisch. Die Geschichte Afrikas wird dargestellt als Erforschungs- und Kolonialgeschichte. Es wird eine emotionale Parteinahme erweckt für die wagemutigen Europäer, die als Forscher oder Kämpfer im Dienst des Kolonialismus vorgestellt werden. Es gibt Ausnahmen ..."[10]

Aber regt die bisher besprochene Jugendliteratur wirklich zu einem gleichberechtigten europäisch-afrikanischen Dialog frei von eurozentrischen Vorurteilen an? Bestätigt sie nicht eher die (subtilen) Vorurteile vieler - auch wohlmeinender - Deutscher, die ein in Deutschland lebender Afrikaner so charakterisiert:

"Die Bereiche bleiben fein säuberlich getrennt: Europa ist zuständig für materiellen Wohlstand, Erfolg, Herrschaft, Disziplin, Intellekt, Systematik etc.. Afrika steht für Tanz, Musik, Sport, Sexualität, Emotion, Spontaneität, Beziehung, Armut, schwere Arbeit etc. etc.."[11]



Wagemutige Europäer und "zurückgebliebene" AfrikanerInnen

Nicht eurozentrische Jugendbücher zu Kenia

Verstärkt wird das Bild des Afrikaners als "geistigem und materiellem Almosenempfänger" noch dadurch, daß in den bisher besprochenen Büchern meist aus der Sicht einer/s deutschen Jugendlichen erzählt wird, die/der sich für eine kurze Zeit in einem Entwicklungshilfeprojekt bzw. einer deutschen Missionsstation aufhält. So wird der/dem LeserIn Afrika aus einer Außensicht vorgestellt, die (afrikanische) Innensicht tritt demgegenüber stark zurück oder fehlt überhaupt.

Sowohl in Stefanie Zweigs ursprünglich 1980 erschienenen Buch 'Ein Mundvoll Erde' (dtv-junior pocket) wie auch in Meja Mwangis 1991 erschienener Erzählung 'Kariuki und sein weißer Freund' (Lamuv: Baobab) ist dies anders. Beiden Büchern liegen persönliche Erfahrungen zu Grunde und sie geben zumindest teilweise eine (afrikanische) Innensicht.

Die 1932 geborene Jüdin Stefanie Zweig wanderte 1938 mit ihren Eltern nach Kenia aus, um der nationalsozialistischen Verfolgung zu entgehen. Dort lebte sie zehn Jahre lang auf einer Farm. In dieser Zeit spielt auch 'Ein Mundvoll Erde'. Der 1948 geborene Meja Mwangi ist neben Ngugi wa Thiong'o der bedeutendste Autor Kenias. 'Kariuki und sein weißer Freund', das 1992 den Deutschen Jugendliteraturpreis erhielt, spielt im Kenia der fünfziger Jahre dieses Jahrhunderts.

'Ein Mundvoll Erde' und 'Kariuki und sein weißer Freund' sind thematisch ähnlich und unterscheiden sich vor allem darin, daß die Geschichte bei Zweig aus der Sicht eines sich in die Kultur seiner afrikanischen Umgebung einfügenden weißen Mädchens und bei Mwangi aus der Sicht eines afrikanischen Jungen erzählt wird. In beiden Fällen wird mit viel Sympathie und sehr kenntnisreich ein Bild der kenianischen Gesellschaft vermittelt. 'Ein Mundvoll Erde' allerdings neigt wegen der weitgehenden Ausblendung der kolonialen Machtverhältnisse zur Idylle:

"Schamaboys arbeiteten auf dem Feld. Es gab auch Hausboys, die nur im Haus arbeiteten, und niemals hätten sie zu einer Hacke gegriffen oder es zugelassen, daß die Schamaboys ins Haus kamen. Das war gegen die Regeln, und in Ol'Joro Orok hielt jeder die Regeln streng ein. Das machte das Leben schön und aufregend." (Mundvoll S. 6)

Immerhin hat die Hauptfigur der Erzählung, die Tochter des deutschen Farmverwalters, nach der Begegnung mit einem rebellischen Arbeiter eine Vorahnung:

"Eines Tages werden die Schwarzen ihr Land für sich allein haben wollen. Es ist ihr Land." (Mundvoll S. 110)

Andere nicht eurozentrische neuere Jugendbücher

Wie 'Kariuki und sein weißer Freund' ist auch 'Der Ringkampf' der nigerianischen Autorin Buchi Emecheta in der Baobab-Reihe des Göttinger Lamuv Verlages erschienen, deren Ziel es ist, "ohne Vorurteile und ethnozentristische oder rassistische Einstellungen" (Verlagsprospekt) zu berichten. Emecheta beschreibt eine Auseinandersetzung der Jugendlichen zweier Igbo-Dörfer. Die während des Biafra-Krieges (1967-1970) Geborenen haben grausame Erlebnisse durchgemacht und stehen vielen Traditionen skeptisch gegenüber. Aber auch die Schule untergräbt den Zusammenhalt der Gemeinschaft: die Schüler fühlen sich dem Rest der Gesellschaft überlegen. Diese Spannungen werden aber von den Alten der beiden Dörfer unbemerkt in eine produktive Richtung gelenkt: ein traditioneller Ringkampf soll die Jugendlichen wieder an die Traditionen heranführen. Nach einigen Komplikationen gehen die Überlegungen der Alten schließlich auf.

Emecheta schildert lebendig die komplexe Struktur einer ländlichen afrikanischen Gemeinschaft im Umbruch. Gerade wegen der für viele jugendliche LeserInnen befremdlichen Kultur (Polygamie, System der Altersgruppen) wäre aber ein ausführlicherer Kommentar hilfreich gewesen.

An jüngere Leser (ab 10 Jahre) wendet sich 'Justin. Ein Junge aus Kamerun erzählt' von Gisela Hoffmann und Edgar und Hildegard Lüllau. Hier wird aus der Ich-Perspektive eines elfjährigen Jungen der Alltag in Kamerun geschildert. Dabei liegt der Schwerpunkt auf dem Stadtleben, doch auch das ländliche Kamerun wird vorgestellt. Es gelingt den AutorInnen einen vielschichtigen Eindruck von Kamerun zu geben. Zumindest im Nachwort hätte aber über das Vorstellen eines Entwicklungshilfeprojektes hinaus auch auf die politische Lage und die sozialen und ökonomischen Probleme eingegangen werden können.

Zuletzt sei noch auf 'Ich heiße nicht Angelika' des amerikanischen Schriftstellers Scott O'Dell hingewiesen. Aus der Sicht eines 16-jährigen westafrikanischen Mädchens wird deren Entführung und die ihrer Freunde durch einen afrikanischen König geschildert. Sie werden auf der dänischen Karibikinsel St. John als Sklaven an eine Zuckerrohrplantage verkauft. Nach einem vergeblichen Aufstand stürzen sich die meisten Sklaven in den Tod.

Das traurigste Kapitel der afrikanischen Geschichte wird in diesem lebendig geschriebenen Roman dramatisiert. Dabei erscheinen die Afrikaner nicht als wehrlose Opfer, sondern als selbständig Agierende, die offen und verdeckt Widerstand leisten.

Die vom Schweizer 'Kinderbuchfonds Dritte Welt' geförderte Baobab-Reihe scheint mir der bisher gelungenste Versuch, Jugendlichen eine nicht eurozentrische Sicht Afrikas zu ermöglichen. Sehr wichtig ist dabei, daß die AutorInnen nicht (mehr oder weniger) wohlmeinende EuropäerInnen sind, sondern daß AfrikanerInnen selbst Afrika vorstellen. Es bleibt zu hoffen, daß bald auch bei den großen Taschenbuchverlagen - vielleicht sogar bei dtv-junior pocket - ähnliche nicht eurozentrische Jugendbücher erscheinen. Dabei sollte in Zukunft das städtische Afrika stärker als bisher berücksichtigt werden.

Peter Bräunlein

Renate Welsh, Hrsg.: Ich verstehe die Trommel nicht mehr. dtv- junior pocket Nr. 7836
Othmar Franz Lang: Geh nicht nach Gorom-Gorom. dtv-junior pocket Nr. 7844
Jo Pestum: Die Zeit der Gazelle. dtv-junior pocket Nr. 7877
Annelies Schwarz: Akuabo - sei willkommen. dtv-junior pocket Nr. 78009
Stefanie Zweig: Ein Mundvoll Erde. dtv-junior pocket Nr. 7833
Christoph Reinhardt: Auf der Lichtung. Hannover: Jan Reinhardt Verlag, 1992
Meja Mwangi: Kariuki und sein weißer Freund. Göttingen: Lamuv, 1991 (Baobab)
Buchi Emecheta: Der Ringkampf. Göttingen: Lamuv, 1992 (Baobab)
Gisela Hoffmann / Edgar und Hildegard Lüllau: Justin. Ein Junge aus Kamerun erzählt. Wuppertal: Hammer, 1992
Scott O'Dell: Ich heiße nicht Angelika. Berlin: Elefanten Press

Anmerkungen:

1) Eine gute Übersicht gibt das Buch von Regina und Gerd Riepe 'Du schwarz - ich weiß. Bilder und Texte gegen den alltäglichen Rassismus', das 1992 im Wuppertaler Peter Hammer Verlag erschienen ist.
2) Auf die relativ zahlreichen Jugendbücher, die sich mit der Situation in Südafrika beschäftigen, kann hier nicht eingegangen werden.
3) dtv pocket Prospekt (Ausgabe 1992)
4) Auf Walter Wippersburg 'Name des Landes: Azania' (dtv pocket 7869) über Südafrika und Jean Coué 'Eine Sonne aus Stroh' (dtv pocket 7884) über Algerien wird im folgenden nicht eingegangen.
5) So die Ankündigung von Annelies Schwarz 'Akuabo - sei willkommen' (dtv pocket 78009) im 'dtv-Info für die Schule' (1991).
6) Seitdem ist das Buch in einer Taschenbuchausgabe mehrfach neu aufgelegt worden - Grund genug, die Ländernamen in der Afrikakarte, wie z.B. 'Simbabwe-Rhodesien', den Realitäten anzupassen.
7) "Eingeborene" auf der Buchrückseite ist vermutlich eine Verlagsentgleisung.
8) Friedhelm Streiffeler: Eine psychologische Deutung des Heldentums in der kolonialen Jugendliteratur. In: Gottfried Mergner/Ansgar Häfner, Hrsg.: Der Afrikaner im deutschen Kinder- und Jugendbuch. Hamburg: Ergebnisse 2 (1989), S. 34
9) Bahman Nirumand: Der Deutsche haßt die Fremden wie sich selbst. In: ders., Hrsg.: Deutsche Zustände. Dialog über ein gefährdetes Land. Reinbek: Rowohlt, 1993, S. 125
10) Brigitta Benzing zitiert nach Helmut Fritz: Der eßbare Neger. Afrika in Büchern, Liedern und Alltagsmythen. In: die dritte welt 8. Jhg., Nr. 1 (1980) S. 16
11) Albert Martin Mané: Es ist Zeit zu verstehen, daß die Welt uns allen gehört. Zur Problematik des europäisch-afrikanischen Dialogs. In: WFD-Querbrief Nr. 4 (Dezember 1992) S. 10

betrifft: Kommentar „Rassismus à la Weizsäcker" in iz3w Nr. 186 und Leserbriefe dazu in iz3w Nr. 187.

Die Lektüre der Leserbriefe in der letzten Ausgabe gibt zu denken, und eine Veröffentlichung derselben unter der Sparte „Kurz belichtet" oder noch treffender „zu kurz belichtet" wäre sicherlich angebracht gewesen.
Die in den Leserbriefen artikulierte Meinung der Autoren (es handelt sich wirklich ausschließlich um Männer?) ist nahezu deckungsgleich mit der wütenden Reaktion der Gemeinschaft der Demokraten und des funktionalisierten Mediendiskurses nach der gestörten nationalen Weihestunde am 8.11.1992 in Berlin. Bei dieser Schaufensterveranstaltung ging es der politischen Klasse der BRD, die die politische Verantwortung für den offenen und gewalttätigen Rassismus und Antisemitismus in dieser Gesellschaft trägt, um eine Imageverbesserung im zunehmend besorgten Ausland und um die Sicherung der wirtschaftlichen Attraktivität des Standortes Deutschland. Die hier formierte demokratische Volksfront wendet sich gegen Gewalt in ihrer allgemeinsten Form, ohne dies in irgendeinen politischen Kontext zu bringen.
Die Gleichsetzung eines Pfeifkonzertes und Störaktionen mittels fliegender Eier mit schwerer Körperverletzung, Brandstiftung und Mord an Flüchtlingen stellt nicht nur eine besondere kognitive Anstrengung dar, sondern deutet auf stark verzerrte Wahrnehmung und einen enormen Zwang der Verdrängung.
Die bis dato schweigende Volksgemeinschaft der besseren und anständigen Deutschen will sich dieses Traumbild nicht nehmen lassen, die Nation der Kerzenhalter ist weiterhin um moralischen Ablaß bemüht.
Der zutiefst unpolitische Charakter dieser medialen Inszenierungen darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß an dem Terminus „Ausländerproblem" festgehalten wird, und ein Problem bedarf bekanntlich einer Lösung. Wenn hier die Art und Weise der Pogrome gegen Flüchtlinge abgelehnt wird, so ist daraus nicht umstandslos zu folgern, daß die „Asylantenschwemme" nicht reguliert und reduziert werden muß. Ein Tatbestand, der auch die Volkspartei SPD nicht ruhen ließ, denn in der formulierten Demontage des Asylrechts folgt sie letztlich dem braunen Pack, und das heißt: Ausländer raus und Deutschland den Deutschen. Das Verdienst der autonomen GenossInnen besteht nicht zuletzt in der Tatsache, daß hier der Zusammenhang von völkischem und institutionalisierten Rassismus deutlich, somit angreifbar gemacht wurde, und mit bescheidenden Mitteln die offitzielle Public-Relation-Aktion in ein Debakel verwandelt zu haben.
Die autonomen und linksradikalen Gruppen und Zusammenhänge scheinen in der momentanen Situation die einzigen zu sein, die noch politisch handlungsfähig sind und oppositionelle und systemkritische Standpunkte formulieren.
In der Befürchtung, daß den Autoren der erwähnten Leserbriefe auch in Zukunft einiges unklar bleiben wird, und der Hoffnung in eurer Zeitschrift weiterhin ein Sprachrohr relevanter und wichtiger Themen und Inhalte des oppositionellen Spektrums zu finden.
Ein Sympathisant des autonomen „Mobs".

Michael Voregger

betrifft: "Per Ochsenkarren in die Sackgasse" iz3w, Nr. 187, Februar 1993

Sicher ist es erlaubt die Praxis der angewandten Technik, die häufig in paternalistischer Manier armen Völkern angedient wird, zu hinterfragen. Aber ebenso muß sich gefragt werden, ob westliche Technik den Bedürfnissen westlicher Menschen und ihrer Umwelt angepaßt ist.
Die Ideologie von Wachstum und Rendite will uns diktieren, wie unsere Bedürfnisse auszusehen haben; sie redet von „technologischen Herausforderungen des dritten Jahrtausends" wie von einem Naturgesetz. Doch die Zeit fordert nichts von uns; die Fordernden sind wir, und wir entscheiden, was die Zeit bringt. Der Mensch muß sich freilich über seine - jeweils wohl verschiedenen - Bedürfnisse klar werden und ihre Manipulierbarkeit durchschauen; er muß sie ausdrücken und soweit er vermag erfüllen. Die Konzentration von Großbetrieben, die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, die Entfremdung der Menschen von ihrer Tätigkeit entspricht sicher so wenig ihren Bedürfnissen wie die Zerstörung ihrer Umwelt.
Wenn in Tanzania und anderswo die angepaßte Technologie geringe Erfolge zeitigt, liegt das nicht zuletzt an den Industrienationen, die an einem Erfolg kaum interessiert sind. Für sie zählen die Länder der Dritten Welt nur als Rohstofflieferanten einerseits, als Abnehmer eigener Überschußprodukte andererseits. Daß dieses Verhältnis erhalten bleibt, dafür sorgt ein neokoloniales System mit seiner Zinsknechtschaft. Freihandel bedeutet da, daß die andern weder sich selbst versorgen sollen noch den Aufbau eigener Industrien durch Schutzzölle sichern dürfen, wie sie am Anfang jeder Industrialisierung gestanden haben.
Hochtechnologie für die einen, Ochsenkarren für die anderen, das geht wohl nicht; aber wie wär's mit einer differenziert angepaßten Technik für alle? Doch was Afrika braucht, muß Afrika selbst entscheiden.

Stefan Kafka

„Per Ochsenkarren in die Sackgasse" (Blätter Nr. 187)

Im Beitrag "Per Ochsenkarren in die Sackgasse?" stellt Helmut Zell viele interessante und einige sicherlich richtige Beobachtungen aus seinen beiden Jahren in Arusha dar. Dennoch kommt es mir so vor, als ob er sich selbst in seiner generalisierenden Betrachtungsweise in eine solche hineinmanövriert hat.
Gegen seine Kritik an staatlichen bzw. halbstaatlichen Institutionen, die mit Regierungs- und EZ-Geldern zu trägen, aufgeblähten "Behörden"aufgebaut und als solche am Leben gehalten werden, ist nichts einzuwenden. Als dynamische Verbreiter von neuen Technologien sind sie im tansanischen Kontext sicher nicht geeignet.
Als ebenso problematisch sehe ich deren Doppelrolle als Technologie-Entwickler und als Produzent, denn sie können mittels vieler Privilegien (EZ-Unterstützung, Steuerbefreiung, Gehaltszahlungen durch die Administration) - bei einem kleinen Markt für die Produkte - günstiger produzieren als private Firmen.
Und es ist auch nicht von der Hand zu weisen, daß oftmals in jedem neuen Projekt die Fachkräfte "das Rad neu erfinden wollen"; es wird viel zu wenig auf Erfahrungen aus anderen Ländern zurückgegriffen.
Abgesehen davon, daß der Verfasser sich in keiner Zeile auf Alternativenbewertungen (Import von Fertigprodukten oder know-how??) einläßt, hätte er aber fairerweise auch darauf hinweisen sollen, daß die von ihm aufgezeigten Tendenzen z.B. für den Biogasbereich so nicht stimmen. Abgesehen davon, daß es heute aufgrund des CAMARTEC/GTZ-Projektes in Tansania mehr als 600 Biogasanlagen, davon 120 in Arusha, gibt, wurde hier von Anfang an immer versucht, vorliegende Erfahrungen zu verarbeiten und eigene weiterzugeben. Kooperationen mit ähnlichen Projekten in Nachbarländern gehörten von Beginn an zur Projektarbeit, so daß hier eine enge Süd-Süd-Zusammenarbeit entstand, die auch nach Beendigung des GTZ-Beitrags fortgeführt wird.
Es ist klar, daß Angepaßte-Technologie-Projekte per se keine "besseren" oder "allein seligmachende" Inhalte haben, auch nicht billiger sein können. Ich denke allerdings, daß sie weiter ihren Platz in der Entwicklungszusammenarbeit haben und daß sie ihren Beitrag bei der Lösung bestimmter Probleme leisten können, vorausgesetzt, Chancen und Grenzen werden richtig erkannt.

Reimund Hoffmann,
ehemaliger Mitarbeiter des CAMARTEC/GTZ-Biogasprojektes

Was Außenstehende als Slum oder Favela bezeichnen, ist für die dort lebenden Menschen ihr Zuhause. Will man die Wohnsituation in diesen Vierteln der Großstädte verbessern ('Upgrading'), so müssen die dort lebenden Menschen an der Stadtentwicklung beteiligt werden. Dies jedenfalls ist Forderung von Sebastian Kasack in seiner Studie über die Stadtentwicklung in den Armutsvierteln von Luanda (Angola). Dabei geht es den Einwohnern der 'Musseques', wie die Elendsviertel in Angola genannt werden, nicht um die Schaffung von neuem Wohnraum, sondern um die Chance, ihre jetzigen Unterkünfte auszubauen. Wichtig ist den Bewohnern, daß ihre Siedlungen als Wohngebiete offiziell anerkannt werden und daß ihnen nicht ständig die Vertreibung droht. Kasack plädiert in seiner Arbeit, die in der Folge eines ASA-Projekts entstand, für eine Stadtentwicklung von unten. Dabei thematisiert er auch die Konflikte zwischen den "community based organizations" (Stadtteilinitiativen vergleichbar) und den zentralen Planungsbehörden Luandas. Der Autor macht mit seinem Buch klar, daß Partizipation der Betroffenen im Stadtentwicklungsprozeß (Luandas) wünschenswert und erfolgversprechend ist.

Sebstian Kasack "Wollt Ihr uns etwa aus dem Viertel vertreiben?!", FDCL, Berlin 1992, 244 S., DM 14.80

Das Verhältnis zwischen Israel und den USA ist ein beliebter Gegenstand verschwörungstheoretischer Spekulationen. In Teilen der Linken gilt Israel als bloßer Brückenkopf des US- Imperialismus im Nahen Osten. Einer anderen Variante zufolge, die sich auch in rechten Kreisen großer Beliebtheit erfreut, ist in den USA eine mächtige jüdische Lobby am Werk, deren langer Arm bis in den außenpolitischen Apparat in Washington hineinreicht.

Die erste Vorstellung wurde in der Zeit nach dem Sechs-Tage- Krieg geboren, als die Linke in ihrem Verhältnis zu Israel eine Kehrtwendung vollzog und ihre Sympathien fortan der Anti-Israel-Allianz im Nahen Osten schenkte.

Vor 1967 hätte sich auch überhaupt kein Anhaltspunkt für eine bedingungslose amerikanisch-israelische Allianz finden lassen, begannen die USA doch erst in den sechziger Jahren, Frankreich in der Rolle des wichtigsten Waffenlieferanten an Israel abzulösen. Im Sechs-Tage-Krieg erfuhr Israel keine direkte Unterstützung durch die USA.

Erst Ronald Reagan tat Anfang der achtziger den entscheidenden Schritt zur strategischen Allianz zwischen seinem Land und Israel. Nicht etwa, weil er sich von der zu der Zeit besonders aktiven jüdischen Lobby - der Streit um die AWACS-Lieferungen an Saudiarabien hatte sie zu gesteigerter Tätigkeit angespornt - hatte beeindrucken lassen, sondern weil sich die USA nach dem Sturz des Schah und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan darauf besannen, daß Israel aufgrund seines stabilen politischen Systems als verläßlicher Bündnispartner in der nahöstlichen Krisenregion taugte.

Bunzl, der mit solchen Informationen verzerrte Wahrnehmungen und besonders die Klischeevorstellung von der allmächtigen jüdischen Lobby zurechtrücken will, vertritt die These, daß sich US- Präsidenten immer genau dann den Vorschlägen der jüdischen Lobby gebeugt haben, wenn sich diese mit den eigenen Handlungsabsichten deckten. Und daß sie, wie zum Beispiel Harry S.Truman, ganz unbeeinflußt von dieser Lobby eine ausgeprägt proisraelische Haltung einnehmen konnten. Truman war, wie Bunzl zeigt, ein typischer Vertreter des baptistischen Milieus in den USA, in dem aufgrund religiöser Überzeugungen eine starke geistige Verbundenheit mit dem Zionismus zu finden ist.

Auch bei Carter etwa spürt Bunzl diese Sympathie mit dem Zionismus auf - Carter 1979: "Israel und die USA wurden von Pionieren aufgebaut - meine Nation ist auch eine Nation von Einwanderern ..., wir teilen das Erbe der Bibel". Diese Überzeugung hielt den Südstaatler allerdings nicht von einem realpolitischen Umgang mit Israel ab. Aufgrund seiner Befürwortung eines israelischen Rückzugs aus den besetzten Gebieten war sein Verhältnis zu den Freunden Israels in den USA nicht ungetrübt.

Welches ist aber nun das eigentliche Wirkungsfeld der jüdischen Lobby in den USA? Bunzls Antwort fällt knapp aus: Der Kongreß. Bei ihrer Einflußnahme auf Abgeordnete verbuchen die Freunde Israels ihre eigentlichen Erfolge - im Kongreß bewirken sie zum Beispiel eine Steigerung der von der Regierung veranschlagten Hilfe für Israel (S.39). Wer gerade zu diesem Punkt mehr Information erwartet, wird von Bunzl ebenso enttäuscht wie die LeserInnen, die sich für den jüdischen Einfluß auf die US-Presse und für die Relevanz der jüdischen Wählerstimmen interessieren. Zu diesen beiden Punkten erfährt der Leser/die Leserin nicht mehr, als daß es dieses jüdische Gewicht im Medienbereich gibt, daß tätsächlich in wichtigen Wahlkreisen in New York und Kalifornien die jüdischen Stimmen von großer Bedeutung sind und daß zudem in der jüdischen US-Bevölkerung die Wahlbeteiligung außergewöhnlich hoch ist.

Relativ knauserig zeigt sich Bunzl übrigens auch mit Informationen zu arabischen Lobbygruppen in den USA. Obwohl sein Titel 'Nahostlobbies in den USA' lautet, wird das Thema der Araber in den USA in einem kleinen, hinten angehängten Abschnitt von fünfzehn Seiten abgehandelt.

Bunzl entschädigt die LeserInnen für diese Lücken mit etlichen interessanten Details rund ums Thema. Zum Beispiel zu den US-israelischen Beziehungen in den verschiedenen Phasen seit der Staatsgründung, zum nichtjüdischen (protestantischen) Zionismus, zur Geschichte des Judentums in den USA, zur US-jüdischen Debatte in der Zeit des Golfkrieges.

Den größten Gewinn werden vermutlich die LeserInnen aus Bunzls Studie ziehen, die nicht auf ein großes Lektüreerlebnis hoffen (für ein solches ist die Präsentation des Stoffes zu wissenschaftlich), sondern die mit dem Thema schon vertraut sind und zu einzelnen Bereichen noch Zusatzinformationen suchen. Dank der übersichtlichen Gliederung läßt sich die leicht finden.

isar

John Bunzl: Zwischen Washington und Jerusalem. Nahost-Lobbies in den USA. Eine Publikation des Österreichischen Instituts für Internationale Politik (ÖIIP), Wien: Braumüller 1992, 103 Seiten.

Unter dem vielversprechenden Titel 'Nach dem Erdgipfel - Global verantwortliches Handeln für das 21. Jahrhundert' veröffentlichte die Stiftung Entwicklung und Frieden in Bad Godesberg eine Aufsatzsammlung mit Dokumentationsteil, die sich zum Ziel setzt, die Defizite der UNCED-Konferenz aufzuzeigen und Marksteine einer Nord-Süd-Umweltpolitik für das nächste Jahrhundert zu setzen. Wie so oft klaffen leider auch bei diesem Buch Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander.

In einigen Beiträgen (genannt werden können hier Barbara Unmüßig, Martin Khor und Mohamed Suliman/Ben Turok) wird eine gute und zutreffende Analyse der UNCED-Konferenz geboten. Die Defizite der Konferenz werden klar: Die alten Zielkonflikte zwischen nationalstaatlichen Eigeninteressen, zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen Nord und Süd konnten auch auf dieser Mammutkonferenz nicht überwunden werden. Zudem zeigten die Industriestaaten keine ernstzunehmende Bereitschaft, substantielle Änderungen an dem bisher eingeschlagenen Entwicklungsweg zuzulassen.

Worin könnte nun aber das in dem Buch beschworene "global verantwortliche Handeln für das 21.Jahrhundert" bestehen? Der/die Leser/in wird auf der Suche danach leider allein gelassen. Man kann sich zwar einige interessante Aspekte aus einzelnen Beiträgen zusammentragen, ein inhaltlicher Zusammenhang oder eine Stoßrichtung des gesamten Buches sind aber beim besten Willen nicht zu erkennen.

Ein weiterer Kritikpunkt: Das Buch der Stiftung Entwicklung und Frieden bleibt ärgerlicherweise in einer einseitigen Nord-Süd-Perspektive stecken und schweigt bezüglich der Notwendigkeit einer ökologischen

Umgestaltung der Industriegesellschaft. Als Adressaten für notwendige Veränderungen tauchen in erster Linie die Menschen und Regierungen des Südens auf.
Worin nun gar der Erkenntniswert von zwei oberflächlichen Beiträgen zur Bevölkerungspolitik, eines von westlichem Überlegenheitsdünkel nur so triefenden Textes eines Repräsentanten der internationalen Handelskammer sowie einer klassischen Sonntagsrede von Minister Töpfer, liegen soll, bleibt das Geheimnis der Herausgeber. Warum sich die Anschaffung dieses Buches trotzdem lohnt? Neben einigen lesenswerten Beiträgen (zusätzlich zu den schon erwähnten, wäre noch die differenzierte Beurteilung der künftigen Rolle der NGOs von Jens Martens zu nennen), befindet sich im Anhang eine hundert Seiten starke Dokumentation mit Papieren sowohl der offiziellen UNCED-Konferenz als auch des internationalen NGO-Forums, die in dieser Form in deutscher Sprache bislang nicht existierte.

mk

Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.), Nach dem Erdgipfel - Global verantwortliches Handeln für das 21. Jahrhundert, Bonn 1992, 170 Seiten und 104 Seiten Dokumentation, 7.-DM

Unter dem Titel 'Tourismus und Dritte Welt' ist vor kurzem ein Lehrbuch erschienen, das nicht einfach eine weitere Schrift zum Thema Tourismus darstellt, sondern die bisher erschienene Literatur von Befürwortern und Kritikern des Ferntourismus übersichtlich zusammenfaßt und analysiert. Mit Mechtild Maurer hat sich eine Expertin in Sachen Ferntourismus für die Herausgabe dieses Sammelbandes gefunden. Nach zwei einleitenden Kapiteln und einigen Kennzahlen zum Thema werden in konzentrierter Form die wirtschaftlichen, soziokulturellen, ökologischen und politischen Aspekte des Dritte-Welt-Tourismus aufgearbeitet. Ein eigenes Kapitel ist dem Wandel der Tourismuskritik gewidmet. Das überrascht nicht, M. Maurer gehört seit Jahren zu den TourismuskritikerInnen auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin.
Wer sich einen schnellen Überblick verschaffen möchte, dem/der helfen am Schluß jedes Kapitels sogenannte 'Denkanstöße', in denen die AutorInnen ihre zentrale Argumentation nochmals kurz darlegen. Ein praktischer Ratgeber, der jedem/jeder Dritte-Welt-Touristen/in hiermit wärmstens empfohlen sei.

Tourismus und Dritte Welt - ein kritisches Lehrbuch mit Denkanstößen, Mechtild Maurer u.a. (Hg.), Berner Studien zu Freizeit und Tourismus Nr. 29, Bern 1992, 196 S., DM 29.-

"Krieg in Europa" ist der Titel des Sammelbandes, in dem es zentral um die Frage geht: Wie kam es zum Krieg in Jugoslawien? Die HerausgeberInnen aus dem Umfeld der Ost-West Gegeninformationen versuchen schon im Vorwort die Erwartungen nicht zu hoch zu schrauben. "Der Anspruch mit dem Buch einen Schlüssel zur Erkenntnis bieten zu wollen, wäre vermessen. Aber es ist möglich, Akzente zu setzen und neue Sichtweisen aufzuzeigen." Zwei Kriterien haben die Auswahl der Beiträge bestimmt - der Einsatz für eine friedliche Lösung des Konflikts und die eindeutige Absage an die 'neuen' Nationalismen.

In den ersten beiden Kapiteln analysieren die AutorInnen, die fast ausschließlich aus den ehemaligen Republiken Jugoslawiens stammen, Kriegsursachen und die daraus resultierenden Konsequenzen, während im dritten Kapitel die Chancen für eine friedliche Lösung ausgelotet werden. Es verwundert kaum, daß der dritte Teil der schwächere innerhalb des Sammelbandes ist. In der polarisierenden Realität des Krieges bleibt wenig Raum für Konfliktlösungstrategien, die auf die Kraft der minoritären sozialen Bewegungen setzen oder gar auf "interkulturelles Lernen als ein Weg zum Zusammenleben in multikulturellen Gesellschaften", so Gestettner, Wakonnig in ihrem Beitrag. Seine Stärken hat der Sammelband in den Texten zur Genese des Krieges, zu seiner (sozialen) Realität und seinen Konsequenzen.

So analysiert Holm Sundhaussen die nationale Legendenbildung und benennt drei Schlüsselfaktoren, die für die Erklärung des Krieges zentral sind: die Krise der jugoslawischen Ökonomie, die Manipulationen der herrschenden Eliten und die Verunsicherung der Bevölkerung. Rada Ivekovik versucht mit Hilfe eines massenpsychologischen Ansatzes die Triebkräfte auszumachen, die das Individuum im ehemaligen Jugoslawien zu Krieg und Gewalt drängen. Zu guter letzt sei noch der Beitrag von Mladen Lasić zur 'Kriegsökonomie' erwähnt, der betont, daß mit dem Krieg Gruppen an die Macht gekommen sind, die durch ihre nationalistische Orientierung an der Restaurierung des früheren gesellschaftlichen Organisationsmodells arbeiten.
"Krieg in Europa" versammelt Beiträge, die zu durchaus widersprüchlichen Schlußfolgerungen kommen und gerade deshalb erweist sich der Sammelband seinem Thema gegenüber als angemessen. Die Komplexität der jugoslawischen Dynamik läßt sich auf keinen einfachen Erklärungsansatz reduzieren.

TH

Johann Gaisbacher u. a. (Hrsg.): Krieg in Europa, Analysen aus dem ehemaligen Jugoslawien, dipa-Verlag, Ffm 1992, 32 DM

Stephan Waldberg vor Gericht

Am 22. Januar 1993 verurteilte das türkische Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir den deutschen Journalisten Stephan Waldberg zu drei Jahren und neun Monaten Haft wegen "Kuriertätigkeit" für die kurdische Arbeiterpartei PKK. Dieses Urteil sollte am 14.4.1993 von dem Kassationsgericht in Ankara überprüft werden. Nach Anhörung der Verteidigung hat sich das Gericht jedoch auf den 28.4. vertagt. Alles ist möglich: das Urteil kann aufgehoben, reduziert oder bestätigt werden.

Hintergrund der Verurteilung ist die Behauptung der Türkei, die kurdische PKK würde aus Deutschland massiv gefördert. Beweise für diese Angaben liegen allerdings nicht vor. Umsomehr versucht die türkische Regierung, diese These mit ihren sog. Ermittlungsergebnissen zu bestätigen. Gegen Stephan Waldberg, er ist freier Mitarbeiter von Radio Dreyeckland aus Freiburg, wurde folgendes vorgebracht: eine Grußbotschaft aus einem PKK-Lager an eine Konferenz zum Thema Kurdistan in Gießen im Oktober 1992; ein Adreßbuch mit der Behauptung, die Träger der dort enthaltenen Namen seien PKK-Leute; Abzeichen der ERNK-Bewegung, die Stephan Waldberg als Gastgeschenk entgegennahm; schließlich sprach das türkische Gericht ihm ab, als freier Jounalist tätig zu sein.

Stephan Waldberg nannte das Ermittlungs"ergebnis" vor Gericht ", konstruiert und zurechtgebogen", den Prozeß ein "politisches Kalkül", der mit Hilfe des türkischen Geheimdienstes MIT geführt worden sei. Tatsache ist, daß in der ersten Woche der Haft - als niemand außer den Militärs wußte, wo Stephan Waldberg war - in türkischen Medien eine entsprechende Vorverurteilung stattgefunden hatte. Ebensowenig war die deutsche Regierung daran interessiert, die Festnahme von Stephan gegenüber der türkischen Regierung zu einer Belastungsprobe für die ansonsten doch guten Beziehungen werden zu lasssen. Erst als in der deutschen Öffentlichkeit bekannt wurde, daß Stephan während der ersten Haftwoche gefoltert worden war, konnte sich die Bundesregierung zu einer etwas deutlicheren Kritik an Ankara durchringen, der allerdings die angedeuteten "Konsequenzen" nicht folgten. Bis zum Abschluß des Verfahrens vor dem Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir - im Ausnahmezustandsgebiet, Soldaten im Gerichtssaal, ein Militärrichter - wollte man an der Annahme eines "rechtsstaatlichen" Verfahrens festhalten, die vom Staatsanwalt vorgetragenen "Beweise" stießen nicht auf ihre Kritik.

Erst massive Proteste, z.B. der IG-Medien und des DJV (Deutscher JounalistInnenverband), an der Verurteilung führten dazu, daß nunmehr auch Bonn an einer "Schadensbegrenzung" interessiert zu sein scheint. Der Prozeß und die Verurteilung von Stephan sollen die Möglichkeiten internationaler Berichterstattung in der Türkei und Kurdistan einschränken, nachdem es der türkischen Militärmacht schon "gelungen" ist, Jounalisten aus der Türkei zu ermorden, Zeitungen zu verfolgen, die Opposition mundtot zu machen und die Menschenrechtsverletzungen in diesem Land zum Alltag werden zu lassen. Umso größere Aufmerksamkeit sollte diesem Land geschenkt werden - insbesondere auch im Hinblick auf die Praxis der Bundesregierung, kurdische Flüchtlinge in die Türkei abzuschieben und sie dort Folter und Lebensgefahr auszusetzen.

Mitte Mai will der deutsche Bundeskanzler dem Bündnispartner Türkei einen Besuch abstatten.

Kurz vor Redaktionsschluß wurde bekannt, daß Stephan am 1. April von Diyarbakir nach Ismir verlegt wurde. Dort ist er nicht mehr mit politischen Gefangenen zusammen, obwohl sich Stephan als solcher versteht und die Möglichkeit dazu bestünde. Dies legt den Schluß nahe, daß die Verlegung (auch anderer Gefangener) die Zusammenhänge im Knast von Diyarbakir zerstören soll, damit die Forderungen der Gefangenen unterlaufen werden. Dort war seit Anfang Februar ein Staffelstreik geführt worden, der Maßnahmen der Gefängnisleitung aufheben sollte: Besuchseinschränkung, Verbot der Übergabe von Lebensmitteln, Aufhebung der Gefangenenvertretung usw..

Weitere Informationen: Radio Dreyeckland, Adlerstr. 12, 7800 Freiburg. Spendenkonto: W. Rosa, Kt.Nr. 361526, Volksbank Waldkirch, BLZ 68092400, Stichwort "Stephan".

ed

Medikamente für Kuba

Cubas allgemein schwierige Versorgungslage zeigt sich auch im Gesundheitsbereich, obwohl (oder gerade weil?) das System der medizinischen Versorgung der Bevölkerung im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten beispielhaft ist.

Durch den im Oktober 1992 noch unter der Bush-Administration verabschiedeten "Torricelli-Act" wird auch unter Clinton versucht, die Wirtschaftsblockade gegenüber Cuba zu forcieren: v.a. die osteuropäischen Länder, China sowie alle Länder der "Dritten Welt" werden genötigt, den Handel mit Cuba abzubrechen, da sie sich sonst ihrerseits Sanktionen der US-Behörden (z.B. bei Umschuldungsprogrammen der USA) aussetzen würden. Schiffe, die zuvor Cuba angelaufen haben, dürfen für sechs Monate keine US-amerikanischen Häfen mehr benutzen. US-amerikanischen Firmen wird ein Verbot von wirtschaftlichen Kontakten mit dem Inselstaat auferlegt. Desweiteren sollen diese Firmen ihre durch Handelsbeziehungen mit Cuba entstandenen Auslagen von der Steuer nicht mehr absetzen können. Dieses Gesetz wurde mittlerweile allgemein als völkerrechtswidrig kritisiert, da hier nationales Recht auf fast alle Länder des Globus ausgedehnt wird.

Auch die BRD beteiligt sich an dieser Blockade, indem sie die noch aus dem DDR-Nachlaß stammenden Verträge mit Cuba trotz gegenteiliger Beteuerungen im "Einigungsvertrag" einseitig gekündigt hat.

Eine Möglichkeit, hier einzugreifen und den KubanerInnen somit zumindest ein Stück weit dabei zu helfen, ohne äußeren Druck und den z.T. daraus resultierenden inneren Restriktionen ihren Weg selbstbestimmt wählen zu können, ist nun die Kampagne "Medikamente für Cuba", die bereits seit ca. eineinhalb Jahren durchgeführt wird. Trotz beachtlicher Ergebnisse sieht eine auf dem dritten Treffen der Cuba-Soligruppen in Nürnberg (8. - 10. Januar) gebildete Arbeitsgruppe eine Weiterführung und Ausweitung der Kampagne als notwendig an.

Es werden grundsätzlich alle Arten von Medikamenten und sonstiges medizinisches Material benötigt. Für weitere Informationen v.a. über die besonders benötigten Medikamente bitte wenden an:

Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba e.V., Gruppe Essen, c/o H.-W. Hammer, Im Klipp 23, 4300 Essen 1, Tel.: 0201/ 62 26 30. (Unter dieser Adresse können auch die jeweiligen regionalen Anlauf- bzw. Abholadressen verschiedenster Cuba-Gruppen erfragt werden).

Spendenkonto: Stichwort "Medikamente für Cuba", Bank für Gemeinwirtschaft Bonn, BLZ 380 101 11, Kto.-Nr.. 120 299 9900.

Indianer fordern Demarkation ihres Landes

Anfang der achtziger Jahre startete das brasilianische Staatsunternehmen Vale do Rio Doce (CVRD) das Mammutprojekt „Grandes Carajas" , welches eine 800.000 qkm große Region in den Bundesstaaten Maranhao und Para umfaßt. Hauptziel ist die Ausbeutung des größten Eisenerzlagers der Welt. Zwanzig Prozent der Jahresproduktion dieses Rohstoffes geht allein an deutsche Importeure wie Thyssen und Mannesmann. Für den Abtransport wurde ein 900 km lange Eisenbahnlinie mitten durch die Indianergebiete der Guaja, Guajajara, Urubu-Kaapor, Krikati und Timbira gelegt. In der Folge drangen Großgrundbesitzer, Holzfäller, Kleinbauerfamilien und weitere Unternehmen massiv und illegal in diese z.T. noch von jeglichem Kontakt mit der Außenwelt verschont gebliebenenen Gebiete ein. Immer wieder kam es in den letzten Jahren zu Konflikten und Toten. Auf diese Weise wollen die Invasoren die Plünderung der Bodenschätze und Naturreichtümer durchsetzen. Die Auswirkungen auf die Indianer sind katastrophal: traditionelle Wirtschaftsformen der Dorfgemeinschaften werden zerstört, so daß sie zum Holzhandel gezwungen werden; die eingeschleppten Krankheiten wie Malaria, Gelbfieber oder Cholera haben bereits etliche Menschenleben gefordert; Selbstmord als letzter verzweifelter Ausweg ist unter den Indianern keine Seltenheit; Frauen leben in Angst vor weiteren Vergewaltigungen.

Zwar ist bereits 1982 zum Schutz der indigenen Völker ein Vertrag zwischen der staatlichen Indianerbehörde (FUNAI) und der CVRD ausgehandelt worden, die zugesagten Gebietsabgrenzungen, zu denen sich die CVRD verpflichtet hatte, blieben jedoch aus, wurden durch bürokratische Behinderungen verzögert bzw. nach aktuellen gewaltsamen Übergriffen erneut proklamiert.

Mit einer zweitägigen Blockade der Bahnlinie Carajas wollten etwa 150 der aus verschiedenen Gemeinschaften kommenden Indianer die Vereinbarungen erzwingen: der gesamte Bahnverkehr wurde zum Erliegen gebracht. Laut Aussagen der CVRD hatte das die Behinderung des Transports von Benzin, der Auslieferung von landwirtschaftlichen Produkten und des Exports von Eisenerz nach Europa zur Folge. Die Bundesregierung reagierte auf diese selbstbestimmte Aktion mit Knüppeleinsätzen.

Skeptisch sehen die Indianer einem daraufhin Mitte März abgeschlossenen Abkommen zwischen CVRD und FUNAI entgegen, das zusätzlich zu den alten Forderungen eine Unterstützung in Bereichen der Gesundheitsversorgung, Bildung und Landwirtschaft vorsieht. Die Erfahrungen der betroffenen Ethnien zeigen, daß es mit der Bereitschaft der brasilianischen Behörden zur Verteidigung der (durch die Verfassung garantierten) Rechte der indigenen Völker nicht sehr weit her ist. Doch gerade auch die Industrienationen stehen auf der Anklagebank, sind sie es doch, die mit dem Hintergrund einer 500-jährigen Geschichte von Kolonialismus und Ausbeutung die Weichen für das gegenwärtige, durch Großprojekte geprägte Entwicklungsmodell sowie die heute herrschenden ungleichen Verhältnisse des Weltmarktes gestellt haben.

(aus: CIMI Info-Briefe 50 u. 53)

23.5. - 2.6.1993: Bundesweite Aktionstage gegen Rassismus in den Medien

Auch nach den Hoyerswerdas, Hünxes, Rostocks und Möllns vergeht kein Tag, an dem hierzulande nicht Menschen ohne deutschen Paß oder aufgrund ihres Aussehens gejagt, verletzt, angezündet und getötet werden. Es sind die Medien, die diesen Rassismus und diese rechtsextreme Gewalt mitinitiiert und zur Eskalation gebracht haben. Der eigene Anteil wird tunlichst unter den Teppich gekehrt. Rassismus kann auf diese Weise ausschließlich den Rechtsextremisten und Neo-Nazis zugeordnet werden. Doch der Nadelstreifen-Rassismus in den Chefetagen und die etwas hemdsärmeligere Version in den Redaktionsstuben spielen in der Chronologie der jüngsten Pogrome eine zentrale Rolle. Denn Medien bilden "die" Wirklichkeit nicht nur ab, sondern sind selbst ein Teil derselben und konstruieren diese Wirklichkeit jeweils wieder neu bzw. prägen ihr Bild in der Gesamtöffentlichkeit entscheidend mit.
Noch immer ist in den bürgerlichen Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehanstalten aller Schattierungen - nicht nur bei "Bild" - die Rede von "Asylantenschwemme", "Überflutung", "Das-Boot-ist-voll"-Sprüchen. Dadurch wird eine "Notwehrsituation" aufgebaut, die indirekt zu Gegenhandlungen aufruft. Mit der Unterscheidung zwischen guten "Flüchtlingen" und "Wirtschaftsflüchtlingen" wird weitere Ausgrenzung praktiziert, die Veröffentlichungen des nichtbestehenden Zusammenhangs zwischen Kriminalität und Rechtsstatus ("Asylbewerber" oder "Ausländer") aus den Polizeiberichten heizen die fremdenfeindliche Stimmung weiter an. Zudem bekommen die LeserInnen, ZuschauerInnen und HörerInnen immer wieder eingetrichtert, daß die Opfer selbst schuld seien, die TäterInnen dagegen werden zu Opfern - schließlich sind "die Anderen" so viele. Zuerst haben sie BrandSätze formuliert und die Pogromstimmung mit angeheizt, dann die medienwirksamen Lichterketten unterstützt, wobei die TeilnehmerInnen sich allenfalls gegen die rechtsextremistische Gewalt ausgesprochen haben. Nur etwas mehr Menschenfreundlicheit soll zugestanden werden. Dabei geht es um die gleichen Rechte.
Typischerweise wendet sich aber niemand gegen die Gewalt der rassistischen Gesetze und die Gewalt der verbalen BrandSätze der PolitikerInnen fast jeglicher Couleur. Das bezeichnet eine Haltung, die nur nicht damit einverstanden ist, daß die lieben MitbürgerInnen die Vertreibung und Deportierung der Flüchtlinge selbst in die Hand nehmen. Das Pochen auf Recht und Gesetz heißt unter diesen Umständen nichts anderes, als daß die Verfolgung über Ausweisung und Abschiebung (Folge: mitunter Folter, Tötung oder Verhungern) von der Gesetzeslage gedeckt sein muß. Ein solches 'Verantwortungsgefühl' hört schon an der Staatsgrenze auf.
Täuschen wir uns also nicht. Auch wenn sie inzwischen gegen Gewalt und Pogrome Stellung beziehen, so trägt die in diesem Zusammenhang vorgetragene Argumentation zur Befestigung jener Einstellung bei, die die Pogrome zur Voraussetzung haben.
An vielen Orten in der BRD sind für den Zeitraum vom 23.5 - 2.6. die verschiedensten 'Medienrandale' geplant. Es soll wieder unbequem werden, BrandSätze zu Papier zu bringen.

Kontakt und Information:
Antifaschistisches Netzwerk S-LB-HH, c/o AZ Marbach im Cafe Provinz, Cottaplatz 4, 7142 Marbach a.N., T.: 07144/16879, Fax: 07144/39195
Zentrales Fachschaftsbüro (ZFB), Stichwort 'Medienrandale', Universität Stuttgart, Kepler Str. 17/Stock 2a, 7000 Stuttgart 1, T.: 0711/121-3054, -3053, Fax: 0711/121-3567, -3500.

LN 226/April '93
El Salvador: 800 Seiten für die Wahrheit/Guatemala: Schritt für Rückschritt/"Sie versuchen nicht mehr, die Bevölkerung auszulöschen"/Erneute Flucht aus Guatemala/Nicaragua: Ein Krieg und doch kein Krieg/Venezuela: „Den Staat von unten reformieren" - Interview mit Pablo Medina vom „Causa R"/Kolumbien: Neoliberalismus mit anderen Mitteln/Peru: Parteien auf dem Abstellgleis/Bolivien/Ökologie: Nur ein gefällter Baum ist ein guter Baum/Brasilien: PT wird gegen ihren Willen Regierungspartei/USA/Lateinamerika: Gedämpfte Signale/Film/Argentinien: „Die Reise", aber wohin? * „...meine Antikolumbus-Vision" - Interview mit Fernando Solanas/Chile: Betr.: Ende der Hoffnung in LN 225/Stille Diplomatie/Rezensionen: Der Kaffee ist fertig/ "Die Nacht wird Sterne haben" - Biographien aus dem chilenischen Widerstand/Rosana bricht ihr Schweigen - Ein Kinderbuch/Bericht vom Abschied/Nachruf: Manfred Kossok gestorben/(Öko-)Zeitschriftenschau/Bücher/Termine/17. BUKO-Kongreß: Lesen-Anmelden-Hingehen

Preis: 5,- DM

Bezug: Lateinamerika Nachrichten, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Ila 164 (April 93) „Änn-Err-Oh-Nichtregierungsorganisationen"
Von rechts neuerdings hofiert, von links mehr und mehr geschmäht, stehen die sogenannten Nichtregierungsorganisationen seit zwei Jahrzehnten zunehmend im Blickpunkt der entwicklungspolitischen Öffentlichkeit. Unser April-Schwerpunkt beleuchtet auf 30 Seiten die zahlreichen Facetten in der Diskussion um Rolle und Selbstverständnis dieser Institutionen aus Nord und Süd, ihre selbstgesteckten Ziele und ihre Niederlagen, ihr gelegentlicher Wandel von Nichtregierungs- zu Mitregierungsorganisationen, ihre Suche nach neuen Lösungen und ihre Ohnmacht angesichts einer übermächtigen und verselbständigten Weltwirtschaftsordnung, die Projekte zu bloßen Linderungsmaßnahmen für die allergrößte Not verkommen läßt. Außerdem Berichte zu Cuba und den Praktiken der ExilcubanerInnen in Miami, zum avantgardistischen Uruguay und zur Diskussion innerhalb der PT Brasiliens sowie zu einer Veröffentlichung, die den Staatsterrorismus in Kolumbien anprangert.

Preis: Einzelheft ab 1993 DM 7,-, Abo DM 60 bzw. ermäßigt DM 50,- für 10 Ausgaben.

Bezug: ila, Heerstraße 205, 5300 Bonn 1.

BOLIVIA Nr. 99 Januar/Februar 1993
LITHCO: Aus für den Salar de Uyuni/Die wirtschaftliche Entwicklung 1992/Grenzen der Pressefreiheit/Interview: Wolfgang Hirsch Weber: „Exil in den Anden"/Werden die „heiligen Kühe" des Zolls geschlachtet?/Paz Zamora: „Die US-Botschaft diktiert bolivianische Politik"/Zeitschriftenschau.
Preis: Einzelheft DM 3,- Jahresabo: DM 18,-
Bezug: BOLIVIA Sago Informationszentrum, Kottbusser Damm 101, 1000 Berlin 61

WFD-Querbrief 1/93
Thema: Nachbetreuung. Was ist, wenn ein Projekt zu Ende geht? - außerdem: Interview: Wie geht es euch Mosambikanern, die ihr aus der Ex-DDR nach Mosambik zurückkehren mußtet? - Dieter Hampel: Der Umbau der Industriegesellschaft ist nicht grüne Romantik, sondern ein Gebot der Vernunft - Micha Hagedorn zur WFD-Unterstützung in Zimbabwe.
Bezug: Weltfriedensdienst e.V., Hedemannstr. 14, D-1000 Berlin 61

EPK 1/93 Deutsche im Ausland
Motive zur Auswanderung aus psychologischer Sicht/Exil und Asyl in Lateinamerika in den 30er und 40er Jahren/Armutswanderung nach Brasilien/Die deutschstämmige Minderheit Namibias in der Dekolonisierungsphase/Deutsche Missionarsfrauen in China/Solidaritätsbrigaden in Nicaragua aus der Sicht ihrer Partner/Selbstbilder-Fremdbilder. Ein Projekt von Schülern und Lehrern aus Deutschland und Zimbabwe/Alternativer Tourismus/EPK didaktisch: Was ist interkulturelles Lernen?/Porträt: ICJA - Internationaler Christlicher Jugendaustausch/Rezensionen.
Preis: DM 6,- (Abo DM 24,-, 4 Hefte)
Bezug: EPK, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Brasilien-Rundbrief 1/93
Schwerpunkt Kinder: Straßenmädchen in Recife/Selbsthilfe, da der Staat versagt/Lula's Programm für Straßenkinder
Schwerpunkt Frauen: Leichtlebige Frauen oder versklavte Kinder?/Bevölkerungspolitik in Brasilien/Die Frauen der Dritten Welt sind Trümmerfrauen der Umweltzerstörung/ Feminismus, Feministinnen und soziale Bewegungen/NEIM - Studien- und Informationszentrum über Frauen/Arbeit und Gesundheit der brasilanischen Frau
Der Brasilien-Rundbrief erscheint vierteljährlich und kostet im Jahresabonnement 20,- DM. Einzelheft, inkl. Porto 5,- DM (Briefmarken oder Scheck).
Bezug: Brasilien Initiative Freiburg e.V. In den Weihermatten 27, 7800 Freiburg

Mitgliederversammlung der Anti-Apartheid-Bewegung vom 7.-9.Mai in Hohenunkel bei Bonn. Infos: AAB-Geschäftsstelle, Blücherstr.14, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/ 21 13 55

Peru-Seminar vom 7.-9. Mai in Essen: Vorstellungen und Strategien der Volksbewegung * Die Politik der Fujimori-Regierung * Der Terror des Leuchtenden Pfades (Sendero Luminoso). Anmeldung: Peru-Komitee Essen, c/o ESG, Universitätsstr. 7, 4300 Essen

---

Zwischen Nachhaltigkeit und Elendsmanagement. Ist die Entwicklungspolitik in Afrika gescheitert? Entwicklungstheoretische Überlegungen statt Rechtfertigung militärischer Intervention. Entwicklungspolitisches Seminar des RückkehrerInnenausschuß in Naumburg bei Kassel vom 7.-9.Mai. Anmeldung: RückkehrerInnenausschuß bei Dienste in Übersee c/o Dieter Beimdieck, Schießmauerstr. 8, 7000 Stuttgart 80, Tel.: 0711/732874

Zwischen Moral und Geschäft. Rüstungsexporte in den Nahen Osten - Zwei Jahre nach dem Golfkrieg. Tagung vom 7.-9.Mai in Köln. Anmeldung: Marianne Weiß, Dt.-Israelischer Arbeitskreis, Bahnhofstr. 148, 6732 Edenkoben, Tel.: 06323/7248

Nationalismus, Rassismus und die Linke. Tagung am 8. und 9. Mai in Frankfurt. Anmeldung: IMSF, Kölner Str.66, 6000 Frankfurt/M. 1, Tel.:069/739 29 34

(K)eine Chance für die Einheit - Wohin steuert der indische Subkontinent? Seminar in der Akademie Klausenhof vom 19.-21.Mai. Anmeldung: Akademie Klausenhof, Klausenhofstr. 100, 4236 Hamminkeln-Dingden, Tel.: 02852/890

Afrika hilft sich selbst. Prozesse und Institutionen der Selbstorganisation. Jahrestagung der Vereinigung von Afrikanisten in Deutschland vom 20.-22.Mai in Mainz. Infos: Arbeitsgruppe VAD-Tagung, c/o Doris Löhr, Institut für Ethnologie und Afrika-Studien, Postfach 3980, 6500 Mainz. Tel.: 06131/ 39 27 98

Impfung gegen Schwangerschaft. Traum der Forscher - Alptraum für Frauen? Konferenz am 4. und 5.Juni in Bielefeld. Anmeldung: BUKO Pharma-Kampagne, August-Bebel-Str.62, 4800 Bielefeld 1, Tel.: 0521/605 50

Zeichen der Exotik - Zeichen des Elends. Dritte Welt in der Werbung - Werbung für die Dritte Welt. Tagung am 23. und 24.Juni im Lufthansa-Bildungszentrum Seeheim-Jugendheim (Hessen). Anmeldung: Ev. Akademie Arnoldshain, Jutta Theil, 6384 Schmitten 1, 06084/4032

Internationale Frauensolidarität - gemeinsam in der kulturellen Differenz. Frauenseminar vom 14.-16.Mai in Wilhelmsfeld. Anmeldung: GPÖ, Rieckestr.26, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/28 20 33

Menschenrechte in der deutschen Innen- und Außenpolitik. Hearing am 11. und 12.Mai in der Niedersächsischen Landesvertretung in Bonn. Kontaktanschrift: DGfdVN, Dag-Hammarskjöld-Haus, Poppelsdorfer Allee 55, 5300 Bonn 1, Fax: 0228/217492

Die neue Mauer? DEAB-Konferenz vom 14.-16.Mai in der Ev. Akademie Bad Boll. Anmeldung: Ev. Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 7325 Bad Boll, Tel.: 07164/79217 (vormittags)

Konferenz zum "Flood Action Plan" (FAP) in Bangladesh

Am 27. und 28. Mai 1993, im Europa-Parlament, Saal 9, in Straßburg. Donnerstag, den 27. Mai von 15.00-18.30 Uhr Mit VertreterInnen der Anti-FAP-Bewegung "Nijera Kori", des Us- amerikanischen Enviromental Defence Fund, der Weltbank und Vorsitzende der Entwicklungs- und Umweltausschüsse sowie der Süd-Asien-Delegation des Europa-Parlaments. Freitag, den 28. Mai von 9.30-17.00 Uhr Vormittag: Podiumsdiskussion über soziale und ökologische Aspekte mit dem Generalsekretär der "Environmental Lawyers Association", einem Vertreter der Jahangir Nagar Universität, dem Direktor des "Bangladesh Centre for Advanced", dem FAP- Koordinator der Weltbank in Dhaka und dem Vorsitzenden des "Student Unity Forum" in Bangladesh. Am Nachmittag werden alternative Möglichkeiten diskutiert mit: dem Vize-Präsident der Europäischen Kommission, dem Vorsitzenden der "Bangladesh Peasant Federation" und dem Berater von "Bangla German Sampreeti". Leitung: Wilfried Telkämper, Koordination: Sabine Meyer, (Die Grünen im Europa-Parlament), Tel.: 0032-2-28 45 448/9, Mon 352, Rue Belliard 97-113, 1047 Brüssel, Belgien

---

Jörg Wischermann, **Die Leine des Drachen wird länger. Stand und Perspektiven der Demokratisierung des politischen Systems in Vietnam.** 33 Seiten DinA4. Jörg Wischermann, **Vietnam 1992: Wirtschaftlich erholt, politisch stabil? Daten, Fakten und Meinungen zur wirtschaftlichen und innenpolitischen Entwicklung.** 15 Seiten DinA4. Bestellungen an: Dt.-Vietnamesische Gesellschaft Berlin, c/o Sabine Rudert, Ribnitzer Str. 37, 0- 1093 Berlin

---

Stefan Ueltzen, **Die Radios der FMLN.** Bonn 1993. 70 Seiten Din A5, 10.-DM incl. Porto. Bestellungen: Infostelle El Salvador, Heerstr.205, 5300 Bonn 1

Zeit für Afrika. Arbeitsheft Weltmission 93 (Materialien für Gemeinden, Schulen und Gruppen). Missionshilfe Verlag, Hamburg 1993. 96 Seiten. Bezug: Ev. Missionswerk, Normannenweg 17-21, 2000 Hamburg 26

Anja Bendix/Carole Sambale Tannert, **Haiti. Ein Land im Aufbruch.** 66 Seiten Din A4. Bestellungen: Haiti-Info e.V., Obergasse 19, 6200 Wiesbaden 41

Ogen Kevin Aliro. **Uganda. Paying the Price of growing tobacco.** London 1993, 24 Seiten. Bestellungen: Panos Institute, 9 White London N1 9DP, England

---

Studiengruppe 'Medien in Lateinamerika'. **'Lautes Schweigen'.Presse- und Meinungsfreiheit in Guatemala.** 47 Seiten, Münster 1993. Bestellungen: Studiengruppe 'Medien in Lateinamerika', c/o Matthias Iken, Neubrückenstr. 50-52, 4400 Münster

---

Südwind. Institut für Ökonomie und Ökumene. **Was mache ich nur mit meinem Geld? Alternativen im Umgang mit Geld als Beitrag zu wirtschaftlicher Gerechtigkeit**, Siegburg 1993, 67 Seiten, 7.-DM. Bezug: Südwind, Lindenstr. 58-60, 5200 Siegburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

M 3477 F

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg
ISSN 0933-7733